NEUES ROTES FORUM

1.50 DM 26.4.71 2/71

Inhalt:

Eduardo Ferreira
Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie- Mandat Südafrikas- Beute des internationalen Kapitals S. 4

David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus - die jüngsten Entwicklungen S. 18

Hans Martin Mumm
Zur Spaltung der Black Panther Party S. 27

Zum Klassenkampf in Schweden S. 36
Stauerstreik Ådalen 70 S. 37
Kapitalismus im Walde S. 42

Meinhard Schröder
Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus" von D. Yaffe in: NRF 3/70 S. 46

Replik S. 50

Duplik S. 61

impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten und hat eine Auflage von 6 000.

Erscheint im Verlag:
Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgerstr. 16

Redaktion:
Joscha Schmierer (verantwortlich), Jürgen Sendler
unter Mitarbeit von:
Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Dietrich Hildebrandt

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38
Tel: 06221 / 40812

Anschrift:
Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum
c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard
69 Heidelberg, Schiffgasse 3, Tel: 06221 / 46153

Druck:
Caro-Druck, Heidelberg

Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

Erklärung des Trikont-Verlag:
Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken. Als Organ des SDS Heidelberg wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenministeriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze Westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont Verlag, München

Beilagenhinweis:
Unserer Gesamtauflage sind Anforderungskarten für die Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, beigefügt.

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU IM SOZIALISTISCHEN KUBA!

Nach der Revolution war für die Kubaner eine der wichtigsten Aufgaben, ihr Land wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch aufzubauen, da durch die imperialistische Politik der USA Wirtschaft und Wissenschaft unterentwickelt und deformiert waren. Heute versucht die USA den sozialistischen Aufbau durch wirtschaftliche Blockade und wissenschaftliche Isolierung zu verhindern.

Wer aus praktischer Solidarität mit der kubanischen Revolution einen Beitrag dazu liefern will, diese wissenschaftliche Isolation zu durchbrechen, kann für einen Monat (oder möglichst länger) an kubanische Universitäten gehen und dort lehren, forschen und beim Aufbau der wissenschaftlichen Organisation helfen. Grundsätzlich kommen alle Bereiche der Wissenschaft und Technologie in Frage, Schwerpunkt sind Naturwissenschaften.

Derartige Arbeitsaufenthalte vermittelt das Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba. Das Komitee wurde von Studenten, Assistenten und Professoren im Juli 1970 gegründet, und arbeitet eng mit der kubanischen Botschaft in Paris zusammen. Es konzentriert sich im wesentlichen auf die Hilfe beim Aufbau der Universität „Oriente" in Santiago de Cuba. In den meisten Universitätsstädten der BRD arbeiten Gruppen des Komitees. Es werden noch dringend Mitarbeiter in den einzelnen lokalen Gruppen gebraucht.

Nähere Informationen durch das

Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba (KOWIZUKU)

69 Heidelberg
Marstallhof 5

Konto: Stadtsparkasse Bielefeld Nr. 2 600 271

Arbeitet mit am Aufbau des Sozialismus in Kuba

ES LEBE DER 1.MAI,DER KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

In Berlin und in manchen Städten Westdeutschlands zieht sich der DGB am 1.Mai in geschlossene Räume zurück, um in Abwesenheit der Arbeiter und in Anwesenheit irgendwelcher Festredner feierliche Stimmung zu verbreiten. Die Arbeiterklasse hat aber wenig Anlaß zur Feierlichkeit. Die Entwicklung des Kapitalismus in der BRD und West-Berlin zwingt die Arbeiterklasse zur Organisation ihres Kampfes gegen die Angriffe des Kapitals. Die Kapitalistenklasse versucht durch einen Angriff auf die Löhne der Arbeiterklasse, die beginnende Krise zu vermeiden. Es vergeht kein Tag, an dem die Kapitalistenklasse nicht Krokodilstränen vergießt über den schlechten Einfluß der Löhne auf die gegenwärtige Konjukturentwicklung. Aber ihr Geschrei ist vergebens, denn die gestiegenen Löhne sind nicht die Ursache der Krise. Allerdings sind sie der Sturmvogel der Krise, wie Marx sagt. Und da den Kapitalisten und dem Staat der Kapitalisten ohnehin nichts [illegible]ot, als bloß an den Symptomen der Krisenentwicklung des Kapitalismus herumzupfuschen,und da sie andererseits in ihrer notwendigen Beschränktheit die Löhne wirklich für die Ursache der Krise halten, ist klar, daß sie hoffen, durch Lohndrückerei und gesteigerte Ausbeutung die Krise vermeiden zu können. Das ist natürlich schiere Illusion. In Wirklichkeit ist der Zwang zur verstärkten Lohndrückerei natürlich schon Ausdruck der Krise. In Wirklichkeit geht es also bei dem Geschrei um dieL ohnentwicklungund bei den rabiaten Versuchen der Lohndrückerei gar nicht mehr darum, die Krise zu vermeiden und kann es auch gar nicht darum gehen. Vielmehr geht es darum und muß es darum gehen, die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen, um einen möglichst günstigen Ausgangspunkt für die nächste Runde der Jagd auf die Profite schaffen zu können. Diese Wahrheit verbarg sich immer schon hinter dem gesundbeterischen Gerede vom"Durchstarten" mit dem Schiller die Arbeiterklasse darüber hinwegzutäuschen versuchte, daß der Druck auf das Gaspedal in der kapitalistischen Krise zunächst und vor allem [illegible]halt ein Druck auf die Löhne, d.h. auf das Existenzniveau [illegible]Arbeiterklasse ist. In diesem Versuch, "durchzustarten" d.h. die Verluste in der Krise für das Kapital möglichst gering zu halten, sind sich Kapital, Staatsapparat und DGB-Führung im wesentlichen einig, wobei das freilich keiner der Beteiligten so offen sagen will.

"In der letzten Sitzung der "Konzertierten Aktion" forderte Prof. Kloten, der Sprecher des Sachverständigenrates, den völligen Lohnstop . Er sagte, es bestünde schon jetzt ein "Lohnüberhang", der für 1971 keinen weiteren Spielraum für Lohnerhöhungen lasse. Was der professorale Sachverstand da von sich gab, war nichts anderes als das ungeschminkte Interesse des Kapitals an der Lohndrückerei. So offen gesagt sollte es aber nicht an die Öffentlichkeit dringen. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Industrieller, Fritz Berg, schalt den Professor" einen Gelehrten im luftleeren Raum", ein anderer Kapitalistensprecher nannte ihn "einen politischen Idioten". SPD-Minister Schiller nahm den Herren der "Konzertierten Aktion", den Gewerkschaftsbossen und den Kapitalistenbonzen das professorale Papier aus den Händen, damit es nicht an die Öffentlichkeit dringe (der Spiegel hat darüber berichtet: Nr.11/71, S.24). Es ist klar, daß, wenn Unternehmer, Gewerkschaftsbosse und Regierung in der "Konzertierten Aktion" sich auf einen gemeinsamen Kurs einigen, sie nicht offen sagen dürfen, daß dies ein Kurs gegen die Interessen der Lohnabhängigen ist. Sie einigten sich deshalb auf die neutralere Formulierung, "die Bundesregierung zur Wiedergewinnung der Stabilität zu unterstützen".

Noch ist der Lohnstop nicht beschlossen. Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften wissen, daß ein Lohnstop nicht durchzusetzen ist, solange die Preise unvermindert steigen und die Position der Arbeiter noch nicht durch eine Massenarbeitslosigkeit geschwächt ist. Es wäre auch falsch, anzunehmen, die Gewerkschaftsbosse wollten den Lohnstop. Aber sie willigen gegebenenfalls in den Lohnstop ein, wie wir aus der Krise von 66/67 wissen. Sie willigen deshalb ein weil sie grundsätzlich keine Politik gegen das kapitalistische Lohnsystem machen sondern eine Politik mit dem kapitalistischen System. Kommt das kapitalistische System in eine Krise, dann verlangen die Gewerkschaftsbosse von den Arbeitern, daß sie Opfer bringen. Immer wieder gehen sie von der Illusion aus, das kapitalistische System zu stabilisieren. Die Leit-

Fortsetzung S.62 →

EDITORIAL

Die Gruppe Neues Rotes Forum hat am 17./18. April ihre Generaldebatte begonnen, in deren Verlauf einige programmatische Resolutionen verabschiedet werden sollen. Die Generaldebatte wird am Wochenende (24./25.April) fortgesetzt. Die Gruppe ist also im Augenblick in einem intensiven internen Diskussions- und Organisationsprozeß, dessen vorläufige Ergebnisse im Verlauf dieser Generaldebatte fixiert werden soll. Dieser Diskussionsprozeß hat sich in diesem Heft noch nicht niedergeschlagen. Es ging zur gleichen Zeit in den Druck, als die Generaldebatte der Gruppe Neues Rotes Forum begann.

Die Auseinandersetzung zwischen Yaffe/Schmiede (London) und Schröder (Berlin)+ kann unseres Erachtens trotz ihres manchmal kleinlich polemischen Charakters die Diskussion um die Rezeption der Marxistischen Krisentheorie vorwärtsbringen. Wir werden unsere eigene Position in dieser Auseinandersetzung in einem der nächsten Hefte veröffentlichen. Yaffe/Schmiede setzen den Bericht über die Klassenkämpfe in England fort. Dieser Bericht ist u.E. für die kommunistische Bewegung wichtig, obwohl wir manche Positionen nicht teilen.

Der Artikel des Genossen Mumm (Chicago) setzt die Materialsammlung aus dem NRF 1/71 fort. Es ist notwendig, mit Hilfe dieser Informationen die Einschätzung der Black Panther Party zu präzisieren und die Arbeit des Frankfurter Solidaritätskomitees zu überprüfen. Auch das soll in einem der späteren Hefte geschehen.

In den nächsten Heften wird über die Generalversammlung der Gruppe NRF berichtet und werden die Artikel von J.Noth über den Arabischen Nationalismus und von J.Schmierer über die Russische und Chinesische Revolution fortgesetzt.

Über eingesandte Artikel von auswärtigen Genossen und Organisationen freuen wir uns. Das Neue Rote Forum will zunehmend mehr zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Ziel der Vereinheitlichung unter den kommunistischen Organisationen Westdeutschland und West-Berlins dienen.

+ Yaffe hat in NRF 3/70 einen Artikel über die Krise des Kapitalismus in England geschrieben. Schröder hat zusammen mit anderen Genossen eine Broschüre über "Neue Lohnformen" veröffentlicht. Bestellungen an die Adresse des NRF.

Namibia (Südwestafrika): DEUTSCHE KOLONIE – MANDAT SÜDAFRIKAS – BEUTE DES INTERNATIONALEN KAPITALS

I. Die Geschichte Namibias seit der deutschen Kolonisierung
   1. Der deutsche Kolonialismus
   2. Südafrika

II. Ursache und Entwicklung der Apartheid
   1. Rassismus im allgemeinen
   2. Die Apartheid
   3. Apartheid heute

III. Die Wirtschaft Namibias und die Situation der schwarzen Arbeitskraft
   1. Polizeizone und Reservate
   2. Die Wirtschaft
   3. Die soziale Lage der Afrikaner

IV. Das Cunene-Projekt in Angola
   1. Geschichte des Cunene-Projektes
   2. Die erste Phase des Cunene-Projektes
   3. Die Interessen Portugals, Südafrikas und der BRD am Cunene-Projekt

V. Westdeutsche Rückkehr nach Namibia
   1. Der Uranbedarf der westdeutschen Industrie
   2. Die Beteiligung der BRD am Uranabbau in Namibia

VI. Die South West African Peoples' Organization (SWAPO)

I. DIE GESCHICHTE NAMIBIAS SEIT DER DEUTSCHEN KOLONISIERUNG

1. Der deutsche Kolonialismus

Im Jahre 1883 hißte der Bremer Großhändler Adolf Lüderitz die deutsche Flagge in Namibia (Südwestafrika), nachdem er einen Teil dieses Gebietes für 100 Pfund Sterling und 200 Gewehre von afrikanischen Häuptlingen gekauft hatte. Ein deutsches Kriegsschiff ankerte vor der Küste, um dieses neue deutsche Eigentum zu schützen.

Obwohl das Gebiet von Südwestafrika zur britischen Einflußsphäre gehörte, war es den Deutschen möglich, dort Fuß zu fassen, da sich die Briten zu der Zeit in anderen Teilen ihres Imperiums schwerwiegenden Problemen gegenübersahen und besonders von der Auseinandersetzung mit Frankreich um die Herrschaft über Ägypten in Anspruch genommen waren. So proklamierte Deutschland 1884 seine Protektoratsherrschaft in Südwestafrika, und London mußte seine Einwilligung dafür geben. (1)

Die Meinung, Deutschland hätte seine Kolonien aus rein außenpolitischen Erwägungen heraus erobert und nicht aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Gründen der Besiedlung (siehe dazu David K. Fieldhouse, "Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert", S.323), wird am Falle Namibia deutlich widerlegt. Die Verwaltung der Kolonie wurde Konzessionsgesellschaften übergeben - besonders der "Südwestafrika-Gesellschaft" - und als diese nicht mehr in der Lage waren, sie rentabel zu verwalten, übernahm die Reichsregierung 1890 die Kolonie in eigene Regie. Allerdings behielten die Gesellschaften Handelsprivilegien und Landbesitz und prosperierten auf Grund eines gesicherten Anteils an den Zolleinnahmen, des Monopols der Bergbaurechte und des Besitzes von Ländereien. (2) In rund zwanzig Jahren wanderten rund 14000 deutsche Siedler nach Namibia ein. Sie machten den Anfang eines Prozesses, der bis zum heutigen Tag weiter verfolgt wird: sie annektierten das beste Land für die Europäer und verdrängten und konzentrierten die Afrikaner in bestimmte abgegrenzte Zonen. Die deutsche Verwaltung legte Eisenbahnlinien von strategischem Wert für den Export der Rohstoffe (3), die entweder weiße Siedlungszentren oder die Bergbaugebiete mit den Häfen verbanden.

1913 gab es in Namibia 14.830 Europäer auf 1.138 Farmen, die insgesamt eine Fläche von 114.900 qkm einnahmen (4). Hauptkultur war die Zucht von Karakulschafen. Die Suche nach Diamanten begann erst im 20. Jahrhundert.

Die Ausbreitung der deutschen Siedler in Namibia stieß auf den heftigsten Widerstand der Afrikaner. Der Herero-Aufstand von 1904-1907 wurde mit von der Kirche gesegneten Truppen brutal niedergeschlagen. Nach Aussage des Gouverneurs Leutwein zerstörten die Deutschen dabei die Agrarwirtschaft der Eingeborenen und dezimierten die eingeborenen Arbeitskräfte um zwei Drittel. (5) Ein Historiker schreibt dazu: "... die militärischen Aktionen in Afrika brachten den Deutschen den ungerechtfertigten Ruf außerordentlicher Grausamkeit bei der Niederwerfung der Aufstände ein. ... Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß den Deutschen jede Erfahrung mit der Kolonialverwaltung abging und daß ihre Beamten und Militärs dazu neigten, mit übertriebenem Eifer vorzugehen, weil sie sich unsicher fühlten. Diese ... Aufstandsbewegungen in den afrikanischen Kolonien bedeuteten für Deutschland eine schwere finanzielle Belastung. Man wollte mit den Strafexpeditionen der Wiederkehr derartiger Aufstände vorbeugen. Aber nicht nur die Deutschen zeigten sich in derartigen Krisen unbedacht und unsicher." (6)

---

1 Jack Halpern, South Africa's Hostages, Penguin Books, Middlesex, 1965, S.87

2 David K. Fieldhouse, Die Kolonialreiche seit dem 18. Jahrhundert, Fischer Weltgeschichte Bd. 29, 1965, S. 323-324

3 Pierre Bertaux, Afrika, von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart, Fischer Weltgeschichte Bd. 32, 1966, S.249

4 Monde diplomatique, Paris, Mars 1971

5 id.

6 Fieldhouse, a.a.O., S.325

Auch in der Methode der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft gingen die Deutschen wie die anderen Kolonialisten vor. Derselbe Historiker schreibt: "Die Besteuerung der Eingeborenen, im wesentlichen in Form einer Steuer pro Person und pro Hütte, war nicht übertrieben und verfolgte den doppelten Zweck, Geld aufzubringen und die Afrikaner zur Arbeit zu bewegen."(7)

Um den Widerstand der Afrikaner zu brechen, versuchten die Deutschen von Anfang an nach traditioneller Kolonialmethode, die Häuptlinge zu kaufen, indem sie ihnen bestimmte Posten oder Privilegien einräumten oder aber sie unter Druck setzten. Von dieser Politik zeugt ein Dialog, den der deutsche Reichskommissar Göring (der Vater des Reichsmarschalls Hermann Göring) im Jahre 1892 mit einem Häuptling führte:

"Kommissar: Ich bin zu dir als Freund gekommen und gebe dir einen guten Rat. ... Unterstelle dich dem Schutz der Deutschen wie andere Häuptlinge es bereits getan haben.

Witbooi: Was ist Schutz und wogegen werden wir geschützt?

Kommissar: Gegen die Buren und andere starke Nationen, die sich ihren Weg in das Land erzwingen wollen, ohne die Häuptlinge um Erlaubnis zu fragen.

Witbooi: Das erscheint mir seltsam und unmöglich und ich kann es nicht verstehen.
Die Pflicht eines unabhängigen Häuptlings, der sein eigenes Volk und Land regiert, ist es, sie persönlich gegen jede Gefahr oder jedes Unheil zu schützen. Aus diesem Grund gibt es verschiedene Königreiche, und jeder Häuptling hat sein eigenes Volk und sein eigenes Land, das er regiert.
Wenn ein Häuptling einem anderen untertan ist, dann ist er nicht unabhängig und Meister seiner selbst noch seines Volkes und seines Landes, denn er ist untertan. Alle, die untertan sind, sind bloße Diener dessen, der ihn schützt. Denn dieser hat die höhere Stellung, und derjenige, der die höhere Stellung innehat, ist der Herr und Meister und bestimmt alles. Ich verstehe deshalb nicht, wie man überhaupt argumentieren kann, daß der Häuptling, der sich einem anderen unterwirft, unabhängig ist und tun kann, was er will.
Afrika ist ein Land, das unseren Roten Häuptlingen gehört, und wenn ein Häuptling von Gefahr bedroht wird und er hat das Gefühl, daß er nicht in der Lage ist, der Gefahr allein zu begegnen, dann kann er seinen Bruder, oder seine Brüder, die Roten Häuptlinge, rufen und ihnen sagen, - Komm Bruder, oder Kommt, Brüder, laßt uns unser Land Afrika verteidigen. ...

Kommissar: Du bist nicht gezwungen, diesen Schutz zu suchen, aber denke daran, was deine Krieger, auch wenn sie tapfer sind, ausrichten können, wenn sie nicht mit Waffen ausgerüstet sind. ..." (8)

2. Südafrika

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte sich Südafrika auf die Seite der Engländer; in Namibia jedoch kämpften einige tausend Buren unter Führung des Generals Wet auf der Seite der Deutschen, in Erinnerung an die Sympathie des wilhelminischen Deutschland für die Sache der Buren (siehe hierzu den folgenden Abschnitt über die Apartheid). Diese Kräfte unterlagen General Smuts, der von Ministerpräsident Botha geschickt worden war, und im Juli 1915 war Namibia in den Händen Südafrikas.

Derselbe General Smuts ist der Schöpfer der Herrschaftsform des "Mandats"; dieses Konzept hatte er erarbeitet, um zu erreichen, daß Namibia vom Völkerbund der 1910 gebildeten Südafrikanischen Union als Mandat zugeteilt werde. Nach dem Mandatssystem wurden die ehemaligen deutschen Kolonien nicht direkt einer neuen Macht unterstellt, sondern dem Völkerbund. Es bestimmt, daß Territorien, "deren Völker noch nicht fähig sind, sich unter den besonders schwierigen Voraussetzungen der modernen Welt selbst zu regieren", der Vormundschaft europäischer Mächte unterworfen werden müßten. Es war dies ein verfeinertes System für die Erhaltung kolonialer Gebiete. Im System der Mandatsherrschaft gab es keine Vorschriften über den Verlauf der Emanzipation der Mandatsgebiete. Dies nutzte die Südafrikanische Union aus, zumal der Mandatstyp "C", dem Namibia zugeteilt wurde, es der Mandatsmacht erlaubte, das Mandatsgebiet als "integrierten Bestandteil" ihres Landes zu verwalten. Schon bald begann Südafrika mit der Integration Namibias. Zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Eingliederung verstärkte Südafrika seine Siedlungspolitik, indem es die Tore weit öffnete für die Ansiedlung von Buren. 1913 gab es in Namibia, wie bereits erwähnt, 14.830 Siedler auf 1.138 Farmen mit insgesamt 114.900 qkm; die Zahlen für das Jahr 1935 lauten 31.800 Siedler, 3.255 Farmen und 254.676 qkm. (9) (vgl. Tabelle auf S.17)

Wie vorher gegen die Deutschen, so wuchs jetzt der Widerstand des namibischen Volkes gegen die Burenherrschaft, aber auch dieser Widerstand wurde mit brutaler Gewalt niedergeschlagen: bereits 1924 befehligte der Regierungspräsident von Windhuk, der Hauptstadt Namibias, persönlich die Truppen, die mit Unterstützung von Flugzeugen ein Massaker veranstalteten, bei dem Hunderte von Afrikanern den Tod fanden (10).

Seit der Übernahme des Mandats hat Südafrika auch in Namibia das Apartheidssystem eingeführt, um sicherzustellen, daß auch hier die Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung maximal betrieben werden kann, wie es bereits in ganz Südafrika der Fall war. Mit der Schaffung der Südafrikanischen Republik im Jahre 1961 trat Südafrika aus dem Commonwealth aus und gewann damit auch eine größere Freiheit bei der Entwicklung der Apartheidpolitik.

---

7 id., S.328

8 Ruth First, South West Africa, Penguin Books, Middlesex, 1963, S.245-246

9 Monde diplomatique, Mars 1971

10 Hans W. Florin (Hrsg.), Gewalt im südlichen Afrika, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M., 1971, S.35

Der Entscheidung der Vereinten Nationen, das südafrikanische Mandat über Namibia für illegal zu erklären, wirkt Südafrika mit beschleunigter wirtschaftlicher Integration, besonders über forcierte Staatsinvestitionen, entgegen, wie an den Beispielen Cunene- und Uranprojekt noch zu zeigen sein wird.

Dabei kommt der Beschluß des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, die UNO nicht als Nachfolgerin des Völkerbundes und deshalb als nicht zuständig für die Annullierung des Südafrikanischen Mandats über Namibia zu betrachten, den Einverleibungsbestrebungen Südafrikas entgegen. Seit diesem Beschluß wächst die Aktivität Südafrikas in Namibia. Der Beschluß hatte übrigens seine Gründe: Es hat sich herausgestellt, daß Namibia eins der reichsten Rohstoffreservoirs Australafrikas ist. Das internationale Kapital , das auf solche Rohstoffe angewiesen ist, verfolgt die politische Entwicklung in Namibia voller Aufmerksamkeit; es kann für seine Interessen keinen besseren Wächter als Südafrika finden, denn einerseits ist Südafrika, wie noch zu zeigen sein wird, offen für ausländische Investitionen zur Ausbeutung der Rohstoffe, und andererseits liefert es durch sein Apartheidssystem die Garantie dafür, daß billige afrikanische Arbeitskräfte in beliebiger Menge zur Verfügung stehen werden.

II. URSACHE UND ENTWICKLUNG DER APARTHEID

1. Rassismus im allgemeinen

Die Existenz der "Apartheid" in der Republik Südafrika und in Simbabwe (Rhodesien), der "Assimilationspolitik" in den portugiesischen Kolonien sowie des verfeinerten Rassismus der Engländer in Australafrika ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die politischen und sozialen Suprastrukturen von der wirtschaftlichen Infrastruktur bestimmt werden.

Die rassische Diskriminierung steht am Ursprung jeglicher Ausbreitung des kapitalistischen Systems außerhalb der europäischen Grenzen. Entgegen den pseudowissenschaftlichen Theorien der Apartheid oder Assimilation ergab sich die rassische Diskriminierung nicht aus der Vorstellung der Europäer, die eroberten Völker gehörten minderwertigen Rassen an oder seien weniger entwickelt: in Indien und China zum Beispiel fanden die Europäer hochentwickelte Zivilisationen vor, und dennoch wurde dort offiziell eine Apartheidpolitik angewandt; andererseits trafen die Holländer in Indonesien auf Völker von geringerem historischen Alter als in Australafrika, und in Indonesien wurde keine offzielle Apartheid proklamiert.

Die Geschichte zeigt, daß die Natur der Ausbeutung durch den Imperialismus immer die gleiche war. Nur die angewandten Methoden wechselten je nach der Stärke der erobernden Macht und des beherrschten Volkes. - Der portugiesische Kolonialismus war gezwungen, sich der Zwangsarbeit zu bedienen, weil Portugal wegen seiner geringen Bevölkerung nicht in der Lage war, die Territorien effektiv zu besetzen. Anders verhielt es sich in Südafrika und Simbabwe, wo die europäischen Siedler das Land in Besitz nahmen und dafür die Eingeborenen vertreiben mußten; diese mußten, um existieren zu können, auf den Farmen und in den Bergwerken der Europäer arbeiten.

Um ihr Verhalten zu rechtfertigen, konstruierten diese die verschiedenen "wissenschaftlichen" Rassismustheorien. Diese Theorien haben die Aufgabe, ein "Recht" aufzuzeigen, demzufolge einige Völker andere Völker ausbeuten dürfen. Des weiteren sollen solche Theorien dazu beitragen, die Stämme zu Kriegen untereinander zu veranlassen, und damit einen vereinten Widerstand gegen die Eroberer zu verhindern. Bei diesem Prozeß zählten in Afrika die katholischen und evangelischen Missionen zu den wichtigsten Stützen des Imperialismus. Sie stellten auf der einen Seite die Zivilisation des Eroberers als identisch mit der Zivilisation überhaupt dar und stellten auf der anderen Seite den Islam als eine drohende Gefahr dar, um damit eine Einheit Afrikas zu verhindern.

Geschichte und heutige Entwicklung der Apartheid sollen die Richtigkeit dieser allgemeinen Thesen aufzeigen:

2. Die Apartheid

Die Apartheid in Südafrika ist das Ergebnis eines Gegensatzes innerhalb der herrschenden weißen Klasse, und zwar zwischen Buren und Engländern (11).
Unter der Führung von Jan van Riebeck landete 1652 eine Gruppe holländischer Siedler im Gebiet des Kap der Guten Hoffnung, das von den Hottentotten und den Buschmännern besiedelt war. Diese Siedler kamen im Auftrag der berühmt-berüchtigten Ostindischen Handelskompanie und bildeten einen Stützpunkt für die Versorgung der Schiffe von und nach Indonesien, wo die Kompanie das Ausbeutungsmonopol hatte.

Bald bildete diese Siedlerkolonie eine selbständige Gesellschaft, die sich von Holland löste, und dies aus zwei Gründen:

1. weil sie von der Ostindischen Handelsgesellschaft über die Arbeitsverträge hinaus übermäßig ausgebeutet wurde und jeder Widerstand von den Truppen der Kompanie niedergeschlagen wurde;
2. weil die Siedler sich inzwischen Land angeeignet hatten und mehr und mehr bodenständig wurden, wobei die Bindung zum Mutterland verloren ging.

Die Burengesellschaft beruhte fast von Anfang an auf Sklavenarbeit, und es bildete sich eine Ideologie der Verachtung der körperlichen Arbeit heraus, was dazu führte, daß keine Handwerkerschicht entstand; somit wurde diese Gesellschaft von Anfang an von nichtweißer Arbeit abhängig (13).
Nach der Besetzung von Kapstadt durch die Engländer 1795 erreichten einige tausend Engländer das Gebiet der Buren. Sie waren technisch, finanziell und militärisch besser gerüstet als die vorindustriellen Buren und besaßen

11 zu dieser Thematik siehe João Mendes, La revolution en Afrique, 1970, S. 127 ff. (12) entfällt

13 Heribert Adam, Südafrika - Soziologie einer Rassengesellschaft, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1969, S. 27

auch andere politische und religiöse Anschauungen. Im Gegensatz zu den Buren kamen die Engländer nicht als Siedler, sondern als Imperialisten, um die Reichtümer des Landes auszubeuten. Die Kollision zwischen der Gesellschaft der Buren und der der Engländer veranlaßte 1836 ungefähr 10.000 Buren, die englische Kolonie zu verlassen und ins Innere des Landes zu ziehen, wo - wie sie wußten - gute Bedingungen für Landwirtschaft und Viehzucht vorhanden waren. Dort gründeten sie die Voortrekker - Republiken (14). Die Besetzung der neuen Gebiete geschah nach mehreren Kriegen mit den dort ansässigen afrikanischen Stämmen, die letzten Endes in eine Art "Reservate" verdrängt wurden.

Es ist für die spätere Analyse von Interesse, hier festzuhalten, daß bereits in dieser Phase die Interessen der Agrarburen und der Industrieengländer kollidierten. Einer der wichtigsten Gründe, aus denen die Buren die englische Kolonie verließen, war die Einstellung der Engländer gegenüber der Sklaverei, die 1807 in England für die englischen Kolonien abgeschafft wurde. Dem englischen Kapital war bereits zu dieser Zeit die Lohnarbeit profitabler als Sklavenarbeit, während die Agrarwirtschaft betreibenden Buren von der Sklavenarbeit abhängig waren. Die verschiedenartigen Interessen der Buren und der Engländer nehmen hier ihren Anfang und haben bis heute die Politik Südafrikas bestimmt, wie wir noch sehen werden.

Mit der Entdeckung der reichen Diamanten- und Goldvorkommen gegen Ende des 19. Jahrhunderts festigte sich das Interesse des englischen Imperialismus an Südafrika entscheidend. Es kam zu den Burenkriegen, aus denen die Buren im Friedensvertrag von Vereeniging 1902 als Besiegte hervorgingen. Während dieser Kriege versuchten beide Seiten, die verschiedenen afrikanischen Stämme gegeneinander auszuspielen und so die Unterstützung einiger dieser Stämme zu gewinnen.

Dieser Friedensvertrag bedeutete den absoluten Sieg des englischen Imperialismus. Die Buren behielten ihren Landbesitz und die Engländer ihre Bergwerke. 1910 bildete sich die unabhängige "Südafrikanische Union" im Rahmen des britischen Commonwealth. Dies war das Ergebnis eines Kompromisses, in dem die Mehrheit der Burenbourgeoisie sich mit den Engländern in Südafrika verbündete. Die Masse der afrikanischen Arbeiter blieb weiterhin machtlos.

Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung Südafrikas festigte das Bergbau-Finanzkapital seine Stellung, während das alte burische Agrarkapital an Einfluß verlor, u.a. wegen der veralteten Anbautechniken. Zudem führte das Erbsystem zu einer Parzellierung der Agrarbetriebe und dies wiederum resultierte in der neu entstehenden Schicht der "armen Weißen", einem ungelernten verarmten weißen Landproletariat, das mehr und mehr zum Arbeitsreservoir für die Industrie in den Städten wurde. Die beiden afrikaans sprechenden Burenschichten (Landbesitzer und Landproletariat) - schwach an Kapital und ohne Qualifikation - konnten sich eine Verbesserung ihrer Situation nur von einer staatlichen Protektion erhoffen (15).

Das Finanzkapital aber interessierte sich lediglich für billige Arbeitskräfte für den Bergbau, wozu es die Afrikaner bekommen konnte. Da nur unqualifizierte Arbeit gebraucht wurde, konnten sowohl die "armen Weißen" als auch die Afrikaner herangezogen werden, nur daß die Afrikaner billiger waren. Und das war von Bedeutung, denn angesichts des festen Goldpreises versuchte das Bergbaukapital die Kosten für Arbeitskräfte so niedrig wie möglich zu halten. Zum Zweck der Lieferung dieser billigen Arbeitskraft dienten inzwischen die Reservate für Afrikaner, die von Seiten des englischen Kapitals aufrechterhalten wurden (16). Diese Situation führte dazu, daß die beiden afrikaans sprechenden Schichten vereinte Anstrengungen unternahmen, politische Macht zu gewinnen; denn erst diese würde sie in die Lage versetzen, sich der Übermacht des englischen Großkapitals zu erwehren. Sie wurden sich klar, daß sie ihre bevölkerungsmässige Mehrheit ausnutzen konnten, doch mußten sie dafür eine lebendige und militante Kraft bilden.

"Die burische Volkstumsbewegung, der rassistische und antibritische Nationalismus, der ähnliche Entwicklungen im Europa des 19. Jahrhunderts an Intensität, Totalität und schließlich an Erfolg übertraf, ist von jener historisch-ökonomischen Ausgangslage des afrikaanssprachigen Bevölkerungsteils zu erklären. Gestützt auf die numerische Überlegenheit in der weißen Wählergruppe, durch eine neue Sprache und eine alttestamentarische Religion ideologisch geeint, sowie durch Dutzende von Unterstützungsinstitutionen im Wirtschaftssektor und Erziehungswesen gefördert, konnte der burische Nationalismus die politische Macht erringen und damit auch seine ökonomische Basis beträchtlich erweitern." (17)

Die schärfste Auseinandersetzung zwischen dem Bergbaukapital und dem Agrarkapital ergab sich während der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre, als die Konkurrenz der billigen schwarzen Arbeitskräfte die Arbeitsplätze der Buren gefährdete. Die gemeinsamen Anstrengungen aller Buren erreichten eine Massenmobilisierung, die sich mittels Streiks und politischem Druck gegenüber dem Finanzkapital durchsetzen konnte und erreichte, daß durch Gesetz die Konkurrenz der schwarzen Arbeit abgeschafft wurde, indem die Afrikaner nur noch zu Hilfsarbeiten herangezogen werden können. Dies war die Apartheidpolitik, die 1948, als die Nationalpartei mit Malan als Premierminister an die Macht kam, zur offiziellen Politik Südafrikas erklärt wurde, und die seit der Regierung Verwoerd nahezu in Hysterie betrieben wird. (18)

3. Apartheid heute

Seit die Nationalpartei an der Macht ist, haben sich die südafrikanische Industrie sowie andere Wirtschaftssektoren entwickelt. Es entstand ein Staatskapitalismus zur Förderung

14 siehe: The Road to South African Freedom - the Program of the South African Communist Party, London, S.23

15 Adam, a.a.O., S.29

16 Govan Mbeki, South Africa: the peasants' revolt, Penguin Books, Middlesex, 1964

17 Adam, a.a.O., S.29

18 The Road to South African Freedom, a.a.O., S.42

der eigenen Wirtschaft, deren Träger hauptsächlich die Industrial Development Corporation (IDC) ist. Der Burenkapitalismus hat seitdem die Grenzen der Agrarwirtschaft gesprengt, geht allerdings noch nicht über die Transformationsindustrie hinaus. Das Bergbau-Finanzkapital ist immer noch in den Händen anglo-amerikanischer Trusts, die das Maß der Entwicklung einer eigenständigen südafrikanischen Industrie bestimmen.

Gemeinsam ist beiden Seiten, daß sie afrikanische Arbeitskraft ausbeuten. Unterschiede bestehen nur in Bezug auf die Art und Weise, wie diese Ausbeutung durchzuführen sein soll. Die Nationale Partei wirft der Unity Party vor, ihre Methode führe zu einer Gleichheit der Rassen und damit zum Verlust der Hegemonie der weißen Rasse. Die Unity Party wiederum wirft der Nationalpartei vor, ihre Methoden führten zur Revolution und damit zur Liquidierung der weißen Herrschaft und der großen kapitalistischen Interessen.

Diese verschiedenen Einstellungen erklären sich aus den unterschiedlichen Überlebenschancen der beiden Gruppen bei einer mehr oder weniger tiefgreifenden Änderung der Situation in Südafrika. Sollte der Africa National Congress (ANC) - die stärkste Befreiungsbewegung Südafrikas - zeigen, daß sie in der Lage ist, die Macht zu übernehmen, und alle wichtigen Sektoren der südafrikanischen Wirtschaft - einschl. der Bergwerke - zu nationalisieren, dann würden sämtliche Differenzen zwischen den zwei Parteien aufhören und sich eine gemeinsame Front bilden. Es ist interessant festzustellen, daß die Unterschiede zwischen den zwei Parteien um so stärker an den Tag treten, je stärker die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika werden: die Nationalpartei baut einen mehr und mehr faschistischen Staat auf, während die Unity Party mehr zu einer Art "Verständigung" mit einigen afrikanischen Nationalisten tendiert und damit verhindern will, daß sich die Lage derart zuspitzt, daß es leichter zur Durchsetzung einer radikalen Nationalistengruppe kommen kann. Diese Einstellung erlaubt es der Unity Party, sich als "progressive Partei" aufzufassen; eine progressive Partei, an deren Spitze Harry Oppenheimer steht, Vorsitzender des Verwaltungsrates von 7 der 10 Trusts, die Australafrika beherrschen. - Für die Nationalpartei, die nicht über die Kraft des Finanzkapitals verfügt, würde die Aufhebung der Apartheidpolitik wie auch jede Änderung der Sozialstruktur in Südafrika die Liquidierung der Hegemonie der Buren über die billige schwarze Arbeitskraft und damit ihrer Überlebensmöglichkeit bedeuten.

Diese Situation birgt zwei Gefahren in sich.
1. Die Auseinandersetzung zwischen den zwei Parteien konzentriert sich in zunehmendem Maße auf die Apartheidpolitik, da die Buren - die Mehrheit der weißen Bevölkerung - auf jeden Fall ihre Apartheidpolitik aufrechterhalten wollen, damit es nicht zu einer Landumverteilung kommt Mit der Konzentration auf dieses Thema würde die Hochfinanz den Angriff auf die größeren Ziele, die Minen, vermeiden.
2. Unter dem Druck der Faschisierung des Staates durch die Nationalpartei - immer stärkere polizeiliche und militärische Repression - kann die Bewegung für eine nationale Befreiung Südafrikas sich veranlaßt sehen, die Lösung der Imperialisten, das "mildere" Finanzkapital leichter zu akzeptieren.

Diese Überlegung zeigt uns ein Paradox: die Buren sind auf Grund ihrer Stellung in Südafrika eine nationalistische Kraft, denn sie sind keine Agenten des Imperialismus, sondern eine eigenständige herrschende Klasse in Südafrika (19), und sie nehmen eine antiimperialistische Haltung gegen das anglo-amerikanische Kapital ein. Dennoch befinden sie sich an der vordersten Front des Kampfes gegen die nationalistischen Kräfte des Landes. Damit sind sie die besten Wächter der imperialistischen Interessen. Ebenso ist übrigens die Position der britischen Siedler im Simbabwe (Rhodesien) und der portugiesischen Siedler in Angola und Mozambique.

III. DIE WIRTSCHAFT NAMIBIAS UND DIE SITUATION DER SCHWARZEN ARBEITSKRAFT

Namibia hat eine Fläche von 824.292 qkm, es entspricht größenmäßig ungefähr 2/3 der südafrikanischen Republik. Es hat 605.000 Einwohner, bei einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 1.

Von der Bevölkerung sind 90.000 Weiße, davon 60% Buren, 31,4% Deutsche (von denen 1/3 einen deutschen Paß haben) und 7,8% Engländer. Die farbige Bevölkerung besteht aus Herero, Nama, Berg-Damara, Ovambo, Re-

19 Adam, a.a.O., S.34

Die **Deutsche Volkszeitung** steht links.

Die **Deutsche Volkszeitung** ist kritisch – und konstruktiv.

Die **Deutsche Volkszeitung** kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts.

Sie müssen sie kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

hobother, Bushmen und ca. 24.000 Mischlingen. Am zahlreichsten sind die Ovambos mit 262.000, fast die Hälfte der farbigen Bevölkerung.

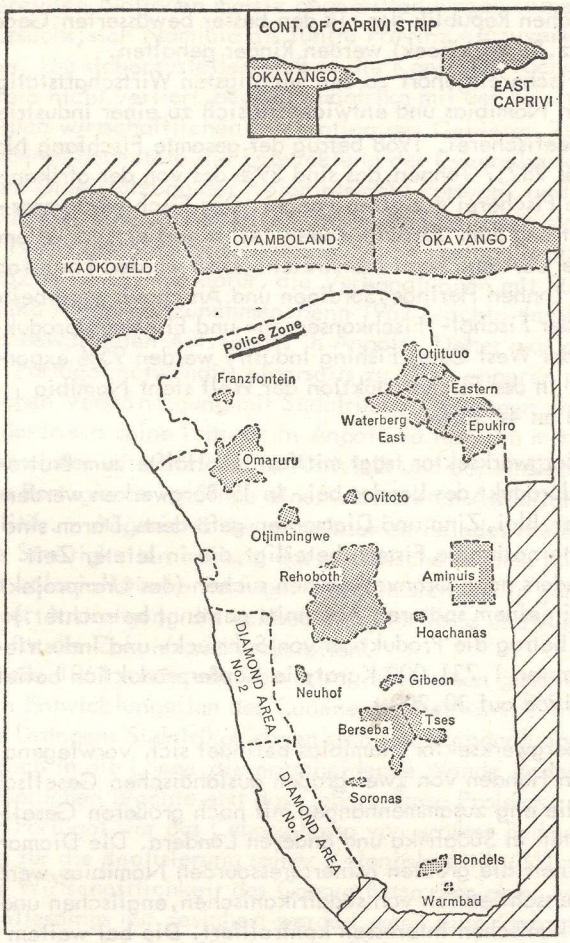
1. Polizeizone und Reservate

Die weiße Bevölkerung konzentriert sich in den Städten, besonders in der Hauptstadt Windhuk. Die Afrikaner leben, wenn sie nicht in weißen Unternehmen arbeiten, in Reservaten inner-und außerhalb der "Polizeizone". Diese ist ein unter der deutschen Kolonialherrschaft errichtetes Verwaltungsgebiet, das von der südafrikanischen Regierung übernommen und nur für Weiße reserviert wurde. Diese Polizeizone (s.Landkarte) wird durch eine Linie abgegrenzt, die gleichzeitig die Scheidelinie darstellt zwischen Fortschritt für die Weißen im Süden und kontrollierter Stagnation für die Afrikaner im Norden, wo 4 allmächtige weiße Beamte das Leben von einer Viertelmillion Afrikaner regulieren. Innerhalb der Polizeizone wird die Anwesenheit der Afrikaner nur zum Zweck der Arbeit für die Weißen geduldet, das Verhältnis Weiße zu Afrikaner beträgt hier 1:2 (20). Das Agrarland in dieser Zone ist ebenfalls ein "weißes Gebiet" und jeder Afrikaner, der dort wohnt, muß für den Weißen arbeiten oder das Land verlassen und in die Reservate gehen. Die Reservate im Norden (unfruchtbares Land außerhalb der Polizeizone) sind die einzigen Gebiete, in denen die Afrikaner wohnen können, die nicht für den Weißen arbeiten. Die Grenze zwischen diesen Reservaten und den Polizeizonen können die Afrikaner nur dann überschreiten, wenn sie für Arbeit in der Polizeizone rekrutiert worden sind; diese nördlichen Reservate bilden nämlich das geographische Reservoir der afrikanischen Arbeitskraft für die Entwicklung der Polizeizone (21).

Ein deutscher Geograph gibt die folgende Beschreibung der Abgrenzung zwischen "weißem" und "schwarzem" Namibia:

"Auffällig ist die räumliche Isolierung des Ovambo-Gebietes durch unwirtliche Areale (Etoscha-Pfanne), die z.T. von Wildreservaten eingenommen sind, so daß sich eine Art politische Sicherheitszone gebildet hat. An der Grenze mit den europäischen Farmgebieten im Süden verläuft (ebenso wie an der Grenze Angolas) ein hoher Zaun, der gegen ein Überwechseln von Wild und Ausbreitung von Viehseuchen angelegt wurde." (22)

Auf dem System der Reservate basiert die Apartheidpolitik. Das Interesse an billiger Arbeitskraft wird ideologisiert als "getrennte Entwicklung" von Weißen und Schwarzen, da diese sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen befinden. Auf der Grundlage des Odendaal-Berichtes sieht ein Gesetz aus dem Jahre 1968 die Bildung autonomer Gebiete (Bantustan) vor. Für die Durchführung dieses Programms ist eine Änderung der Landverteilung erforderlich und es wird mit Recht vermutet (23), daß die Gebiete für die Afrikaner weniger fruchtbar sein werden als die für die Weißen. Außerdem wird im Rahmen eines solchen Projektes eine Zwangsevakuierung durchgeführt.



The present-day land position in South West Africa.

Diese autonomen Gebiete sollen eine legislative und eine exekutive Gewalt erhalten, jedoch wird die letzte Entscheidung in allen maßgebenden Fragen vom Präsidenten der südafrikanischen Republik getroffen. Das Hauptziel dieses neuen Programms ist eine Verlagerung der schwarzen Arbeitskraft in eine "rationelle" Nähe zu den weißen Unternehmen (24). Die Proklamationen R.290, 291 und 294 aus dem Jahre 1968 gründeten im Ovamboland den ersten Bantustan.

2. Die Wirtschaft

Bis jetzt ist Namibia ein Agrarland. In der Landwirtschaft dominieren die Latifundien, die sich im Besitz von Buren oder deutschen Farmern befinden. Dort wird besonders Viehzucht betrieben, insbesondere werden Karakulschafe und Merinos gezüchtet; der gegenwärtige Bestand ist ca. 4 Mill. Karakulschafe und 39 Mill. Merinos. Aus dem Karakul, das in Gegenden vorherrscht, in denen es kein offenes Wasser gibt, gewinnt man den wertvollen Persianerpelz, der besonders in die USA und in die BRD exportiert wird. Der Export von 3,5 Mill. Fellen im Jahr 1969 brachte Südafrika Devisen in Höhe von 95,5 Mill. DM (25). Der Export der

20 First, a.a.O., S.25 und S.121
21 id., S.136
22 Walter Manshard, Afrika - südlich der Sahara, Fischer-Länderkunde, 1970, S.86
23 siehe Monde diplomatique, Mars 1971
24 id., siehe auch Menschenrechtskommission der UN, Bericht E/CN.4/1020/Add.1 vom 30.1.70, S.13 ff.

in Namibia erzeugten Merinowolle (8% der Weltproduktion) stellt einen der wichtigsten Exportposten der südafrikanischen Republik dar. In den besser bewässerten Gegenden (z.B. Windhoek) werden Rinder gehalten.
Die Fischerei gehört zu den wichtigsten Wirtschaftstätigkeiten Namibias und entwickelte sich zu einer industriellen Seefischerei. 1968 betrug der gesamte Fischfang Namibias 982,7 Tonnen, das sind 29% des von der afrikanischen Fischerei erzielten Fanges. Der Fisch wird verarbeitet und zum überwiegenden Teil exportiert, vor allem in die USA und nach Frankreich. 1968 wurden insgesamt 54,2 Tonnen Heringe, Sardinen und Anschovis verarbeitet. Von der Fischöl-, Fischkonserven- und Fischmehlproduktion der West Coast Fishing Industry werden 95% exportiert. In der Fischproduktion der Welt steht Namibia heute an 4. Stelle.

Der Bergwerksektor trägt mit fast der Hälfte zum Bruttosozialprodukt des Landes bei. In 19 Bergwerken werden Kupfer, Blei, Zinn und Diamanten gefördert. Daran sind 44 internationale Firmen beteiligt, die in letzter Zeit besonders nach Uranvorkommen suchen (das Uranprojekt wird in einem späteren Abschnitt getrennt betrachtet.). 1967 betrug die Produktion von Schmuck- und Industriediamanten 1.731.000 Karat; die Kupferproduktion belief sich 1968 auf 30.200 t.

Der Bergwerksektor Namibias befindet sich vorwiegend in den Händen von zwei großen ausländischen Gesellschaften, die eng zusammenhängen mit noch größeren Gesellschaften in Südafrika und anderen Ländern. Die Diamantenminen, die größten Mineralressourcen Namibias, werden fast ausschließlich von südafrikanischen, englischen und amerikanischen Interessen kontrolliert. Die bei weitem größte und erfolgreichste dieser Firmen ist die Consolidated Diamond Mines of South West Africa, eine Tochtergesellschaft der De Beers American Corporation of South Africa ist; die Beteiligung an De Beers wird von der Gesellschaft selbst wie folgt angegeben: Südafrika 44%, Kontinentaleuropa 27%, England 25% und andere Länder 4%. Im Jahre 1966 konnte die Consolidated Diamond Mines, die also ein Teil des Oppenheimer-Imperiums ist, einen Gesamtertrag von 1,71 Mill. Karat im Wert von 430 Mill. DM aufweisen. Durchschnittlich liegt der Profit dieser Gesellschaft in Namibia bei ungefähr dem Doppelten des namibischen Staatsbudgets. (26) Seitdem Südafrika Namibia praktisch als seine 5. Provinz annektierte, werden die in Namibia gemachten Gewinne der Consolidated Diamond Mines nicht mehr getrennt ausgewiesen, sie dürften jedoch heute erheblich höher liegen. Die Hälfte der Steuereinnahmen Namibias (ca. 160 Mill.DM) kommen von der Consolidated Diamond Mines.
Die Marine Diamond Corporation, der zweitgrößte Diamantenproduzent Namibias ist ebenfalls eng mit der Anglo-American Corporation assoziiert und gehört hauptsächlich südafrikanischen, englischen und amerikanischen Interessen. Auch J.Paul Getty's Tidewater Oil Company ist an Diamanten beteiligt, außerdem hat sie Erdölinteressen und Schürfrechte in Namibia.

Konzessionsrechte für die bedeutenden Vorkommen der Grundmetalle, einschl. Blei, Kupfer, Zink, Zinn sowie Vanadium und Erdöl sind ebenfalls ausschließlich in südafrikanischem, englischem und amerikanischem Besitz. Die Tsumeb Corporation, die zu großen Teilen der American Metal Climax und der Newmont Mining Corporation of the United States gehört, ist der zweitgrößte Kupfer-, Zink- und Bleiproduzent Namibias. In Tsumeb werden 7 Metalle gleichzeitig gewonnen: in einem Monat jeweils 300 t Arsen, 5.800 t Blei, zwischen 800 und 1.000 t Zinn, 30 t Germanium, 2.500 t Kadmium, 3.000 t Zink und 3.300 t Kupfer. Das Kupfervorkommen in Namibia liegt übrigens nach Meinung der Experten viel höher als das von Zambia, mit dem zusätzlichen Vorteil, daß es für den Export verkehrstechnisch günstiger liegt. Der Steuerbeitrag dieser Gesellschaft beläuft sich auf 33 Mill. DM im Jahr. Ihr Anlagevermögen und Inventar belief sich 1963 auf mehr als 11.5 Mill. Rand. (1 Rand = 1,4 U.S.Dollar) Eine andere Firma, die maßgeblich an der Tsumeb Corporation beteiligt ist, ist Selection Trust, eine Bergbauinvestmentgesellschaft, die auch Anteile an der American Metal Climax besitzt, abgesehen von anderen Beteiligungen in Südafrika, Namibia und Zentralafrika. 1965 brachten Metallverkäufer der Tsumeb Corporation 51,5 Mill. Rand. Die restlichen Konzessionsrechte für Blei, Zink, Zinn, Vanadium und Kupfer sind in den Händen englischer und südamerikanischer Interessen, mit der Ausnahme von einigen Anteilen an Kupferminen, die zwei japanischen Gesellschaften gehören.

3. Die soziale Lage der Afrikaner

Wegen seines reichen Reservoirs an Rohstoffen hat sich Namibia zu einem für die Industrieländer der westlichen Welt wichtigen Gebiet entwickelt, wobei das Interesse des westlichen Kapitals noch verstärkt wird durch das zu minimalen Kosten zur Verfügung stehende große Arbeitskräftepotential. Die Politik der Reservate und Bantustan"zielt ab auf die Relegierung der Afrikaner in die weniger fruchtbaren und weniger produktiven Zonen und garantiert einen ständigen Strom afrikanischer Arbeitskraft." "Der Bericht der Odendaal-Kommission (eine südafrikanische Kommission, Anm.d.Verf.) stellte fest, daß praktisch kein Gebiet, das ausschließlich den Afrikanern gehört, in der Lage ist, die Subsistenzwirtschaft zu überschreiten." (27)
Auch die geringen Sozialkosten für die Förderung der afrikanischen Bevölkerung steigern die Gewinnmöglichkeiten kapitalistischer Ausbeutung.

1967 gab es in Namibia 27 Krankenhäuser und 6 Sanitätsstationen (centres de consultation) für die Weißen und 39 Krankenhäuser und 38 Sanitätsstationen für die Nichtweißen, bei einem Verhältnis Weiße zu Nichtweisse von 1:7. In ganz Namibia gibt es keinen einzigen afrikanischen Arzt. Bezeichnend für die Bemühungen der südafrikanischen Regierung um die Gesundheit der afrikanischen Bevölkerung sind die folgenden Daten über Tuberkuloseerkrankungen in Südafrika (einschl. Namibia):

---

25 Südafrika, hrsg. von der südafrikanischen Botschaft, Köln, Nr.2, Juli 1970, S.19
26 First, a.a.O., S.151
u diesen Daten siehe auch "Objective:Justice", hrsg. UN Office of Public Information, April 1970, S.18
27 Menschenrechtskommission der UN, Bericht E/CN.4 1020/Add.1 vom 30.1.70, S.20-21

die Erkrankungsrate liegt für die Weißen bei 34,9 auf 100.000 Personen, und für die Schwarzen entsprechend bei 460,7.

Die Erziehung der afrikanischen Bevölkerung wird von der südafrikanischen Regierung großteils den Missionen überlassen. Nur zwei von zehn afrikanischen Kindern im schulpflichtigen Alter gehen in die Schule und selten länger als 2 Jahre.

Innerhalb der Polizeizone bestehen 176 Schulen, davon sind 83 Missionsschulen, außerhalb der Polizeizone gibt es 161 Schulen, davon 113 Missionsschulen. Im Durchschnitt wird 1% des Volkseinkommens für Bildung der afrikanischen Bevölkerung ausgegeben. 1962 erreichten diese Ausgaben mit 240.000 Pfund Sterling ein Maximum; diese 240.000 Pfund Sterling waren 1/8 des Erziehungsbudgets. (28) Eine Aufstellung der Bildungsausgaben 1958-1959 kann die Situation verdeutlichen:

Gesamtausgaben für Bildung :	1.372.982 £	
Weiße	1.121.585 £	
Mischlinge und Afrikaner in der Polizeizone	216.358 £	
Afrikaner	35.039 £	(29).

IV. DAS CUNENE-PROJEKT IN ANGOLA

Das Cunene-Projekt schließt den Bau mehrerer Staudämme, Kraftwerke, Kanäle und Pipelines ein. Dieses Projekt soll durch die Zähmung des Cuneneflusses in Angola elektrischen Strom erzeugen und Wasser liefern für Südangola und Namibia. Der Cunene entspringt im Zentralplateau Angolas in der Nähe der Stadt Nova Lisboa, und von seinen 830 km Länge bilden im Unterlauf rund 1/3 die Grenze zwischen Angola und Namibia. - Die Gesamtkosten des gewaltigen Cunene-Projekts betragen 2,2 Mrd. DM (30) und übersteigen damit die Kosten des Cabora Bassa-Projektes in Mozambique um rund 700 Mill. DM. Die Geldmittel werden je zur Hälfte von der Lissaboner und der südafrikanischen Regierung aufgebracht.

1. Die Geschichte des Cunene-Projektes.

Seit dem 19. Jahrhundert bestehen Streitigkeiten über die Wasserrechte des Cunene. 1886 kamen der deutsche Kaiser und der portugiesische König zu einem Übereinkommen, doch nach dem ersten Weltkrieg lebten die Streitigkeiten wieder auf, jetzt zwischen Portugal und der Südafrikanischen Union, die vom Völkerbund mit dem Mandat über Deutsch-Südwestafrika betraut worden war. 1926 erhielt Südafrika aufgrund eines Kompromisses das Recht, mit oder ohne Teilnahme der Kolonialmacht Portugal in der portugiesischen Kolonie Angola einen Staudamm zu bauen, der die Wasserversorgung Namibias garantieren würde. Die Verhandlungen schliefen jedoch ein und wurden erst 1962 wieder aufgenommen. Dieses Datum hat ganz bestimmte Gründe, sowohl die portugiesische als auch die südafrikanische Regierung hatten zu diesem Zeitpunkt ein besonderes Interesse an der Entwicklung des Cunene-Beckens. Südafrika wurde damals zum ersten Mal in den Vereinten Nationen massiv angegriffen wegen seines Versuchs, sich Namibia als fünfte Provinz einzuverleiben. Um sicherzustellen, daß es die Kontrolle über Namibia nicht verliert, begann Südafrika mit der beschleunigten wirtschaftlichen Integration des Gebietes. Zum anderen bedeutete die Entwicklung des Cunenebeckens eine Unterstützung der Kolonialmacht Portugal, und für Südafrika sind wirtschaftlich starke und politisch stabile Nachbarn eine Existenzfrage. Auch Portugal hatte 1962 seine Gründe dafür, die Verhandlungen mit Südafrika wieder aufzunehmen, denn 1962 brachte den Beginn des bewaffneten Aufstandes in Angola. Daher war es für Portugal notwendig, einerseits zu einer engeren politischen Verständigung mit Südafrika zu gelangen und andererseits seine Präsenz in Angola zu festigen mittels vermehrter wirtschaftlicher Aktivität und der Ansiedlung von Portugiesen im Sinne einer verstärkten Assimilationspolitik. - Angesichts des gemeinsamen Feindes hörten die Streitigkeiten auf und das rassistische Regime und das kolonialistische Portugal einigten sich, um in gemeinsamer Anstrengung die Ausbeutung Namibias und Angolas für die Zukunft sicherzustellen.

Bereits 1964 wurde ein Vorvertrag über einen gemeinsamen Entwicklungsplan des Cunene abgeschlossen. Trotz des Drängens Südafrikas zogen sich die Verhandlungen jedoch in die Länge, die entscheidende Wende in den Gesprächen brachte erst das Cabora Bassa Projekts. Für Portugal war das Cabora Bassa von größter Bedeutung für die Realisierung seiner Kolonialpolitik (31) . Die Wirtschaftlichkeit des Cabora Bassa-Projektes konnte allerdings nur gesichert werden, wenn eine Garantie für die langfristige Abnahme der Elektrizität vorhanden war, und Südafrika stellte als Bedingung für die Abnahme des elektrischen Stroms aus Cabora Bassa, daß Portugal seine Zustimmung zu dem Cunene-Projekt gab. Im Januar 1969 wurde der endgültige Vertrag über die erste Aufbauphase des Cunene-Projektes abgeschlossen. Er wurde unterzeichnet von dem portugiesischen Außenminister Franco Nogueira, dem südafrikanischen Botschafter A.J.F. Viljoen sowie Dr. Sieg Kuschke, Präsident der südafrikanischen Industrial Development Corporation (IDC), der halbstaatlichen Institution der Nationalpartei für die Entwicklung der Industrie Südafrikas.

Für das Cunene-Projekt ist auf südafrikanischer Seite die "South West African Water and Electricity Commission" (SWAWEC) die ausführende Instanz. In ihrem Rahmen befassen sich

- Department of Water Affairs, Windhoek/Pretoria, mit Wasserangelegenheiten
- Electricity Supply Commission (ESCOM), Johannesburg, mit Fragen der elektrischen Energie. - Die ESCOM ist dieselbe Organisation, die beim Cabora Bassa-Projekt mit der Verteilung des elektrischen Stroms betraut ist.
- Industrial Development Corporation (IDC), Johannesburg übernimmt die Koordination sowie Finanzierungsfragen. - Sie stellte Portugal in Höhe seines Anteils einen Kredit zur Verfügung. (32)

---

28 First, a.a.O., S.164
29 id., S.254
30 NZZ v. 12.10.1969
31 für die Problematik Cabora Bassa, siehe mein Artikel "Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugisieschen Kolonien", in: Rotes Forum 3/70, Heidelberg und auch C.B.-Artikel in NRF 1/70
32 Financial Mail, Südafrika v. 15.8.69

Die erste Phase des Projektes soll 1978 abgeschlossen sein.

2. Die erste Phase des Cunene-Projektes

Die erste Phase des Cunene-Projektes verlangt Investitionen in Höhe von insgesamt 314 Millionen DM. Diese Phase sieht die Regulierung des gesamten Cunene-Wassers, den Bau eines Wasserkraftwerkes in den Ruacana-Fällen und die Bewässerung von Ovamboland (Nordnamibia) vor. Die wichtigsten Bauwerke dieser Phase sind der Govê- Damm, der nicht weit von der Quelle des Cunene am Zusammenfluß der Flüsse Cunene, Canhanguma und Etembo gebaut werden wird und dessen Kosten allein mit 50 Mill. DM veranschlagt werden, das bereits erwähnte Ruacanawerk in der Grenzzone zwischen Namibia u. Angola sowie eine Talsperre (Erddamm) 15 km nördlich der namibischen Grenze.

"Südafrika wird Portugal einen Unkostenbeitrag in der Höhe von 25 Mio.Fr. = 21 Mio.DM leisten und über die halbstaatliche Industrial Development Corporation ein langfristiges Darlehen in der Höhe von 25 Mio.Fr. zu einem Zinsfuß von etwa 5% zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung hat Portugal Südafrika die Nutzung des gesamten Flußlaufes bei Ruacana für energiewirtschaftliche Zwecke überlassen und hat garantiert, daß die Wasserführung nicht unter den Minimalbedarf sinken wird. Andererseits hat sich Südafrika verpflichtet, auf die Wassermenge, welche das garantierte Minimum übersteigt, einen Zins zu entrichten, der nach der Anzahl kWh berechnet wird, die damit erzeugt werden. Diese Vertragsbestimmung macht den Bau eines Wasserkraftwerkes an der Grenze Südwestafrikas wirtschaftlich." (33)

Mit den Arbeiten am Govê - Damm wurde im Oktober 1969 begonnen. Der Damm wurde von einem portugiesischen Ingenieurbüro konzipiert, und die Bauarbeiten wurden von einem portugiesischen Unternehmen übernommen. Der Damm entsteht im Inneren Angolas 100 km entfernt von Nova Lisboa. Er soll 58 m hoch werden u. wird einen See von 178 km Länge und einem Fassungsvermögen von 2,6 Millionen cbm schaffen. In ihm kann in der Regenzeit Wasser gespeichert und gleichmäßig auf den Unterlauf des Flusses verteilt werden. Der Govê - Damm wird die Stromproduktion des Kraftwerkes von Matala erhöhen, das jetzt die Städte Sá da Bandeira und Mocamedes in Angola mit Strom versorgt.

Durch den Bau des Govê - Dammes wird es möglich werden, in dem Gebiet zwischen Quiteve und Humbe in Angola 20.000 ha Agrarland zu bewässern und durch ein Netz von pipelines können in einer Umgebung von 80.000 ha Menschen und Tiere mit Wasser versorgt werden.

Das Wasserkraftwerk von Ruacana soll 240 bis 300 Megawatt erzeugen, basierend auf einer garantierten Wasserführung von 125 cbm pro Sekunde bei einer Fallhöhe von 134 m. Geplant sind Hochspannungsleitungen zu den namibischen Bergbauzentren Tsumeb und Grootfontein sowie zu dem Fischindustriezentrum Walvisbay.

Die Talsperre bei Calueque, 40 km nördlich von Ruacana, soll den Cunene aufstauen und erstens Wasser für das nordnamibische Gebiet Ovamboland liefern sowie zweitens eine gleichmäßige Wasserzufuhr für das Ruacana-Kraftwerk sicherstellen.

Die beiden letzteren Bauvorhaben sind zeitlich noch nicht festgelegt. Wann sie in Angriff genommen werden, wird von dem Energiebedarf Namibias abhängig sein.

Bereits im Bau oder zum Teil schon fertiggestellt sind Einlaufbauwerke oberhalb des geplanten Calueque-Damms, die das Wasser des Cunene zu einer Pumpenanlage führen. Ein 5.000 kW erzeugender Generator betreibt zwei Einheiten, die je drei cbm Wasser pro Sekunde durch zwei parallele Betonpipelines von je 1,5 m Durchmesser in Speicherbecken leiten, das 12,5 km entfernt liegt. Von hier aus läuft das Wasser durch einen Betonkanal an die namibische Grenze und endet auf namibischem Boden in die oshana (=dicht gewachsene Wasserläufe) Okatana und Etaka, an denen sich die größeren Siedlungen des westlichen Ovambolandes befinden. Alle 10 km wird eine Schleuse eingebaut und an mehreren Stellen sind kleine Staudämme vorgesehen.

Die Wasserversorgung ist für das Ovamboland von entscheidender Bedeutung. Das Gebiet liegt durchschnittlich 600 m über dem Meer und besitzt einen sandigen Boden. Es ist mit 250.000 Einwohnern auf 5,6 Mio.ha dicht besiedelt. Die Graslandschaft eignet sich gut für Viehzucht, die Wasserarmut hat jedoch bisher große Menschenansiedlungen unmöglich gemacht, da die Viehherden häufig ihre Weideflächen wechseln mußten. Nur die das Gebiet an der nördlichen Grenze berührenden Flüsse Cunene und Okavango führen das ganze Jahr hindurch Wasser, so daß man also auf die in den vier Regenmonaten gefüllten oshana angewiesen ist. Eine natürliche Ergänzung durch Wasser aus Angola, die bis jetzt bestand, wird immer schwächer aufgrund der zunehmenden Versandung und Verschlammung der Einläufe. Die Einlaufbauwerke im Rahmen des Cunene-Projektes sollen diese Einläufe künstlich wieder benutzbar machen, damit Ovamboland während der Trockenzeit bewässert werden kann und die Wasserführung reguliert wird. Das Projekt der Wasserversorgung von Ovamboland soll in diesem Jahr fertiggestellt werden.

3. Die Interessen Portugals, Südafrikas und der BRD am Cunene-Projekt.

Genau wie beim Cabora Bassa-Projekt nutzt das Cunene-Projekt dem Kapital, nicht aber der afrikanischen Bevölkerung Angolas bzw. Namibias. Genau wie sich beim Cabora Bassa-Projekt die Frelimo mit Waffen dem Bau widersetzt, so bekämpft in Angola die MPLA und in Namibia die SWAPO das Cunene-Projekt.

Was Portugal anbetrifft, so dient das Cunene-Projekt (abgesehen von der Beschaffung von Devisen durch den Export von elektrischer Energie - eine der Hauptfunktionen der Kolonien ist ja die Versorgung der Metropole mit Devisen) der Durchführung seiner neuen Kolonialpolitik, die es betreibt, seit sich die Bevölkerung von Angola unter Führung der MPLA der portugiesischen Kolonialherrschaft mit Waffen widersetzt. Die Anstrengungen Portugals gelten der wirtschaftlichen und sozialen Integration der

33 NZZ v. 12.10.1969

Kolonien als Garantie für ihre Beibehaltung als Kolonien. Zu den wirksamsten Waffen Portugals bei dem Versuch, der afrikanischen Bevölkerung die portugiesische Kultur aufzuzwingen und die Befreiungsbewegungen zu bekämpfen, ist die Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien.

Portugiesische Instanzen sowie die westliche Presse werden natürlich wieder eilig erklären, Portugal habe niemals die Absicht gehabt, Portugiesen dort anzusiedeln, es habe sich nur wieder "eine internationale Verschwörung gegen Portugal " gebildet, wie der portugiesische Außenminister im Falle Cabora Bassa erklärte. Nun, herauszufinden wie es sich wirklich verhält, ist einfach eine Sache des aufmerksamen Lesens und des Rechnens, mit offiziell angegebenen Daten (34): das Projekt soll die Bewässerung von rd. 150.000 ha Land ermöglichen und für 173.000 ha Wasser liefern zur Viehzucht (10). Die 125.000 ha Land, die durch Bewässerung landwirtschaftlich genutzt werden können, teilen sich folgendermaßen auf: 93.000 in der Gegend von Matunto, 18.000 in der Gegend von Cova do leao und 14.000 in der Gegend von Catembulo. Diese Gebiete sollen in 20 ha-Farmen geteilt werden, auf denen Mais, Weizen, Tabak, Baumwolle und Kenaf angebaut werden sollen. In einem Artikel der angolanischen Lokalpresse wird berichtet, der Ansiedlungsplan beinhalte die "instalacao" von 6.233 Landfamilien (casais agricolas), die "fixacao" von 37.000 Personen und die "Benutzung" (sic) von 73.000 Arbeitern. Es soll hier bemerkt werden, daß bei der erwähnten Schaffung von 20 ha-Farmen die Gesamtmenge des bebaubaren Landes gerade ausreicht, um die 6.233 Familien mit Land zu versorgen. Die anderen bekommen kein Land! Die Erklärung dafür finden wir in den portugiesischen Ausdrücken selbst, der Ausdruck "fixacao" wird für die Regruppierung der afrikanischen Bevölkerung benutzt (s. UNO-Bericht A/7623/Add.3, 25.9.69, S.59). Wenn nun in einem Text von fixacao und instalacao die Rede ist, dann läßt sich daraus schließen, daß "instalacao" die Ansiedlung weißer Siedler meint. So haben wir die 6.233 Familien "instaladas" - das sind die Siedler - und die "fixados" ohne Land - das sind die Afrikaner. Kein Wunder also, daß die portugiesische Presse offen von der Möglichkeit der Ansiedlung in großem Ausmaß spricht, die Südangola bietet. Um diese Ansiedlung in großem Maßstab zu fördern, veranstaltete das "Ansiedlungsbüro der Provinz" 1969 in Angola einen 2-jährigen Kurs für Ex-Soldaten, die als "Sozialarbeiter" geschult wurden (curso de educadores sociais) mit dem Ziel, die Militärs, die in Angola gedient hatten, zur Ansiedlung in Angola zu ermuntern. Die Kandidaten müssen 5 Jahre der höheren Schule absolviert haben, bekommen pro Monat 3.200 Escudos und werden am Ende des Kurses automatisch im Büro für Ansiedlung beschäftigt. Das Büro will die neuen Sozialarbeiter bei seinen "servicos de accao social" und in "mobile teams for community development" (35) einsetzen. Zum Zweck einer möglichst effizienten Siedlungspolitik wurde im August 1970 in Portugal durch Gesetz ein "nationales Sekretariat für Emigration" geschaffen, zu dessen Funktionen es gehört, "die migratorischen Ströme zu kontrollieren und kanalisieren, besonders die in die Überseeprovinzen, und ein ganzes Netz für die Unterstützung der Auswanderer, gleich wo sie sich befinden, aufzubauen..." (36)

Das Interesse Südafrikas an diesem Projekt ist in erster Linie wirtschaftlicher Natur: durch die Bewässerung von Namibia wird eine Vergrößerung der Viehzucht möglich ebenso wie eine Erhöhung der Bevölkerungsdichte und dies sind notwendige Voraussetzungen für die jetzt von der Bantu Development Corporation geplante Einrichtung von Gerbereien sowie Fisch- und Möbelfabriken.

Doch ein anderer Gesichtspunkt ist für Südafrika von besonderer Wichtigkeit: seit mehreren Jahren wird die Kontrolle Südafrikas über Namibia von den Vereinten Nationen, anderen internationalen Organisationen und einigen Ländern als illegal und illegitim angesehen und zwar erstens, weil Südafrika das Mandat über Namibia vom Völkerbund anvertraut bekam und die Vereinten Nationen dies nicht mehr bestätigen wollen und zweitens, weil Südafrika die Herrschaft über Namibia für seine Interessen und nicht zur Förderung der namibischen Bevölkerung benutzt. "For South Africa it is, more than anything else, because of that country's desire to demonstrate to the world its "good" intentions in relation to the development of South-West Africa. - The scheme will aid development there, and is a vital factor in South Africa's overall strategy in retaining her hold over the mandated territory." (37)

Tatsächlich ist sich Pretoria bewußt, daß sich die öffentliche Meinung der kapitalistischen Welt sehr leicht mit dem "wirtschaftlichen Fortschritt" beeindrucken läßt und die menschlichen und politischen Aspekte solcher Entwicklungsprojekte allzu gern übersieht. Daher versucht die Regierung Südafrikas bei ihren Bemühungen, sich Namibia einzuverleiben, durch forcierte Investitionen wie z.B. das Cunene-Projekt die wirtschaftliche Integration Namibias zu beschleunigen und damit eine Trennung von Südafrika unmöglich zu machen.

So wie Portugal in den Projekten Cabora Bassa und Cunene hauptsächlich eine Waffe gegen die Befreiungsbewegungen Frelimo bzw. MPLA sieht, so sieht auch Südafrika im Cunene-Projekt die Möglichkeit, der Schaffung von Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Bekämpfung der Befreiungsbewegung von Namibia (SWAPO), die für eine Trennung Namibias von Südafrika kämpft. Neue Ansiedlung von Weißen, die verbesserte wirtschaftliche Lage Südafrikas und Portugals sowie ihre durch das Cunene-Projekt erhöhten Gewinnchancen werden ihre Möglichkeiten und ihren Willen steigern, die Repression gegen die Befreiungsbewegungen noch mehr zu intensivieren.

Das internationale Kapital hat selbstverständlich Interesse an diesem Projekt, doch kann darauf jetzt hier nicht eingegangen werden. Stellvertretend für die Interessen des westdeutschen Kapitals seien hier nur die des Krupp-Konzerns erwähnt: Der westdeutsche Kruppkonzern ist in umfangreichem Maße an der Verwirklichung des Cunene-Projektes interessiert (38). Die Eisenerzproduktion in den Konzessionsgebieten von Krupp in Cassinga (Südangola) werden portugiesischen Berichten zufolge in den nächsten Jahren von 5,8 auf 7 Mio. t

34 siehe hierzu UNO-Dokument A/7623/Add.3 vom 25.9.1969 über die portugiesischen Kolonien, S. 58 ff.
35 id., S.59
36 Capital, Lissabon, v. 23.8.1970
37 Financial Times v. 23.7.1969
38 id.

steigen. Der Mangel an Versorgung mit elektrischem Strom würde diesen ansteigenden Trend beeinträchtigen und eine weitere Produktionsausweitung verhindern. Für das Cunene-Projekt liefert Krupp unter einem 8-Jahres-Kredit Maschinen an die Companhia mineira do Lobito.(39) Mit der Banco de Angola unterzeichnete Krupp im April 1964 einen Vertrag für den Bau von Industrieanlagen und Staudämmen. (40)

V. DAS INTERESSE DER BRD AN URAN

Im Jahre 1970 schlossen westdeutsche Firmen Verträge ab über die Erschließung von Uranvorkommen in Angola und Namibia.

1. Der Uranbedarf der westdeutschen Industrie

Bereits seit der 60-iger Jahre zeigt die BRD ein besonderes Interesse am Uran-und Reaktormarkt. Hier treten die Siemens-Tochtergesellschaften, die Urangesellschaft mbH & Co Frankfurt und die Lurgi-Gesellschaft für Thermotechnik GmbH Frankfurt auf. Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung gibt die Erklärung für diese Erscheinung:
"Die Energiegewinnung durch Spaltung von Atomkernen in Reaktoren ist in den Jahren 1964 bis 1966 wirtschaftlich geworden. Elektrische Energie läßt sich heute für große Teile der Welt in Kernkraftwerken zu geringeren Preisen erzeugen als in konventionellen Kraftwerken. Der sprunghafte Anstieg der Bestellungen von Kernkraftwerken mit erprobten Reaktoren in den USA und auch in einer Reihe europäischer Länder ist ein realistischer Beweis dafür.
Angesichts des ständig anwachsenden Bedarfs an elektrischer Energie in den Industrie - und auch Entwicklungsländern ist eine billige und zuverlässige elektrische Energieversorgung nach wie vor das Hauptziel der kerntechnischen Entwicklung."(41)
Die deutsche Forschung konzentriert sich auf Schnellebrüter (kompakte NA-gekühlte Kernenergieanlagen (KNK) und Schwerwasserreaktoren) und fortgeschrittene Konverter-Reaktoren, um damit - bei dem voraussichtlichen Bedarf - in Zukunft sowohl in den Industrieländern wie in den unterentwickelt gehaltenen Ländern auf dem Markt führen zu können. Diese Forschung erwies sich als notwendig, weil bei weiterer Anwendung der heute marktgängigen Anlagen "in weniger als 20 Jahren die bisher bekannten billigen Uranvorräte der Welt verbraucht wären. Zu diesen Vorräten rechnet man alle Uranvorkommen, aus denen das kg Urandioxid nicht teuerer als 80,- DM geliefert werden kann; sie werden zur Zeit auf etwa 1 Million Tonnen geschätzt." (42)

Angesichts dieser Sachlage ist es verständlich, daß das Bundesprogramm für Kernforschung und kerntechnische Entwicklung Ausgaben in Höhe von 590,5 Mill. DM tätigte, was 21,9% der gesamten Wirtschaftsausgaben des Bundes entspricht. In den Jahren 1968 bis 1972 wurden Investitionen in Höhe von 5 Mrd. vorgenommen bzw. vorgesehen.
"Der Beitrag der öffentlichen Hand bzw. von EURATOM beschränkt sich im wesentlichen auf einen Beitrag zu den Forschungs-und Entwicklungskosten und den Kosten der Brennstofferstausstattung sowie auf die weitgehende Übernahme des finanziellen Betriebsrisikos, die Gewährung von ERP-Krediten, Bürgschaften und Steuererleichterungen." (43) Die BRD verfügt über eigene Uranvorkommen von höchstens 10.000 t Urangehalt. Voraussschätzungen zufolge wird der Natururanbedarf der BRD bis zum Beginn der 80-ziger Jahre auf insgesamt 40.000 bis 50.000 t steigen, d.h. die Uranversorgung der BRD kann auf lange Sicht nur durch Einfuhren gedeckt werden.

Die BRD ist daher bemüht, zum einen langfristige Abnahmeverträge mit dem Ausland abzuschließen und zum anderen sich an der Erschließung und am Abbau neuer ausländischer Vorkommen zu beteiligen.
"Mit der Erschließung eigener atomarer Rohstoffquellen, auswärtiger Experimentierfelder für neue atomare Technologien und eines weiten ausländischen Marktes für atomare Ausrüstungen westdeutscher Produktion und gemischter Produktion unter westdeutscher Führung will Bonn die nötigen technologischen und kommerziellen Voraussetzungen für eine atomare Großmachtposition und ein eigenes Kernwaffenpotential unabhängig von der NATO schaffen." (44)

2. Die Beteiligung der BRD am Uranabbau in Namibia

Diesem Bemühen der BRD kamen Portugal und Südafrika entgegen, die ihrerseits bemüht sind, ihre Interessen in Angola bzw. Namibia wahrzunehmen. Im März 1970 unterzeichneten die portugisische Kommission für Kernenergie und die deutsche Urangesellschaft einen Vertrag über den Abbau von Natururan in Angola und Mozambique in einem Konzessionsgebiet von insgesamt 6.300 qkm. (45) Der Anteil der Urangesellschaft am abgebauten Uran wird vorzugsweise an westdeutsche Kernzentren geliefert werden. (46) Auch am Abbau des Uranvorkommens von Rossing in der Nähe von Swakopmund in Namibia ist die Urangesellschat beteiligt.

Die Urangesellschaft ist ein Konsortium und setzt sich aus den folgenden Firmen zusammen, die alle gleichbeteiligt sind: Veba, Metallgesellschaft AG Frankfurt und Steinkohlen-Elektrizitäts AG Essen. An dem Uranprojekt in Namibia beteiligt sich die Urangesellschaft mit 8 Mill. DM, wovon 6 Mill. vom Bonner Wissenschaftsministerium finanziert werden. Die westdeutsche Industrie plant für die kommenden Jahre die Investition von 70 Mill. DM, wofür sie mit einer Subvention der Bundesregierung rechnet. (47).

Die Beteiligung der Urangesellschaft an der Urangewinnung vollzieht sich auf der Grundlage eines langfristigen

39 id.
40 Der totalitäre Gottesstaat, eine Dokumentation, Patmos Verlag, Düsseldorf, 1970, S.170
41 Bundesbericht Forschung II, hrsg. Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1965, S.71
42 id.
43 id.
44 DWI-Berichte, hrsg. Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Nr.6, 1970, S.29
45 Handelsblatt v. 5.3.1970
46 Vida Mundial, Lissabon, v. 13.3.1970
47 DW-Dokumentation, hrsg. Deutsche Welle, Köln, 34/71 v. 23.2.1971 und Der Spiegel v. 14.12.1970

Vertrages, den die Gesellschaft mit der britischen Rio Tinto Zinc - über deren Tochtergesellschaft Rio Finex - abschloß. Die Rio Tinto Zinc betreibt zusammen mit der Industrial Development Corporation of South Africa (IDC) den Zink - und Uranabbau in Namibia; an der speziell zu diesem Zweck gegründeten "Rossing Uranium" ist die Rio Tinto Zinc mit 80%, die IDC mit 20% beteiligt.
Die Urangewinnung der Rio Tinto Zinc geschieht im Rahmen eines Vertrages dieses Konzerns mit der British Atomic Energy Authority und stellt somit einen Verstoß gegen die UNO-Beschlüsse dar, denen zufolge alle Investitionen unterlassen werden sollen, die der Stärkung Süd.-afrikas in Namibia dienen, da deren Präsenz in Namibia nicht legitim ist.
Das britische Außenministerium erklärte allerdings, der Vertrag zwischen der Atomenergiebehörde und der Firma Rio Tinto sei keine Verletzung der Sicherheitsratsbeschlüsse über Südwestafrika. Die Vereinten Nationen hätten erklärt, die Anwesenheit Südafrikas in Südwestafrika sei illegal, aber die Britische Regierung bestehe darauf, daß die Beschlüsse der UN über Südwestafrika nicht bindend seien; "daß Südafrika de facto Südwestafrika kontrolliert" und daß Großbritannien "keinerlei Aktion ins Auge fassen kann, die zu einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Südafrika führen würde." (48) Diese vom britischen Außenministerium angeführten beiden letzteren Argumente mögen auch die Beteiligung Westdeutschlands am Uranabbau in Namibia erklären. Die Urangesellschaft unterstützt die südafrikanische Regierung in ihrem Versuch, sich Namibia wirtschaftlich und politisch einzuverleiben, und zwar nachdem im Januar 1970 der Sicherheitsrat und später ein ad hoc-Komitee der Vereinten Nationen beschlossen hatten, daß alle Investitionen, die die Einverleibung Namibias seitens Südafrikas förderten, eingestellt werden sollten. Der Grund für die Haltung der BRD ist oben schon erwähnt: die BRD braucht Natururan, um auf dem Weltmarkt im imperialistischen Lager - besonders gegenüber den USA - konkurrenzfähig zu werden.

Der Grund aber, warum die BRD gerade an Namibia interessiert ist, ist in dem Bericht des Jahres 1970 der UN-Apartheidgruppe über ausländische Investitionen und Zwangsarbeit zu finden: "Die Apartheid war ein wichtiger Stimulant für die wirtschaftliche Entwicklung Australafrikas. Das Hauptziel der Apartheid ist es, ein reiches Reservoir billiger Arbeitskraft zu schaffen, was einen hohen Profit ermöglicht." - Dem "Survey of race relations" (Johannesburg, 1968) zufolge beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen eines Afrikaners in der extraktiven Industrie 18 Rands, gegenüber 297 für einen Weißen.

Die guten Beziehungen der BRD mit Südafrika gehen übrigens zurück auf das Jahr 1963, als Hermann Josef Abs Südafrika einen Besuch abstattete, der bereits mit Uran zu tun hatte: Ziel der Reise war es zu sondieren, welche Möglichkeiten bestanden für die Herstellung von Waffen in großem Ausmaß und von spaltbarem Material für Kernwaffen nach dem Abschluß des Tests mit Uran und nach der Erstellung eines Reaktorzentrums in Pelindaba nahe Johannesburg.

Als Folge dieser Reise installierte die westdeutsche Expertengruppe "Lindau und Harz" eine Raketenbasis und eine Jonosphärenstation mit einer 120 m hohen Antenne in der Nähe von Tsumeb in Namibia. Nach der Frankfurter Allgemeinen (vom 10.4.1964) (49) arbeitet diese Raketenbasis eng mit dem westdeutschen Verteidigungsministerium zusammen und die Projekte werden unmittelbar vom Budget dieses Ministeriums finanziert (50). Was die Beteiligung an der Urangewinnung in Namibia anbetrifft, so ist in der Haltung der Bundesrepublik ein Wandel eingetreten: Bonn zögert. Die Affäre Cabora Bassa mahnt zur Vorsicht. Nachdem Minister Leussink im Dezember vergangenen Jahres 6 Mill. für das Uranvorhaben bereitgestellt hatte, drängte die englische Rio Tinto Zinc auf weitere 70 Mill. DM seitens der Urangesellschaft, worauf sich diese erneut um eine Bürgschaft der Bundesregierung bewarb. Hier stieß sie aber auf Widerstand, besonders bei dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Minister Eppler stellte fest: "Nach Cabora Bassa könnte Namibia der Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt." (51) Selbst im Wissenschaftsministerium entstehen inzwischen Bedenken angesichts des Schadens, der - besonders im Hinblick auf die Reaktion der afrikanischen Staaten - bei einer Beteiligung an der Ausbeutung Namibias für das westdeutsche Kapital entstehen könnte. Schmidt-Küster, ein Referent Minister Leussinks erklärte: "Nach Cabora Bassa wollen wir nicht einen zweiten toten Vogel in der Tasche haben (52)".
Das Forschungsministerium denkt nun daran, sich zur Dekkung des westdeutschen Uranbedarfs an Tansania und Australien zu wenden.

VI. SOUTH WEST AFRICAN PEOPLES' ORGANIZATION (SWAPO)

Gegen die Herrschaft der südafrikanischen Republik und des internationalen Kapitals in Namibia richten sich Organisationen, die ihren Ursprung in der Anfang der 50-iger Jahre gegründeten Studentenorganisation "West African Student Body" haben. Die zwei stärksten Organisationen heute sind die South West African National Union (SWANU) und die South West African Peoples' Organization (SWAPO), von denen die letztere die repräsentativere für die Bestrebungen Namibias ist.

Nachdem die SWAPO mehrere Jahre versucht hatte, die Unabhängigkeit Namibias mit friedlichen Mitteln zu erreichen, kam sie zu der Erkenntnis, daß eine Befreiung der Vorherrschaft Südafrikas nur durch gewaltsamen Widerstand zustande kommen kann. Im August 1966 begann der bewaffnete Widerstand der SWAPO. Er führte zu einer verstärkten Repression seitens der Regierung in Pretoria, deren Ziel es war, die "industrielle Unruhe" unter Kontrolle zu bringen in einem Land, in dem "Monopole und weisse Imperialisten (Amerikaner, Engländer, Westdeutsche und andere) die Ausbeutungswirtschaft unterstützen" (53). Exemplarische Prozesse gegen Mitglieder der SWAPO sollen die afrikanische Bevölkerung davon abschrecken, sich

48 Financial Times v. 9.7.1970
49 zitiert in: Africa in the World, London, Nov. 1967
50 id.
51 Der Spiegel v. 19.10.1970
52. id.
53 Andrea Z. Shipanga, Namibia: réplica al fideicomiso, in: Tricontinental, Jan./Feb. 1970, La Habana, S.63

ihnen anzuschließen. Der erste dieser Prozesse fand 1967/68 statt:37 führende und andere Mitglieder der SWAPO, unter ihnen der SWAPO-Führer Hermann Toivo ja Toivo, wurden aus Namibia herausgeholt und in Pretoria vor Gericht gestellt. 29 erhielten Gefängnisstrafen, 9 davon lebenslänglich. Toivo bekam 20 Jahren Haft auf der Insel Robben. (54)

Um die Masse der Bevölkerung Namibias noch wirkungsvoller einschüchtern zu können, werden die Prozesse direkt in Namibia in Windhoek durchgeführt. Die Gesetze, auf die sich die Gerichte bei ihren Urteilssprüchen stützen, sind der "Suppression of Communism Act", Gesetz Nr. 44 aus dem Jahre 1950, das nach Art. 18 auch auf Namibia anwendbar ist, und der "Terrorism Act", Gesetz Nr. 83 von 1967, gültig für Namibia aufgrund Art. 9 §2.

Es folgen Ausschnitte aus dem Plädoyer, das Toivo ja Toivo während des Prozesses gegen ihn und andere SWAPO-Mitglieder in Pretoria hielt; sie führen am deutlichsten Situation und Absichten der SWAPO vor Augen:"...1964 wurden die afrikanische Nationalpartei (ANC) und der Panafrikanische Kongreß (PAC) in Südafrika unterdrückt. Das hat mich davon überzeugt, daß wir zu schwach waren, uns der Macht Südafrikas in offenem Kampf zu stellen. Als einige Soldaten meines Landes heimkehrten, sah ich woraus, welches Unheil über die SWAPO, über mein Volk und auch über mich persönlich kommen mußte. Ich habe getan, was ich konnte, um unsere Leute davon abzuhalten, in den Busch zu gehen. Meine Bemühungen haben mich bei manchem sehr unbeliebt gemacht, aber ich war bereit, auch das auf mich zu nehmen. Man entschließt sich zu so etwas nicht leicht. Meine Treue gehört meinem Land. Meine Organisation konnte nicht ordnungsgemäß arbeiten, sie konnte nicht einmal Versammlungen halten. Ich mußte Anwort geben auf die Frage:"Wohin hat deine Politik der Gewaltlosigkeit uns gebracht?" Während die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes (über die Annullierung der Mandatsherrschaft Südafrikas über Namibia, Anm.d.Verf.) noch ausstand, konnte ich wenigstens noch darauf vertrösten. Als aber unsere Sache - nach jahrelangem Warten - unterlag, hatte ich auf die Frage unserer Leute keine Antwort mehr. ...

Wir fühlten uns verraten, und wir glaubten, daß Südafrika seine Verpflichtung niemals erfüllen würde. Manche glaubten, wir würden unsere Freiheit nur erringen, indem wir für sie kämpfen. Wir wußten, daß die Macht Südafrikas überwältigend ist, aber wir wußten auch, daß unsere Sache die Gerechtigkeit auf ihrer Seite hat und unsere Lage unerträglich ist - warum sollten nicht auch wir unsere Freiheit erlangen? ...

Die SWAPO war als solche keine gewaltsam vorgehende Organisation, aber die Regierung Südafrikas interessiert sich in Wahrheit garnicht dafür, ob eine Opposition gewaltsamen oder gewaltlosen Charakters ist. Sie will grundsätzlich von einer Opposition gegen die Apartheid nichts hören. Seit 1963 hat die SWAPO Versammlungsverbot. Es ist richtig, daß dieses Verbot von den Stammesbehörden ausgesprochen wurde, aber sie arbeiten mit der südafrikanischen Regierung zusammen, die im Interesse politischer Freiheit nie einen Finger krumm gemacht hat. So waren wir im eigenen Lande ohne Stimme und des Rechts beraubt, uns zu versammeln und unsere politischen Ansichten darzulegen. Kann es überraschen, daß meine Landsleute in diesen Zeiten zu den Waffen gegriffen haben? ...

Ich habe gelernt, daß unser Volk den Fortschritt von niemandem als Geschenk erwarten kann, weder von den Vereinten Nationen noch von Südafrika. Der Fortschritt ist etwas, wofür wir kämpfen und arbeiten müssen. " (55)

Auf die Frage nach den vorrangigen Zielen seiner Bewegung antwortete der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, in einem Interview, das er zu Beginn dieses Jahres gab: "Der wichtigste Teil unserer Arbeit ist der bewaffnete Kampf. Wir befinden uns im Krieg und unser Programm sieht die Intensivierung und Ausbreitung des Kampfes über das ganze Land vor, so wurde auf unserem letzten Parteikongreß beschlossen.

Gleichzeitig sind wir an die Vereinten Nationen herangetreten mit der Forderung nach einer Ergänzung der Resolution von 1966, durch die das Mandat über Südwestafrika beendet wird, mit dem der Völkerbund die südafrikanische Regierung betraut hatte.

Wir müssen diese diplomatische Kampagne fortsetzen, denn sonst wird der Feind die Initiative ergreifen. Aber wir wissen natürlich, daß die größte Bedeutung dem von der Bevölkerung von Namibia geführten bewaffneten Kampf zukommt". (56)

Zu der Haltung einiger reaktionärer afrikanischer Regierungen, besonders der der Elfenbeinküste, die für eine Verständigung mit Südafrika eintreten, sagt Nujoma:"Es ist höchst beunruhigend für uns, den Wandel ihrer Haltung festzustellen. Es ist wahrscheinlich, daß er Verwirrung stiftet unter den antirassistischen Kräften. Wir lehnen ihre Position als prinzipienlosen Ausverkauf der Prinzipien der Organisation für Afrikanische Einheit ab. Daß diese afrikanischen Länder ihre im Kampf sterbenden afrikanischen Brüder verraten, ist umso schlimmer angesichts der Unterstützung, die wir von nichtafrikanischen Ländern, z.B. Skandinavien, erhalten." (56)

- . -

Der Imperialismus wird versuchen, die nationalen Befreiungsbewegungen in Australafrika zu spalten, damit er sich auf die reaktionären afrikanischen Schichten stützen und so den Weg des Neokolonialismus einschlagen kann. Diese Lösung wird jedoch auf heftigen Widerstand der weissen Bevölkerung Australafrikas stoßen, da diese sich inzwischen an Afrika gebunden fühlt und zudem noch die koloniale Mentalität eines Herrenvolkes hat.

Gerade dies gehört aber zu dem Plan des Imperialismus: es liegt ihm daran, daß die nationalen afrikanischen Befreiungsbewegungen nur in dem Weißen, der in Afrika ihr Land in Besitz hat, ihren Feind sehen und somit das Hauptziel, die Nationalisierung des Landes bis zu den Infrastrukturen verfehlen. - Es ist die Aufgabe der Befreiungsbewegungen, dieses Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, damit die Gefahr gebannt wird, daß ihr Kampf nur einen sehr beschränkten politischen Inhalt hat und

54 id., S.64
55 in:Florin (Hrsg.), Gewalt im südlichen Afrika, a.a.O., S.131-135
56 Anti-Apartheid News, London, Februar 1971

damit die revolutionären Kader demobilisiert werden. Die Garantie dafür, daß in diesem Punkt Klarheit besteht ist nur dann gegeben, wenn der Kampf sich auf die Masse des Volkes stützt, das unter Führung von Kadern den bewaffneten Kampf trägt und die einzige unerschöpfliche Quelle revolutionärer Kader darstellt.

Eduardo de Sousa Ferreira
Komitée Südliches Afrika
Heidelberg

Komitée Südliches Afrika, Heidelberg
Spendenkonto: Kto. 29940 Volksbank Heidelberg

Land Ownership

Total area of territory: 82,347,841 hectares (1,000 hectares = 3·86 square miles), comprising land set aside for White or non-White use; urban areas; game reserves; also desert land.

	1937	1948	1955	1962
Outside Police Zone	30,101,000	30,101,000	27,445,618	
Inside Police Zone – desert	7,164,860	7,164,860	7,564,971	
other	45,025,000	45,025,000	47,337,252	
White farm lands				
a. Farms in private ownership	14,708,692	23,749,778	25,828,653	
b. Government farms surveyed		7,052,200	261,594	
c. Farms leased to settlers	8,828,187	2,540,413	10,967,166	
d. Company (registered) farms	2,077,331	227,744	810,711	
TOTAL WHITE FARM LANDS	25,614,210	33,570,135	37,868,124	approx. 39,812,000*
Non-White (African and Coloured)				
a. Proclaimed Reserves (within and outside the Police Zone)	11,887,557	11,947,924	18,630,597	
b. Areas reserved for extension	4,225,800			
c. Set aside but not proclaimed		13,900	13,900	
d. Rehoboth Gebied	1,244,400	1,244,400	1,244,400	
TOTAL NON-WHITE LANDS	17,397,757	15,143,324	21,825,997	21,825,997

Sources: *South African Yearbook*, except for the figure * which was supplied by the Lands Branch of the South West African Administration.

Seit zwei Monaten vergriffen - jetzt wieder lieferbar

Autorenkollektiv
Marx-Arbeitsgruppe Historiker

SCHULUNGSTEXT
ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE
(mit 70 S. illustrativem Material aus der BRD)

Dieser Text stellt die grundlegenden Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie in einer speziell zur Arbeiterschulung geeigneten Form dar. Er kann zugleich als Einführungs- und Vorbereitungstext für ein gründliches Studium der Kritik der politischen Ökonomie verwendet werden.

200 Seiten Preis: DM 4.50

Bestellungen sind zu richten an:
Lothar Riehn 1 Berlin 37, Sven-Hedin-Str. 34 Lieferung erfolgt umgehend per Nachnahme

DIE KRISE DES BRITISCHEN KAPITALISMUS
- DIE JÜNGSTEN ENTWICKLUNGEN

Was oft euphemistisch eine grundlegende Umstrukturierung der britischen Industrie genannt wird, ist tatsächlich die sich zunehmend beschleunigende Bewegung der englischen Wirtschaft in eine Krise größeren Ausmaßes; oder, wieWilson schadenfroh gegen die Tories unkt, die tiefste Krise, die England seit der Weltwirtschaftskrise erfahren hat.
In der Tat lassen die ökonomischen Indikatoren dies vermuten: Die Arbeitslosigkeit steigt z.Zt. mit einer monatlichen Rate von über 3o.ooo Entlassungen, sodaß die Gesamtziffer jetzt auf über 75o.ooo oder 3,3% steht, darunter 7,0% in Nordirland und 5,1% in Schottland. Nicht eingerechnet sind dabei mehrere 1oo.ooo, die zeitweilig ganz aufhören zu arbeiten, meist Frauen. Es gibt keine Industrie ohne größere Entlassungen.
Gleichzeitig steigen die Preise in einer Rate von fast 9%. Die Steigerungen der Reallöhne sind daher relativ gering, was sich in einem absoluten Rückgang der Lebenshaltungsausgaben und zunehmendem Sicherheitssparen ausdrückt. Beides ist Ausdruck fallender Kapazitätsnutzung, einer fallenden allgemeinen Investitionsquote, besonders deutlich in der Bau-, metallverarbeitenden und Maschinenindustrie, begleitet von abnehmenden Auftragsbüchern.
Die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes ist auf wenig über 1% zusammengeschmolzen. Die Zahl der Bankrotte ist die höchste seit mindestens einem Jahrzehnt.

Dies verschärft den Widerspruch der staatlich induzierten Produktion, den Yaffe in seinem Artikel (1) benennt: Während die Profitabilität im privatkapitalistischen Sektor der Wirtschaft rapide abnimmt, kann doch der Staat seine Ausgaben nicht in zureichendem Ausmaß kürzen, ohne die Wirtschaft in eine noch tiefere Krise zu stürzen. Der Anteil des Staates an derInanspruchnahmeder nationalen Kapitalresourcen wächst ständig mit ca. 3,5%, während die realen Zuwachsraten der Gesamtproduktion beträchtlich geringer sind. (2)
Die lebendigste Illustration für diesen Widerspruch ist die Rolls-Royce-Affäre. Schon aus dem provisorischen Abkommen in dieser Woche zwischen der britischen Regierung und Lockheed wird klar, daß die Produktion der RB 211-Maschinen höchstwahrscheinlich mit Verlusten von erheblich mehr als 1Mrd. DM verbunden ist.
Ebenso reflektiert der Dienstag veröffentlichte neue Haushaltsplan der Regierung diesen Widerspruch: Die einzige klare Tendenz ist, der Arbeiterklasse gewaltig die Federn zu rupfen; das Budget kann aber kaum Einfluß auf die Investitionsbereitschaft der Kapitalisten nehmen, sondern wird vor allem zu gesteigerter Geldhortung führen. So ist denn auch die einzige klare Linie der Tory-Regierung (durch Labour vorbereitet) die des Generalangriffs auf Lebensbedingungen und erkämpfte Rechte der Arbeiterklasse.

Das Antistreikgesetz und die Produktivitätsabkommen sind schon aus Yaffes Artikel bekannt. Zu den Steuerermäßigungen zugunsten der ganz Reichen sind noch weitere im neuen Budget hinzugekommen; die Kriterien für die Gewährung von Sozialleistungen sind verschärft worden; und die bösartigste Maßnahme ist, daß, während streikende Arbeiter bisher 4,35 Pfund an Streikgeldern erhalten durften, ohne daß sie von der Sozialhilfe an ihre Familien abgezogen wurden, diese abzugsfreie Summe nun auf 1 Pfund reduziert wurde. Dazugekommen ist auch die verstärkte Überwachung von Ausländern, die politisch aktiv sind (Deportation von Dutschke und seiner Familie; Haussuchungen ohne Ermächtigung und Verhaftungen mit dem Vorwand des Bombenanschlages auf das Haus des Arbeitsministers Carr); dies ist verallgemeinert in dem neuen Ausländergesetz, das, abgesehen von einer explizit rassistischen Tendenz zur Besänftigung der extrem nationalistischen Tory-Rechten um Powell, ähnliche oder schärfere Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarkts und zur Disziplinierung der Ausländer erlaubt wie das entsprechende deutsche Gesetz.
Die aktive Politik der Regierung gegen Streiks und Lohnerhöhungen wird sich in ihrer Härte, Brutalität und Unbekümmertheit zwangsläufig weiter verstärken. Dies wird aber die Krisenbedingungen nicht auflösen können. Daher wird die Regierung in nächster Zeit, obwohl das ihrer Ideologie widerspricht, dazu gezwungen sein, erneut eine Einkommenspolitik mit weitgehendem Lohnstop einzuführen.
Dies wird die Entwicklung im Laufe des letzten Jahres, daß ökonomische und politische Konflikte näher zusammenrücken und ineinander übergehen, verstärkt hervortreten lassen. Mehr denn je wird daher das Schicksal der Arbeiterklasse von ihren eigenen politischen und ökonomischen Organisationen an der Basis abhängen.
Wir berichten im folgenden die wichtigsten Ereignisse der letzten 4 Monate, die die angegebenen Tendenzen bestätigen werden.

DER KAMPF GEGEN DAS ANTI-STREIK-GESETZ

Die Opposition gegen das Kernstück der Anti-Arbeiter-Politik in England, offiziell "Gesetz über die industriellen Beziehungen" oder "Ein fairer Umgang am Arbeitsplatz", weniger poetisch "Anti-Arbeiterklasse-Gesetzgebung", "Streikbrecher-Gesetz" oder "Ermächtigungsgesetz der Bosse" genannt, gipfelte in einer Welle politischer Streiks, wie sie England seit den erbarmungslosen Klassenkämpfen in der ersten Hälfte der 20er Jahre und dem Generalstreik von 1926 nicht mehr erlebt hat.
Shop-stewards vor allem aus der Auto- und metallverarbeitenden Industrie, der Werftarbeiter und Docker und

(1) David Yaffe, Die Krise des britischen Kapitalismus, in: Neues Rotes Forum 3/7o, pp 11-29

(2) Wynne Godley/Christopher Taylor, Public sector's rising claim on resources, in: Times, 17.2.71, p. 21

Peter Jay, The strategic dilemma remains unresolved, in: Times, 31.3.71, p. 21 fügt hinzu: "Schlimmer noch, private fixe Investitionen sollen nach Vorhersagen nur um zu vernachlässigende o,5% steigen, mit öffentlichen Investitionen von 2,7% steht es kaum besser. Dies ist das klassische Profil von konsuminduziertem Wachstum, allerdings sehr langsamem Wachstum mit einem fortgesetzten großen Leerlauf in der Ökonomie."

der Drucker organisiertenauf lokaler und regionaler Ebene Streiks und Demonstrationen; zentral wurde der Widerstand von dem (weitgehend KP-beherrschten) Liaison Committee for the Defence of Trade Unions (Gemeinsames Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaften) koordiniert. Nach einzelnen örtlichen Streiks kulminierte die Bewegung zunächst in dem vom LiaisonCommitteeausgerufenen 24-Stunden-Streikam 8.Dez.1970. Obwohl einer der Druckergewerkschaften durch Gerichtsbeschluß verboten worden war, zum Streik aufzurufen, da er ein rein politischer Streik sei, und obwohl der Streik von keiner Gewerkschaft unterstützt und vom TUC (Trade Unions Congress - Gewerkschaftsdachorganisation analog dem DGB) als "Geschenk an die Tories" denunziert wurde, streikten über 1/2 Million Arbeiter und fanden Demonstrationen im ganzen Land statt. In London marschierten 15.ooo durch die Innenstadt zu einer Kundgebung im Hyde-Park. Obwohl die Docks, der größte Teil der Autoindustrie u. viele der Maschinen und Elektrowerke und Schulen in London stillagen und an diesem Tag keine der überregionalen Zeitungen erschien, verlautbarte der TUC, "daß über 95% der Gewerkschafter" (9-1o Millionen) "in Antwort auf die Aufforderung des TUC, nicht-offizielle Aktionen abzulehnen, bei der Arbeit geblieben sind." (3)
Die Times gestand den Streikern immerhin zu, daß "die Industrie gestern in großem Ausmaß durcheinandergebracht war". (4) Die Sprechchöre und Parolen waren größtenteils direkt gegen das Gesetz und gegen die Tory-Regierung gerichtet.
Schon vor dem Streik hatten Labour Party, TUC und die einzelnen Gewerkschaften die Aktion als unverantwortlich und undiszipliniert verdammt (darunter auch James Conway, der Generalsekretär der größten Metallarbeitergewerkschaft, der AUEW).
Auf der abschließenden Kundgebung wurde beschlossen, am 12.Jan.71 den nächsten Streik durchzuführen.

Über 5o.ooo Arbeiter in Mittelengland holten "ihren" Streik und "ihre" Demonstration am 1.1.71 (in England kein Feiertag) nach, da sie am 8.Dez. durch andere Auseinandersetzungen verhindert waren.
Gewitzt durch die Erfahrungen am 8.Dez. ging der TUC am 12.Jan. klüger vor: Er rief für denselben Tag zu Versammlungen und Kundgebungen außerhalb der Arbeitszeit auf. Der Trick hatte immerhin so viel Erfolg, daß die Zahl der ganztägigen Streiks und die Größe der Demonstrationen unter denen des 8.Dez. lagen. Zwar hatte sich jetzt der TUC als Bremser auf den Zug geschwungen, aber das hatte ihm nicht möglich gemacht, die Militanz zurückzuschrauben: Vic Feather, der TUC-Generalsekretär, und Harald Wilson wurden auf der Protestkundgebung in der Albert Hall, zu der der TUC nur ausgewählte Mitglieder und Gäste mit Karten eingeladen hatte und die Türen durch Polizei bewachen ließ, von einem beträchtlichen Teil der Anwesenden ausgebuht und durch Sprechchöre und Zwischenrufe gezwungen, ihre Reden vorzeitig zu beenden. Nachdem zuerst auch Barbara Castle sprechen sollte, die als Minister der Labour-Regierung eine dem Tory-Gesetz ähnliche Vorlage eingebracht hatte, hielt man es dann doch für besser, dem zu erwartenden Sturm der Entrüstung zuvorzukommen, indem man sie wieder auslud. Trotzdem mußten die Gewerkschafts-und Labour-Funktionäre bei Ankunft und Verlassen der Halle durch die Polizei vor den wütenden Druckern beschützt werden.
Die Aktionen am 12.Jan. waren schon überschattet durch die Demonstration, die der TUC für den 21.Februar, einen Sonntag, in London angesetzt hatte. Der TUC hatte optimistischerweise mit bis zu 5o.ooo Teilnehmern gerechnet; was tatsächlich am 21.Februar stattfand, war eine der größten und eindrucksvollsten Demonstrationen, die England jemals gesehen hat. Die Schätzungen liegen zwischen 15o.ooo und 25o.ooo Demonstranten; die Länge des Marsches war, von einem Punkt aus beobachtet, ca. 3 Stunden, sodaß Trafalgar Square, wo die Abschlußkundgebung stattfinden sollte, schon nach einer halben Stunde gepackt voll war und, als die Kundgebung schon 1 Std. vorbei war, immer noch dichtgedrängte Marschkolonnen an dem Platz vorbeizogen. Auch bei dieser Kundgebung wurden die Sprecher - außer Tom Jackson, dem Vorsitzenden der streikenden Postarbeiter - vielfach durch Proteste unterbrochen, konnten sich aber kraft Lautsprecheranlage und verbalradikalen Parolen über die Zeit retten. Die Spruchbänder und Parolen waren meist gene-

(3) Times, 9.12.7o, p. 21

(4) ib., p. 1

NEU! Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf

Die Rolle der traditionellen Arbeiterbewegung und der Rätebewegung in der Weimarer Republik. Gewerkschaften im Monopolkapitalismus - zwischen Mitbestimmung und Vermögensbildung. Exkurs über die Arbeiterselbsterwaltung in Jugoslawien. Ausfühliche Bibliographie. 18o S., 6,- DM.

Herausgeber: Basigruppe der Geschichtswissenschaft an der Hamburger Uni.

DIE SEPTEMBERSTREIKS 1969

Darstellung - Analyse - Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen. Das Buch bildet eine wichtige Grundlage zur Bestimmung einer sozialistischen Gewerkschaftsarbeit. Durch das Aufzeigen der offiziellen Gewerkschaftspolitik während der Streiks werden hier wesentliche Aspekte zur Analyse der Gewerkschaften zusammengetragen.
Im Anhang: Über 12o Flugblätter und Dokumente.
4o6 S., Preis: 9,OO DM.

Weitere große Auswahl an sozialisierten Drucken.
BUCHLISTE ANFORDERN!

Versand nur per Nachnahme oder Vorausbezahlung auf das Postscheckkonto Hmb. 255180, Spartakus GmbH.

★spartakus
Politische Buchhandlung GmbH. Vertrieb und Produktion
2 Hamburg 13, Postfach 117, Tel. 0411/41 74 84

reller, richteten sich nicht nur gegen das Gesetz, sondern gegen die gesamte Regierungspolitik und manchmal gegen den Staat und mündeten oft in die Forderung nach einem Generalstreik gegen das Gesetz und die Tories. Oder wie die "Financial Times" bekümmert feststellt: "Aber obwohl der Sinn des Tages eigentlich war, gegen die vorgeschlagene Gesetzgebung zu kämpfen, entwickelte sich die Demonstration zu einer generellen Attacke auf die Regierungspolitik bezüglich Löhnen, Arbeitslosigkeit, Preisen und Pensionen und in eine Demonstration der Solidarität mit dem Postarbeiterstreik." (5)
Für den TUC war diese Demonstration der Höhepunkt seiner Kampagne gegen das Gesetz, und Vic Feather war heilfroh, daß der Tag friedlich verlaufen war: "Die Polizei hat mir ein ganz außerordentliches Lob gezollt für die Art und Weise, wie unsere Leute die Demonstration gehandhabt haben." (6)

Inzwischen aber hatte die AUEW - die zweitgrößte Gewerkschaft Englands und die größte Metallarbeitergewerkschaft - schon zu ihren eintägigen politischen Streiks gegen das Gesetz aufgerufen. Hugh Scanlon, deren Vorsitzender, verneinte allerdings deren politischen Charakter: "Ein politischer Streik ist ein Streik, der die soziale Ordnung oder eine Regierung auszuwechseln sucht; wir versuchen keine von diesen Sachen." (7)

Die Tatsache, daß Scanlon, der in England eine ähnliche Rolle spielt wie Otto Brenner früher in der BRD, die beiden Eintagesstreiks ausrufen mußte, und seine zunehmend radikaleren Stellungnahmen sind Ausdruck einer wachsenden Militanz und Organisation der Arbeiter auf betrieblicher und lokaler Basis, die die Gewerkschaftsführer der "linken" Gewerkschaften zwingt, wenigstens den halben Weg mit den radikalisierten Massen zu gehen, um überhaupt noch Einfluß auf sie zu behalten. Die Organisation drückt sich in Ansätzen zur Bildung lokaler Aktionsräte gegen die Gesetzgebung aus, die die Proteste und Aktionen organisieren und vereinheitlichen sollen.

Die Opposition gegen das Gesetz verschiebt sich jetzt immer mehr von der unmittelbaren Perspektive, seine Verabschiedung zu verhindern, auf die Vorbereitung des Boykotts, wenn es in Kraft tritt. Es wird vom Verhalten der Gewerkschaften abhängen, inwieweit sich die Aktionsräte zu dauernden Solidaritätsorganisationen der Arbeiterklasse entwickeln und eventuell neben den Gewerkschaften eine selbständige politische Existenz erlangen. Die größte Druckergewerkschaft, Natsopa, hat schon angefangen, von ihren besser bezahlten Mitgliedern eine ständige Abgabe für den Aufbau eines Verteidigungsfonds gegen das Gesetz zu erheben.

DIE POLITISCHEN STREIKS AM 1. UND 18. MÄRZ UND DER TUC-KONGRESS

Am Mittwoch, dem 3. Februar, beschloß der Vorstand der AUEW (Amalgamated Union of Ingeenering Workers) und verpflichtete ihre 1,4 Mio Mitglieder, eine Reihe von eintägigen politischen Streiks gegen das Anti-Streik-Gesetz zu halten. Sollten diese Streiks in ihrem Ziel, das Gesetz zu verhindern, keinen Erfolg haben, dann würde die Gewerkschaft nach einem 6-Punkte-Programm für den Widerstand gegen das Gesetz vorgehen. Dieses schloß ein: Ablehnung, die Gewerkschaft registrieren zu lassen; Ablehnung, mit irgendeinem der unter dem Gesetz vorgesehenen Tribunale zu kooperieren; Ablehnung, gesetzlich bindende Abkommen zu unterzeichnen; Unterstützung eines nationalen Verteidigungsfonds, um dem TUC im Kampf gegen das Gesetz zu helfen. (8) Tatsächlich fanden 2 politische Streiks, ausgerufen von Scanlon und seinem Vorstand (AUEW), am 1. und 18. März statt. Der letztere fiel mit dem außerordentlichen Kongress des TUC in Croydon zusammen, auf dem sein weiteres Aktionsprogramm gegen das Gesetz diskutiert werden sollte. Das Ziel der Streikswar esder Regierung unmißverständlich klar zu machen, daß viele Arbeiter in militanter Opposition zu dem Gesetz stehen, und ebenso, dies dem TUC heimzuleuchten, dessen Antwort auf das Gesetz bisher kaum militant genannt werden kann.

Am 1. März streikten über 1,2 Mio Metallarbeiter in dem größten politischen Ausstand seit dem Generalstreik 1926. Viele Arbeiter gingen nicht zur Arbeit, da einige Industrien für den Tag schlossen, sodaß vermutlich über 1,5 Mio Arbeiter nicht arbeiteten. Einige Arbeiter bei Rolls-Royce streikten nicht, zur Freude der Presse, wegen der Probleme, denen sich die Firma gegenübersieht. Aber insgesamt waren nicht viele Arbeiter an diesem Streikbruch beteiligt, und die Mehrzahl von ihnen wurde später von der Gewerkschaft diszipliniert. Die Presse schlug daraus natürlich so viel politisches Kapital wie möglich. Die nationalen Zeitungen erschienen, sehr zum Kummer des TUC-Vorsitzenden, Vic Feather, nicht, der gehofft hatte, daß "irgendeine spezielle Vorkehrung zugunsten des Erscheinens der Zeitungen getroffen werden könnte." (9)

Dieser heldenmütige General des TUC schien die Rolle der Presse im Elektrizitätsarbeiterstreik vergessen zu haben und darüberhinaus ihre allgemeine Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen das Gesetz. Zu einem Zeitpunkt, wo die Regierung ganz offensichtlich eine politische Rolle in den Streiks spielt, tut dieser verführte Führer des Streiks sein Bestes, um die militante Antwort darauf einzuschränken.

Eine Woche später führte Vic Feather den TUC in Kompromißgespräche mit der Tory-Regierung. Der TUC zeigte sich sehr bereitwillig, eine freiwillige Einkommenspolitik zu akzeptieren, und Lohnerhöhungen im Tausch für eine Wachstumspolitik der Regierung zu begrenzen. Dies zu einem Zeitpunkt einer Gesetzgebung, die die Streikfreiheit des TUC einschränkt, die Sozialhilfe für Streikende begrenzt usw., wo Gebühren für den nationalen Gesundheitsdienst eingeführt werden, die in manchen Fällen 3 - 4 mal so hoch sind wie vorher.

Die Arbeiterklasse kann sich ganz klar nicht auf die Füh-

(5) Financial Times, 22.2.71, p.1

(6) ib., p. 30

(7) Guardian, 12.2.71, P. 6

(8) vgl. "Die Krise des britischen Kapitalismus", loc. cit., für die Einzelheiten des Gesetzes und der gesetzlichen Körperschaften, die es einrichten soll.

(9) Guardian, 2.3.71,

rungdes TUC verlassen, und die Frage nach einer Alternative wird zunehmend entscheidend.

Der Streik am 18. März sah mehr Gewerkschaften in Unterstützung des Streikaufrufs der AUEW: die Union of the Boilermakers and Sheet-Metal Workers (eine andere Metallarbeitergewerkschaft) und Teile der T&GWU (Transport & General Workers Union). Über 2 Mio Arbeiter waren in den Streik involviert.

Trotz dieser starken Demonstration der Militanz entschied der TUC-Kongress, daß keine weiteren Streiks gegen das Anti-Streik-Gesetz stattfinden sollten. Auf dem Kongress wurde von dem TUC-Vorstand ein 7-Punkte-"Aktions"programm durchgesetzt. Die Hauptpunkte dieses TUC-Plans waren:

1) Die Gewerkschaften sollten die Registrierung ablehnen; der TUC wird Gewerkschaften, die dadurch in Schwierigkeiten kommen, helfen.
2) Die Gewerkschaften werden dringend aufgefordert, sicherzustellen, daß sie keine gesetzlich bindenden Abkommen unterzeichnen, und nicht mit der Kommission für industrielle Beziehungen (CIR) zusammenzuarbeiten.
3) Der TUC würde die Parlamentsfraktion der Labour-Party um "eine ausdrückliche und unbedingte Zusicherung" ersuchen, daß die nächste Labour-Regierung das Gesetz annullierenwird.
4) Die Regeln des TUC, wie z.B. das Bridlington-Abkommen (keine unfaire Abwerbung zwischen Gewerkschaften, Bedingungen für Zwangsmitgliedschaft am Arbeitsplatz etc.),sollen weiterhin bei Disputen zwischen Gewerkschaften einbehalten werden.
5) Die Gewerkschaften werden dringend aufgefordert, die gesetzlichen Körperschaften zur Durchführung des neuen Gesetzes (Arbeitsgerichte auf den verschiedenen Ebenen und Kommissionfür industrielle Beziehungen) zu boykottieren.
6) Der TUC-Vorstand wird ermächtigt, die daraus entstehenden Ausgaben der Gewerkschaften zu übernehmen und, in außergewöhnlichen Fällen, gegen Schäden im Fall legaler Aktionen unter dem Gesetz für sie zu bürgen.
7) Der Kongress sollte seine Unterstützung hinter die positiven Empfehlungen des TUC-Berichts setzen und die Einheit der Zielsetzung, die die bisherige Oppositionskampagne gekennzeichnet hat, bewahren.

Dieser letzte Punkt war sehr umstritten, da er nicht den Aufruf zu militanten Aktionen wie etwa eintägige Streiks, enthielt. Die Delegierten des Kongresses konnten weder Änderungen des TUC-Plans vorschlagen noch eigene Resolutionen einbringen (TUC-Demokratie !), und so führten die militanten Gewerkschaften, unter ihnen die zwei größten, AUEW und T&GWU, den Kampf gegen Punkt 7. Die Revolte wurde schließlich durch eine 5.366.ooo. zu 3.992.6oo Abstimmung der Delegierten (card vote) niedergeschlagen.

Punkt 1 war ebenfalls umstritten, da er nicht deutlich genug sei und Gewerkschaften, die unter dem Gesetz sich registrieren lassen, aus dem TUC ausgeschlossen werden sollten. Diese Opposition wurde durch eine 5.o55.ooo zu 4.284.ooo Abstimmung abgelehnt.

Die anderen 5 Punkte wurden durch Akklamation angenommen. Es ist ein Maßstab für die von den "rank- and-file"-Arbeitern demonstrierte Militanz, daß der TUC soweit vorwärts getrieben wurde, gegen Registrierung und Kooperation Stellung zu beziehen, aber es ist klar, daß ohne ein Gutteil mehr an militanter Aktion und Organisation dieser "erzwungene" Widerstand, was die TUC-Führung betrifft, schrumpfen wird.

Der Kampf ist daher auf die "rank-and-file"-Organisationen zurückgeworfen, und es wird viel davon abhängen, wie effizient und zusammenhängend sie zusammen arbeiten können.Das Liaison Committee, die von der KP geführte militante Organisation, hat dank seiner bürokratischen und antidemokratischen Tendenzen nur begrenzten Effekt gehabt. Sehr oft wurden militante Arbeiter, die nicht der KP angehören, nicht über Treffen informiert, und die KP tut ihr Bestes, um die Organisation unter ihrer eigenen politischen Schirmherrschaft zu halten. Diese Hegemonie muß gebrochen werden, soll eine ernsthafte Opposition aus militanten Arbeitern innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und aus linkssozialistischen Gruppen aufgebaut werden.
Der andere wichtige Faktor war, daß ein Teil des Kampfs in einer militanteren Art und Weise im Rahmen der großen Gewerkschaften (besonders AEUW) und mit voller Unterstützung der meisten linken Gruppen ausgetragen wurde. In einer solchen Situation erwies sich das Liaison Committee mit seiner gegenwärtigen Struktur als funktionslos.
Jetzt,da die militanteren Gewerkschaften den TUC-Plan akzeptiert haben, d.h. sie die Bewegung in Grenzen zu halten versuchen, ist es erneut notwendig, gegen diese Limitierung anzugehen.

DER ELEKTRIZITÄTSARBEITERSTREIK

Ein normaler angelernter Arbeiter in der elektrizitätserzeugenden Industrie verdiente 15.82 1/2 Pfd.St. (ca. 145.- DM) Grundlohn inklusiv festgesetzte Überstundenzahlungen. 1969 hat diese Industrie ca. 9oo Mio DM Nettoprofite gemacht; die Zahl der Beschäftigten ist um 25.ooo (von 15o.ooo) gefallen, der Ausstoß dagegen um 32 % gestiegen, ebenso die Zahl der Unfälle um 18 % (diese Zahlen für die letzten 5 Jahre). Die Industrie wird nur durch Überstunden überhaupt in Gang gehalten.

Deswegen hatten der Überstundenbann und die Arbeit nach Vorschrift, die die Gewerkschaften nach monatelanger Verzögerung der Lohnverhandlungen durch die Behörden am 7.12.7o ausriefen, die unmittelbare Reduzierung der erzeugten Strommenge zur Konsequenz (1o). Die Stromversorgung war in Spitzenperioden bis auf 1/3 reduziert. Abgesehen davon, daß schon vorher Reduzierungen wegen ungenügender Vorräte an Kohle und Heizöl auftraten, und abgesehen von der Tatsache, daß am selben Tag die Regierung ihren Beamten Gehaltserhöhungen bis zu 33 % gewährt hatte, wurde nun von Regierung und Presse eine wahre Hexenjagd in Gang gesetzt. Plötzlich

(1o) Übrigens hat die Industrial Relations Bill (clause 6.2) einen Paragraphen, der es erlaubt, Arbeit nach Vorschrift und Überstundenbann, bei Abweichung von der gewöhnlichen Arbeitsprozedur, als ungesetzlich zu erklären, wie die Times (9.12.7o, p. 11) befriedigt feststellt.

entdeckte man, daß alte und kranke Leute bei Kälte eher sterben, was sonst angesichts minimaler Pensionen als normal gilt; plötzlich stand man auf der Seite der durch Strommangel freigesetzten Arbeiter, deren Schicksal sonst trotz einer monatlichen Entlassungsziffer von inzwischen 3o.- bis 35.ooo unerheblich ist; man beschwor die Gefahren für die Krankenhäuser, obwohl Stromunterbrechungen für sie allein auf die Behörden, die die vorhandene Strommenge verteilen, zurückzuführen sind; man entdeckte, daß man Arbeitern ihre Löhne nicht auszahlen konnte, weil die Computer nicht funktionierten; und sogar die Verkehrsunfälle wegen gefrorenem Nebel kamen auf das Konto der Elektrizitätsarbeiter. Danach verwunderte es nur noch die betreffende Presse, daß in einigen Wohnungen der Arbeiter Fenster eingeworfen, auf ihre Autos Säure gespritzt wurden, daß sie Drohbriefe erhielten und sogar ein Arbeiter mit der Entführung seiner Frau bedroht wurde (11). Einige Gewerkschaftsfunktionäre mußten durch ständigen Polizeischutz vor Angriffen bewahrt werden. Die Regierung nutzte die Situation und handelte schnell und entschlossen: Sie legte dem Unterhaus am 13.12. eine Notstandsverordnung vor, nachdem der Notstand schon vorher in Nordirland erklärt worden war, und ließ diese schnellstens verabschieden. Einen Tag später waren Überstundenbann und Arbeit nach Vorschrift vorüber: Die Gewerkschaften hatten der Einschüchterungsstrategie nachgegeben und zugestimmt, ihre 25 %-Forderung vor einem "objektiven" Untersuchungsausschuß zu vertreten, was die Börse mit einem kräftigen Sprung der Aktienkurse nach oben honorierte. Selbst Hugh Young in der Sunday-Times konnte nicht umhin zuzugestehen, daß die Gewerkschaften es wohl jetzt mit einer Regierung zu tun hätten, "die der sozialen Konterrevolution verpflichtet scheint." (12) Dabei wurde den Gewerkschaften auch noch ins Abkommen geschrieben, daß der Ausschuß "das öffentliche und nationale wirtschaftliche Interesse" gebührend zu berücksichtigen habe .

Der Untersuchungsausschuß unter Leitung eines erzreaktionären Tory-Rechtsanwalts und Parlamentskandidaten, Lord Wilberforce, und unter Beisitz des Vorstandsvorsitzenden einer der größten Metallwerke, die regelmäßig zum Wahlfond der Torys beitragen, und eines früheren rechten Gewerkschaftsfunktionärs empfahl schließlich eine Basiserhöhung von 2 Pfd. (gegenüber den geforderten 5 Pfd) und einige andere Verbesserungen. Dies wurde im großen und ganzen, verbunden mit einem Produktivitätsabkommen, aber der Zusicherung, bis Ende dieses Jahres keine Arbeiter zu entlassen, als Verhandlungsergebnis angenommen, und zwar am 21.3.71 (rund ein halbes Jahr, nachdem die Lohnerhöhung fällig gewesen wäre).

Einziges erfreuliches Ergebnis der ganzen Affäre ist die Herausbildung und Festigung einer Basisorganisation der Elektrizitätsarbeiter mit gemeinsamen Konferenzen und einer gemeinsamen Zeitung.

Übrigens ist hier, wie bei den Postarbeitern, ein weiteres Hindernis vereinter Aktion die Trennung in Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften; die letzteren treten jetzt gerade in ihre Verhandlungen.

Die Elektrizitätsarbeitergewerkschaft ist traditionell eine rechte Gewerkschaft, in der der kürzlich gestorbene Präsident Leslie Cannon, selbst bis Ungarn-1956 KP-Mitglied, 196o/61 anläßlich einiger Wahlungenauigkeiten alle Kommunisten ausschloß, sodaß alle wichtigen Funktionärsposten in sicherer Bürokratenhand sind; die Times würdigte ihn dafür mit einem langen Nachruf als "unerbittlichen Gegner des Kommunismus in den Gewerkschaften."(13) Der, nach Cannons Tod, erste Mann in der Gewerkschaft, Frank Chapple, zieht gegenwärtig gegen militante Mitglieder, die ihn besonders wegen seiner Haltung zur neuen Gesetzgebung angegriffen haben, gerichtlich zu Felde, um sich auf diese Weise auf den Präsidentschaftsstuhl zu bringen. Ob die wachsende Opposition der Arbeiter, verbunden mit der Bitterkeit über den Ausverkauf ihrer Interessen in der Lohnrunde, der ohne Konsultation oder demokratische Entscheidung beschlossen wurde, hinreicht, ihn davon abzuhalten, wird die anstehende Wahl erweisen.

DER POSTARBEITERSTREIK

Dem eigentlichen Poststreik von Mitte Januar bis Anfang März dieses Jahres ging schon ein Streik Ende November 197o voraus. Lord Hall, der von der vorigen Labour-Regierung ernannte Generalpostmeister, war am 25.11. von dem Tory-Postminister Chataway fristlos gefeuert worden. Von den Politikern wurde diese Maßnahme mehr in Richtung auf Halls Widerstände gegen den Verkauf profitabler Teile der Post, besonders des Telefongeschäfts, an private Kapitalisten interpretiert; von den Arbeitern dagegen als Vorbereitung für eine harte Lohnauseinandersetzung, da bis dahin die Verhandlungen der Gewerkschaft mit ihm über die 3-Pfd-Forderung (im Durchschnitt 17%) relativ gut liefen. Deshalb traten sie in spontane Streiks, in die über zwei Tage einige 1o.ooo Postarbeiter einbezogen waren. Nachdem die Gewerkschaften aufgerufen hatten, wieder zur Arbeit zu gehen, da man Halls Wiedereinstellung doch nicht erreichen könne, endete die ganze Affäre mit einer Demonstration, Kundgebung und Massen-Lobby des Unterhauses am 3o.11. An sich unerheblich, brachte dieser Zwischenfall doch eine erhebliche Wut und Militanz unter der Belegschaft zustande.

Die Forderung der UPW (Postarbeitergewerkschaft) gilt für 22o.ooo Briefträger, Sortierer, Schalterangestellte, Überseetelefonvermittler und Reiniger. Deren Verdienst liegt, nach Erreichung eines bestimmten Alters, zwischen 155.- DM für Vermittler und 22o.- DM für Schalterangestellte; Briefträger außerhalb Londons erreichen nicht mehr als 17o.- DM. Außer der UPW gibt es eine ganze Reihe anderer Postgewerkschaften, die größte davon ist die POEU (Handwerkerkammer gelernter Arbeiter und Ingenieure); sie fängt z.Z. gerade ihre Lohnverhandlungen an. Die Forderung der UPW wurde seit Anfang November verzögert, sodaß die UPW-Führung unter zunehmenden Druck ihrer Mitglieder kam. Nach mehreren gescheiterten Verhand-

(11) Die Nachrichten kamen auch in dieser verzerrten Form nach Deutschland; siehe z.B. Lutz Krusche über die "verheerenden Folgen" der "Streiktragödie", die Großbritannien "lähmt" etc, in der Frankfurter Rundschau, 9/1o. 12.7o

(12) Sunday Times, 13.12.7o, p. 1o

(13) Times, 1o.12.7o., p. 1o

lungsversuchen beschloß sie so schließlich für den 19./20. 71 den Beginn eines Streiks aller ihrer Mitglieder. Der Streik war offiziell, was aber nichts hieß, da die Reserven der Gewerkschaft nur 35o.ooo Pfd. betrugen, ca. 15.- bis 16.- DM pro Mitglied. Die UPW beschloß auch, nachdem die Regierung den Untersuchungsausschuß über die Forderung der Müllfahrer, der ihnen fast ihre gesamte Forderung zugestanden hatte, in Grund und Boden verdammt hatte, keinerlei Schlichtung zu akzeptieren. Die erste Reaktion der Regierung war, ihr Beförderungsmonopol aufzugeben und private Lieferer zu ermutigen. Diese blieben während des ganzen Streiks ein Lieblingskind der Presse, erreichten aber nie ein erhebliches Ausmaß. Ebenso wurden die Zahlen über eine ständige Rückkehr zur Arbeit gehandhabt wie die der Amerikaner über erlegte Kommunisten in Vietnam; zum größten Teil waren das jedoch von der UPW bestimmte Freiwillige, die arbeiteten, um alten Leuten ihre Pensionen auszuzahlen oder Geld für bestimmte Hilfsfonds einzusammeln. Aber insgesamt gesehen war die Streikbereitschaft überwältigend; abgesehen von wenigen Arbeitern, einem größeren Anteil der Telefonvermittler, und Angestellten auf dem Land war die Unterstützung des Streiks fast 1oo%ig und blieb das bis zum letzten Tag. Darüberhinaus war, im Gegensatz zum Elektrizitätsstreik, die Sympathie der Öffentlichkeit relativ groß. Entsprechend war die Stimmung unter den Streikenden, die jeden Donnerstagmorgen in einer Demonstration durch die Londoner Innenstadt zu einer Kundgebung im Hyde-Park zogen, sehr gut. Auf der Demonstration gegen das Anti-Streik-Gesetz am 21.2. wurden sie auf dem ganzen Marsch von lautem Beifall begleitet.

Allerdings versuchte der UPW-Vorstand immer mehr, möglichst bald zu einem Verhandlungsergebnis zu gelangen, da der Reservefonds schon verbraucht war und die Schulden ständig anstiegen. So setzte Jackson am 15.2. die Forderung auf 13% herab, während die Post 1% mehr anbot, was aber durch erhöhte Produktivität wieder herausgeholt werden müßte. Die TUC- und Labourparty-Führer, besonders Wilson und Castle, agierten zielstrebig in diese Richtung und versuchten, Regierung und UPW zur Zustimmung zu einem Untersuchungsausschuß zu bewegen. Erst am 24.2., nach fast 5 1/2 Wochen, konnten sich die POEU und zwei kleinere Postgewerkschaften zu einem kurzen Sympathiestreik, um an der Donnerstagdemonstration teilzunehmen, durchringen. Gleichzeitig forderte der TUC alle Gewerkschaften auf, die UPW soweit wie möglich finanziell zu unterstützen. Einen Tag später kündigte die POEU an, weitere Sympathiestreiks durchzuführen.

In dieser Situation nun, wo auch die Folgen des Streiks für die Industrie immer spürbarer wurden (14), legte die UPW einen Friedensplan vor (am 3.3.), der schließlich am folgenden Tag in der Übereinkunft resultierte, den Streik abzubrechen (was durch Abstimmung zu ratifizieren sei) und die Argumente beider Seiten einem Untersuchungsausschuß zu präsentieren, dessen 3 Mitglieder von Post, Regierung (Vorsitzender) und UPW ernannt werden(15); zusätzlich solltendessen Befunde bindend für beide Seiten wie ein Schlichtungsspruch sein. Die Abstimmung übers Wochenende war nur eine Formsache, und so begann, nach 6 1/2 Wochen Streik, die Arbeit wieder am 8.3.71. Zwar wurde Jackson auf der Donnerstagdemonstration, auf der er in London das Abkommen verkündete, niedergeschrien, zwar streikten einige 1.ooo Arbeiter noch einen Tag weiter aus Protest gegen ihren Vorstand, aber die Abstimmung - und wie könnte es in einer derart isolierten Entscheidung anders sein - war mit 196.140 zu 14.270 für das Ende des Streiks (16). Das Argument des UPW-Vorstands war, daß die Gewerkschaft schon jetzt ihre Zukunft durch hohe Anleihen verpfändet habe (beträchtliche Summen wurden ausserdem durch Sammlungen in anderen Industrien gespendet) und daß die Anträge an den Hilfsfonds ständig zunähmen.

Dies ist als isoliertes Argument richtig; aber gegenübersteht, daß die UPW niemals die anderen Postgewerkschaften offiziell aufgefordert hat, sie durch Streiks zu unterstützen und daß sie auch die anderen Gewerkschaften im TUC niemals um Spenden gebeten hat. Aber von dieser verfahrenen Situation abgesehen, war es von Anfang an ein Harakiri-Unternehmen, ohne Streikfonds einen allgemeinen Streik zu beginnen. Jackson selbst hat mehrmals gesagt, daß die wirkungsvollste Maßnahme Teilstreiks und Arbeit nach Vorschrift seien (17). Der Beschluß, einen allgemeinen Streik auszurufen, ist nur aus der Erwartung zu erklären, daß die ganze Chose in kurzer Zeit vorübersein würde; deshalb lief der UPW-Vorstand auch mit zunehmender Streikdauer immer mehr einem Übereinkommen hinterher.

Allerdings liegt dem sicherlich keine Konspiration irgendeiner Art zugrunde; die UPW existiert seit über 5o Jahren; aber erst 1961 wurden überhaupt Streikregeln auf der Jahreskonferenz verabschiedet; und der diesjährige Streik war der erste allgemeine Streik, den die Gewerkschaft überhaupt durchführte.

Der Tradition einer Beamtengewerkschaft mit bestimmten Vorteilen (regelmäßige Arbeit, Sozialhilfe bei Arbeitslosigkeit und Pensionen im Alter), aber auch ständiger Autoritätserfahrung (auch heute noch ist die Anrede in der UPW Mister, nicht brother - Bruder - wie in den anderen Gewerkschaften), deren Mitglieder erst in jüngster Zeit rapide proletarisiert werden, entspricht die undemokratische Struktur der Gewerkschaft: Die Funktionäre werden für 5 Jahre gewählt und der Kontakt zwischen Vorstand und Gewerkschaftsgruppen ist schlecht.

---

(14) Die Banken erlaubten den durch den Poststreik finanzschwach gewordenen Firmen großzügig, ihre Konten zu überziehen.

(15) Die Besetzung des Ausschußes wurde letzte Woche ausgehandelt. Der Vorsitzende ist ein früherer Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Tory-Regierung, Beisitzer sind der Direktor einer großen Metallfirma(Postseite) und ein Universitätsprofessor (UPW-Seite)

(16) Allerdings wurde in Gewerkschaftsgruppen (branches) abgestimmt, die jeweils ein Gesamtvotum abzugeben hatten, sodaß wahrscheinlich die Zahl der Ablehnunger sehr viel höher war.

(17) Dies hätte bedeutet, daß die Postbenutzer die Dienste weiter in Anspruch genommen hätten, was die Post sofort in ein Chaos verwandelt hätte. So Jackson in

So erfuhren die meisten Mitglieder erst durch Radio oder Fernsehen, daß sie am nächsten Tag streiken würden; die Herabsetzung der Forderung wurde ohne Konsultation oder Abstimmung beschlossen; und die Abstimmung über das Ende des Streiks war ihrer Struktur nach manipulativ.

Die Post versucht natürlich, die Spaltung der Belegschaft nach Autoritätskriterien zu unterbauen: In den letzten 4 Jahren ist die Zahl der Direktoren von 31 auf 55 gestiegen, die der Manager um das 3- bis 4fache, die der Abteilungsleiter um 24% und die der Aufseher um 13%.
Ironischerweise gewährte die Post vor 2 Wochen ihren 3ooo Oberingenieuren (mit eigener Gewerkschaft) eine 14.8 % - Gehaltserhöhung, zurückdatiert zum 1.7.7o, um, nach eigener Verlautbarung,"die Differenzierungen, die durch hohe Abschlüsse der unteren Grade angefressen waren, wiederherzustellen."(18)

Verraten und verkauft sind nun die Postarbeiter: sie haben nach 6 1/2 Wochen Streik und Entbehrungen absolut nichts in der Hand und sind noch dazu von einem von den Tories beherrschten Ausschuß abhängig; die Post selbst hat auch nicht viel gewonnen: zwar hatte sie höhere Einnahmen durch stärkere Telefonbenutzung, aber die Verluste übersteigen diese Gewinne und die den Postarbeitern abgewonnenen Prozente bei weitem; der wirkliche Sieger war die Regierung mit ihrer Politik, um jeden Preis die Lohnsteigerungen herabzudrücken und dazu im öffentlichen Sektor ein Exempel zu statuieren. Aber selbst das könnte sich langfristig als Pyrrhus-Sieg herausstellen: die Regierung verhalf den Postarbeitern zu einer großartigen Kampferfahrung und zu einem Lernprozess, den sie so bald nicht vergessen dürften. In diesem Streik wurden die Wurzeln für eine "rank-and-file"-Organisation gelegt, die der Post und Regierung noch einmal teuer zu stehen kommen könnte. Ein Anzeichen dafür waren in der letzten Woche kurze Streiks, als die Post den Streikern 3 Tage Jahresurlaub für die Streikzeit abziehen wollte, und ein anderes, daß die Sortierer, wo sie können, Post an Firmen, die den Streik gebrochen haben, irgendwohin in die Wüste schicken.

DER FORDARBEITERSTREIK

Mehr als 3ooo Ford-Arbeiter in Basildon(auf Essex) entschieden am Sonntag, dem 29.3., mit überwältigender Mehrheit, ihren Streik auch in der 9. Woche fortzusetzen; sie wiederholten damit nur das, was inzwischen herkömmlich in Ford-Fabriken übers ganze Land geworden ist. Alle Ford-Belegschaften haben jetzt das letzte Angebot der Firma von ca. 14.2% (3.2o Pfd.) zurückgewiesen und beschlossen, ihren Streik für gleiche Löhne mit den höchstbezahlten Autoarbeitern in Mittelengland fortzusetzen. (Dies würde 14 bis 16 Pfd. mehr bedeuten; aber es ist klar, daß sie diese Summe nicht erwarten und für 5 bis 7 Pfd. abschließen würden. Jeder Abschluß zwischen 5-7 Pfd. würde sowohl von den Arbeitern als auch von den Unternehmern als Sieg der Streikenden und als größerer Rückschlag für die Regierungspolitik angesehen werden).

Dieser Ausstand hat bisher einen Produktionsverlust von 79 Mio Pfd. (ca. 7oo Mio DM) verursacht, und in den 29 englischen Fordwerken sind 45.ooo Arbeiter in ihn involviert. Es gibt keinerlei Anzeichen, daß die großartige Solidarität der Streikenden am abbröckeln ist, und Ford sieht sich wachsendem Druck, die Auseinandersetzung zu beenden, ausgesetzt, da seine Konkurrenten die Gelegenheit beim Schopf ergreifen, um ihre Märkte auszudehnen. Die Lehren aus dem letzten Streik sind auf fruchtbaren Boden gefallen und haben, wie angenommen (19), dazu geführt, daß gut organisierte und zuversichtliche "shop-floor"-Komitees dieses Mal den Kampf aufgenommen haben(2o). Die Wichtigkeit dieser Führung durch die Ford-Arbeiter kann, angesichts der Offensive der Regierung gegen die Lebensbedingungen und Organisationen der Arbeiterklasse, gar nicht überschätzt werden, und der Sieg der Ford-Arbeiter wird der Militanz in den kommenden Kämpfen großen Auftrieb geben(21).

Die militanten shop-floor-Organisationen der Ford-Arbeiter warteten nicht auf die Führung durch ihre Gewerkschaften, sondern machten ihre Meinung über das Angebot von Ford ganz klar, indem sie mit ihren Leuten den Streik begannen, bevor die Verhandlungen vorüber waren. Der Auftrag wurde nicht an die langsam vorwärtstastenden Gewerkschaften verloren (darunter die AUEW und die T&GWU, die beiden größten Gewerkschaften in England) und nach einer Woche wurde der Streik für offiziell er-

---

einem Observer-Interview (zit. nach Joel Jacobs, Sorting Out. The Postal Strike, Solidarity Pamphlet Nr. 36)

(18) Financial Times, 19.3.71, p.21

(19) David Yaffe, loc. cit.

(2o) Eine Analyse des letzten Ford-Streiks, die diesen Standpunkt unterstützt, gibt: Freddy Silberman, 1969 Ford Strike, in: Trade Union Register 197o (merlin press).

(21) Am 31.3.71 wurde den Ford-Arbeitern ein neues Angebot über eine 33% (= 8 Pfd.) - Erhöhung über 2 Jahre (= 16% oder 4 Pfd. pro Jahr) gemacht. Dies beinhaltet ein Abkommen, daß während dieser 2 Jahre keine weiteren Streikaktionen unternommen werden. Die Gewerkschaftsführer, vor allem Scanlon und Jones, begrüßten das Angebot hastig und mit großer Zustimmung (es könnte dem Versuch, "ihre" militanten Arbeiter zur Disziplin zu rufen, in die Hand arbeiten) und empfahlen seine Annahme.
Da die Arbeiter morgen, 2.4., durch geheime Abstimmung über das Angebot befinden werden; da das Geldangebot sehr hoch ist, und angesichts dessen, daß sie seit 9 Wochen im Streik sind, erscheint es wahrscheinlich, daß sie das Angebot annehmen werden.
Zweifellos hätte mit einer militanteren Gewerkschaftsführung mehr herausgeholt werden können; aber Scanlon und Jones, die Führer der beiden größten beteiligten Gewerkschaften, sind die militantesten Führer (die sogenannten "Linken") innerhalb der Gewerkschaften. Nichtsdestoweniger bedeuted selbst dieses Abkommen einen großen Sieg über die Regierungspolitik.
Und schon hat heute abend (1.4.) die Lokomotivführergewerkschaft (ASLEF) sich für militante Aktionen (Arbeit nach Vorschrift und Überstundenbann) entschieden, da nach den Ford-Abkommen - 16% im privaten Sektor - 9% im öffentlichen Sektor nicht akzeptabel seien.

klärt. Trotz der Lügen der Presse, dem Versuch, u.a. durch scheinbar demokratische, geheime Abstimmungen (Ford-Arbeiter wählten mehrere Male hintereinander und zeigten so, daß jeder hätte wählen können) zu zeigen, daß es Arbeiter gibt, die lieber zurückgehen würden, trotz extravaganter Anzeigen der Firma und trotz Drohung mit Entlassungen und mit dem Entschluss, Fords Investitionen auf andere Länder zu konzentrieren, gab es unter den Ford-Arbeitern keine Bestrebungen, an die Arbeit zurückzukehren.

Henry Ford II beehrte London mit einem Besuch, um Mr. Heath, den Tory-Führer, zu treffen, und die eher farcenhaften Aspekte dieser Komödie wurden von der Presse hochgespielt. Z.B. wurde mit der Verminderung der Investitionen in England gedroht, wenn die Arbeiterklasse ihren Wandel nicht ändere, ebenso mit der allmählichen Schließung der Fabriken in England und der Verlagerung der Arbeit in andere Ford-Werke im Ausland. Dieser miserable Versuch, Arbeiter in verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen, ging aber nach hinten los, denn die Gewerkschaften zeigten in Dokumenten, die sie veröffentlichten, um ihren Streik zu unterstützen, daß Ford sehr gut an den niedrig bezahlten britischen Arbeitern verdient (22); darüberhinaus führte er zu einer beginnenden Solidarität der Autoarbeiter auf einem internationalen Niveau. Die 1971er Welt Konferenz der Autoarbeiter wurde in der Woche vom 22.-27.3. in London abgehalten. Dort wurden Aktionen für "Gleichheit"aller Autoarbeiter ebenso wie das Ausmaß, in dem Gewerkschaften in Auseinandersetzungen mit multinationalen Firmen wie Ford oder General-Motors Unterstützung von ausländischen Gewerkschaften erwarten können, diskutiert. Amerikanische, kanadische und europäsche Autoarbeiter boten ihre Unterstützung und Solidarität mit den Fordarbeitern an. Die deutsche IG Metall bot finanzielleUnterstützung an und sagte zu, keine streikbrechenden Aktivitäten, wie Extraüberstunden oder Arbeit, die von England nach Deutschland verlagert wurde, zu übernehmen.

Die Ford-Arbeiter sind sehr zuversichtlich über einen Sieg innerhalb der nächsten zwei Wochen (cf. Anm. 21); und die Bestrebungen auf internationale Solidarität hin sind, obwohl noch minimal, höchst positive und notwendige Entwicklungen, um die sich ausbreitende Macht der multinationalen Konzerne zu bekämpfen.

Die Regierung hat wiederum, wie im Postarbeiterstreik, eine wichtige Rolle in diesem Streik gespielt, indem sie beträchtlichen Druck auf die Unternehmer ausgeübt hat, gegenüber den streikenden Arbeitern hart zu bleiben. Der Ford-Streik bedeutet für den privaten Sektor dasselbe wie der Postarbeiterstreik für den öffentlichen Sektor. Wie im Poststreik hat die Entschlossenheit der "rank-and-file"-Arbeiter sowohl Regierung als auch Unternehmer in Verlegenheit gebracht, aber dieses Mal werden die militanten Arbeiter nicht Gewerkschaftsfunktionären mit einem schwachen Herzen erlauben, ihre Interessen auszuverkaufen. Die Ford-Arbeiter erhalten Streikgeld und mit Sozialhilfezahlungen und Steuerermäßigungen können sie für einige Monate länger aushalten. Viele andere Arbeiter (in der Autoindustrie Vauxhall (23)) werden sich das Ergebnis zu Herzen nehmen, und dieser Kampf und ein Sieg der Fordarbeiter werden beträchtlich dazu beitragen, den Erfolg der Regierung gegen eine schlecht organisierte Gewerkschaft (UPW) im Poststreik rückgängig zu machen.

Aus den beschriebenen Streiks wird deutlich, daß die Klassenkämpfe schon heute an Härte zunehmen und eine wachsende Polarisierung aller Schichten der Gesellschaft nach sich ziehen. Schon in den letzten Monaten wurde in einigen Fällen den Arbeitern angedroht, daß, wenn sie zu ihrer Lohnforderung stünden, die Fabrik geschlossen würde. Im Fall einer kleineren Elektrofabrik wurde der Streik der Arbeiter auch zum Vorwand genommen, um tatsächlich zuzumachen. In einer Wurstfabrik des Unilever-Konzerns haben die Arbeiter der Firma ein Jahr Lohnstop höhere Produktivität und Umwandlung eines Pfd.s des Wochenlohns in Belegschaftsanteile zugesagt, um die Fabrik zu erhalten. Dies gilt aber nur für kleinere Fabriken. Für die großen Industrien ist, kommt es zum Konflikt, wahrscheinlicher, was der "Economist" für die Eisenbahner andeutet:

"Ein Kampf aufs Messer (show-down) zwischen der Regierung und den größeren Gewerkschaften muß kommen, wenn die Gewerkschaft der Lokomotivführer der Eisenbahn zu ihrer Entscheidung steht, ab Montag, den 5.4. einen Bummelstreik zu beginnen. Die Arbeit nach Vorschrift der Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen, verbunden mit der Ablehnung, Überstunden zu arbeiten, zielt darauf ab, die britische Eisenbahn zur Erhöhung ihres 9%-Angebots zu zwingen. Dies wird den Osterverkehr treffen. Aber sind die Ferien erst

---

(22) Die T&GWU gab eine auf gründlichen Untersuchungen bauende Broschüre heraus, um die Forderung der Gewerkschaftsseite zu untermauern. Wir zitieren 2 Ergebnisse ihrer Nachforschungen: "Es ist schlicht eine Tatsache, daß, nach allen ökonomischen und finanziellen Indikatoren, Ford nach Kriterien der Effizienz und des Ausstoßes pro Arbeiter weit vor dem Rest der britischen Autoindustrie in Führung liegt. Ford hat sich bemerkenswert hohe Profitraten sichern können: in jeder Beziehung steht Ford mit dem Ergebnis an der Spitze der anderen wichtigen britischen Produzenten. Und da das so ist, gibt es überhaupt keinen Grund dafür, daß seine Arbeiter (manual workers) in ihrem Lohn hintanstehen."
Über die relativen Lohnkosten in England im Verhältnis zu den USA und der BRD:

"General Motors gab im Juni 1970 eine Mitteilung heraus, in der festgestellt wurde, daß die Arbeitskosten einschließlich übertariflicher Zahlungen in der BRD 50% des Niveaus in den USA, aber in England nur 33% des USA-Niveaus betragen."

Ford wird es sicher nicht allzu eilig haben, seine Investitionen nach anderswo zu verlagern.

(23) Vauxhall gehört zu General Motors; die Vauxhall-Arbeiter haben ein etwas höheres Lohnangebot als das von Ford abgelehnt. Sie warten offensichtlich auf das Ergebnis des Ford-Streiks, bevor sie zu weiteren Aktionen übergehen.

aus dem Weg, wird eine Aussperrung erzwungen werden (imposed); Fahrer, die zur Arbeit antreten, werden, wenn sie ablehnen, normal zu arbeiten, nach Hause geschickt werden" (24).

Deutet sich einerseits die Möglichkeit veränderter Streikformen an, so andererseits die Antwort darauf durch Aussperrungen. Dadurch werden die Forderungen revolutionärer Sozialisten nach Fabrikbesetzungen und -übernahmen und Arbeiterkontrolle konkreter werden und an Bedeutung gewinnen.

Dabei wäre es naiv anzunehmen, daß die Gewerkschaften einfach ihre bisherige Politik bewußtlos weiterverfolgen. Wie die AUEW gezeigt hat, werden sie natürlich so weit nach links schwenken, wie das ihre objektive Situation zuläßt, um die Kontrolle über die Situation zu behalten. In der Opposition gegen das Anti-Streik-Gesetz zeigen sich aber die Grenzen politischen Widerstands der Gewerkschaften:

Diese waren für alle reformistischen Organisationen bisher gesetzt (ob für Gewerkschaften, Labour-Party oder die offizielle Communist-Party) durch den Glauben an die Ewigkeit der politischen und ökonomischen Mechanismen des bestehenden Systems.

Nur eine revolutionäre sozialistische Organisation wird diese Beschränktheit überwinden können.

Rudi Schmiede/David Yaffe
London, 1.4.71

IN ALLEN LINKEN BUCHHANDLUNGEN ERHÄLTLICH!

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

POLITLADEN-REPRINT NR.9
ERSCHIENEN 1920 - 1922.
3.850 SEITEN IN 6 BÄNDEN.
DIE REPRINTBÄNDE SIND EINZELN ERHÄLTLICH UND ERSCHEINEN EINZELN MIT CA. 4 WOCHEN ABSTAND!
KARTONIERT,KLEBEBINDUNG

ANFANG APRIL ALS ERSTER BAND: RK 3 (JANUAR/JUNI 1921) 620 SEITEN ' DIN A 5 ' ca.20,00 DM

AUSFUHRLICHER PROSPEKT WIRD KOSTENLOS VERSANDT

Buchhandlung und Verlag
POLITLADEN GMBH
D-8520 Erlangen
Hindenburgstr. 17 - Tel. (09131) 25743

LIEFERBAR

bucharin, theorie des histomat 11,-
david, bankrott des reformismus 8,50
marxistische arbeiterschulung kursus:"geschichte der internationalen arbeiterbewegung" 5,-
kursus:"politische ökonomie" 7,80
UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS 170,-
tjaden,kpo 15,-
drechsler,sapd 11,-
ihlau, die roten kämpfer 7,-

IM MÄRZ

lindner, alternative reformmodelle der sozialistischen volkswirtschaften osteuropas am beispiel der ddr und der cssr ca. 4,-

IM APRIL

materialien zur politischen ökonomie des ausbildungssektors (herausgegeben von e.altvater und f.huisken) ca.410 s.;10,50

(24) The Economist, 27.3.71, p. 86

ZUR SPALTUNG DER BLACK PANTHER PARTY

"This is to advise our intercommunal friends and all the People the world over that Eldridge Cleaver, former Minister of Information of the Black Panther Party; Kathleen Cleaver, former Communications Secretary of the Black Panther Party; Don Cox, former Field Marshal of the Black Panther Party; and all other members of the Intercommunal Section of the Black Panther Party have defected from the Black Panther Party. We take this opportunity to advise you of their defection, so that any confusion that may have arisen over their membership in the Party can be cleared."(1)
Die Kinder im Huey P. Newton Intercommunal Youth Institute wußten es besser; in einem ihrer Briefe an Bobby Seale heißt es: "You know that Eldridge Cleaver is kicked out of the Party. He broked many Party rules." (TBP, 27.3.71).
Mit diesen Feststellungen ist eine Auseinandersetzung innerhalb der BPP zu ihrem Ende gekommen, deren Auswirkungen auf den Schwarzen Befreiungskampf noch nicht abzusehen ist. Soviel ist z.Zt. klar, daß die Intercommunal Section in Algier und wohl auch die Chapters in New York und New Jersey nicht mehr zu der vom Central Headquarters in Oakland und Bobby Seale geführten BPP gehören.
Daß es unterschiedliche Auffassungen und Richtungskämpfe innerhalb der Partei immer schon gegeben hat, mußte auch bei oberflächlicher Beobachtung auffallen. Bislang ließen sich diese Differenzen durch gegenseitige Solidarität, interne Diskussion und zentrale Führung auffangen. Irgendwann jedoch musste die brutale Unterdrückung seitens der Polizei und Justiz ihre Wirkung zeigen; während die Führung im Gefängnis, im Exil oder tot ist, während die interne Kommunikation, unerläßlich zur Durchführung des demokratischen Zentralismus, erschwert oder unmöglich gemacht wird, prallten die unterschiedlichen Standpunkte nun in aller Öffentlichkeit aufeinander, und die Einheit der Partei zerbrach.
Darüberhinaus spiegelt die Spaltung jedoch die Widersprüchlichkeit der gesamten SchwarzenBefreiungsbewegung wieder. Der demokratische Kampf der Schwarzen, seit 350 Jahren versklavt, auch nach ihrer "Befreiung" ohne die einfachsten bürgerlichen Rechte, und Polizeiunterdrückung und rassischer Diskriminierung in allen Lebensbereichen ausgesetzt, sieht sich nun einem schon untergehenden Imperialismus gegenüber, der sie in die vorderste Front eines Kampfes rückt, dem sie nicht gewachsen sind. Angesichts eines Proletariats, das sich trotz mancher heroischer Kämpfe fast vollständig der bürgerlichen Ideologie und reaktionären Gewerkschaftsführungen unterworfen hat, angesichts einer KP, die noch von der Vollendung der bürgerlichen Revolution träumt und die historische Bedeutung des Proletariats nur in dessen zahlenmäßiger Stärke als Stimmvieh sehen kann, und angesichts einer Studentenbewegung, die den wissenschaftlichen Sozialismus nur in seinen allerverzerrtesten Formen rezipiert hat und sich inzwischen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch als kulturelle Bewegung zu begreifen vermag, mußte der Schwarze Befreiungskampf zwischen kleinbürgerlichen Illusionen und anarchistischer Militanz, zwischen internationaler Solidarität und subjektivistischer Ideologie, zwischen materiellen Forderungen und Idealismus, zwischen prinzipienloser Bündnispolitik und Separatismus hin und her schwanken. Es ist das historische Verdienst der BPP, den Schwarzen Befreiungskampf überhaupt an das Niveau des internationalen Sozialismus herangeführt zu haben, ohne daß dadurch allerdings die Widersprüchlichkeit des Schwarzen Befreiungskampfes schon beseitigt worden wäre.
Diese Untersuchung soll sich im folgenden darauf beschränken, die Ereignisse, die der Spaltung vorausgingen, soweit sich die Ereignisse rekonstruieren lassen, und in einem zweiten Abschnitt auf dem Hintergrund der Entwicklung des "Marxism- Leninism- Pantherism" im letzten Jahr die gemeinsamen und kontroversen Standpunkte der Fraktionen herauszuarbeiten.

I DIE SPALTUNG UND IHRE VORGESCHICHTE

a) Die Situation bis zum Ausschluß der NY "21"

Bis Januar 1971 schien das Verhältnis zwischen den Hauptexponenten der jetzigen Fraktionen ungetrübt. Newton und Cleaver beriefen sich aufeinander und zitierten sich gegenseitig; Artikel und Statements von E.Cleaver , Kathleen Cleaver, Don Cox, Conny Matthews Tabor, Michael Cetewayo Tabor, Richard Dharuba Moore, Zayd Shakur und NY "21" wurden regelmäßig in TBP abgedruckt. Doch hatten sich spätestens seit Mitte 1970 in einigen Chapters Fraktionen gebildet, ein militärischer und ein politischer Flügel, wie es einer der Polizeiagenten im New Yorker Prozess ausdrückte. Bobby Rush, Stellvertretender Verteidigungsminister der BPP und Vorsitzender des Illinois Chapters, soll im Herbst 1970 über Ausschlüsse in Illinois gesagt haben: "They were more concerned with military activity and interaction with the police .... Military struggle at this point would not last for more than three hours (because) law enforcement agencies

→

(1) "The Black Panther", 20.3.71. Alle Zitate und Nachrichten sind den folgenden Zeitungen entnommen: "The Black Panther", Oakland (TBP);"Guardian" , New York (G); "New Solidarity", New York (NS); "Daily World", New York (DW); "The East Village Other", New York (EVO), "The Bugle-American", Milwaukee (BA); "Berkeley Barb" (BB); "Berkeley Tribe" (BT); "San Francisco Good Times" (GT); und "Los Angeles Free Press" (FP). Alle Zitate von TBP aus der Zeit vor September 70 sind dem Buch entnommen: "The Black Panthers Speak, The Manifesto of the Party: the first complete documentary record of the Panther's program", Ph.S.Foner, editor, Philadelphia, N.Y. 1970 (BPs). Ich bin mir der Begrenztheit dieser Quellen bewußt, besonders da sie keinen Aufschluß über die interne Entwicklung des ZK, des Hau tquartiers in Oakland und der betroffenen Chapters geben. Allein aus diesem Grund ist eine abschließende Beurteilung der Vorgänge noch nicht möglich.

have the weaponry needed to put down a violent struggle." (BA, 11.-17.3.71) (2)
Die bis Ende 1970 in TBP bekanntgegebenen Ausschlüsse geben jedoch keinen Aufschluß über Fraktionsbildungen, die angegebenen Gründe waren zumeist disziplinarischer Art. Erst die Begründung des Ausschlusses von Elmar G. Pratt oder Geronimo und vier weiteren Panthers aus Los Angeles (TBP, 23.1.71) geht deutlich über einen disziplinarischen Fall hinaus. Zwar werden auch gegen Geronimo die üblichen disziplinarischen Vorwürfe erhoben, doch hier taucht zum erstenmal das Motiv der Morddrohung gegen June und David Hilliard und Newton auf, die Geronimo wegen abweichender Ideen geäußert haben soll. Die Führung in Oakland hatte es jedoch damals versäumt, die Liniendifferenzen darzustellen und die Auffassungen der ausgeschlossenen Gruppe zu kritisieren. Erst als später Cleaver die Wiederaufnahme Geronimos forderte, konnte auch außerhalb der BPP klar werden, daß es sich schon damals nicht um einen Einzelfall gehandelt hatte.

b) Der Ausschluß der NY "21"
Der unmittelbare Anlaß zum Ausschluss der neun inhaftierten Angeklagten im New Yorker Prozess war die Auseinandersetzung über eine Selbstkritik von Weatherman, die im Dezember in allen "underground"-Zeitungen veröffentlicht wurde (u.a. in BT, 18.-25.12.70). Weatherman, ursprünglich die Minderheitsfraktion der SDS-Spaltung 1969, hatte sich seitdem in den Untergrund zurückgezogen und das FBI mit Bombenanschlägen in Atem gehalten. Die Selbstkritik "New Morning - Changing Weather" kündigte die Abkehr von dieser Politik an. "This tendency to consider only bombings or picking up the guns as revolutionary, with the glorification of the heavier the better, we've called the military error .... Most of our actions have hurt the enemy on about the same military scale as a bee sting." Das einzige Resultat sei die Isolierung im Untergrund gewesen. "It is time for the movement to go out into the air, to organize, to risk calling rallies and demonstrations, to convince that mass actions against the war and in support of rebellions do make a difference ... People become revolutionaries in the schools, in the army, in prisons, in communes, and on the streets. Not in an underground cell." Die Selbstkritik bedeutet allerdings keine Aenderung der Strategie; Weatherman kann sich nach wie vor eine Massenbewegung nur als kulturelle Jugendbewegung vorstellen: "It will require courage and close families of people to do this organizing. Twos and threes is not a good form for anything - it won't put out a newspaper, organize a conference on the war, or do an armed action without getting caught .... People have reached out to each other and learned that grass and organic consciousness expanding drugs are weapons of the revolution .... People are forming new families ... (which) are units of people to trust each other both to live together and to organize and fight together .... It's not coming together into one organization, or paper structure of factions or coalitions. It's a New Nation that will grow out of the struggle of the next year." Während die Parteiführung sich nicht öffentlich zu dieser Selbstkritik verhielt, (3) schrieben die neun inhaftierten Angeklagten im New Yorker Prozess einen offenen Brief an Weatherman, der am 19.1. in EVO veröffentlicht wurde. Der Brief beginnt mit einer Solidaritätserklärung für Weatherman. "We feel an unrighteous act has been done to you by the self-proclaimed "vanguard" parties by their obvious neglect in not openly supporting you." Doch was Weatherman unterstützenswürdig mache, sei nicht ihre jüngste Selbstkritik sondern ihr militärischer Kampf. "There is a world of difference between a MOVEMENT and a REVOLUTION .... Take a group, a party and its supporters with a few activists - it can move in a revolutionary manner against the pigs OR it can function - have a newspaper, hold rallies, convention congresses, etc. - then rhetoricians rhetoric, functionaries function, printing presses print, delegates travel, international friendships grow, "leaders" become overwhelmed with "work" - then the prospects of armed struggle - real revolution diminish." An dem Statement der Weathermangruppe, die als Repräsentant der "youth communities of the mother country" aufgefaßt wird, werden insbesondere die Aussagen über Drogen kritisiert: "drugs are NOT weapons of the revolution - they may be a tool to bring you together in a sense of community - but ... these "tools" can also be used for escapism", vielmehr solle Weatherman zu seiner alten Linie des bewaffneten Kampfes zurückkehren: "We agree with you that demonstrations and rallies may have some use ... (but they are) much more functional only if they are used in coordination with armed action - military action." "Twos and threes can do an armed action without getting caught." Die Träger des bewaffneten Kampfes sollen die unterdrückten rassischen Minderheiten sein im Bündnis mit weißen Revolutionären: "We, of the third world, MUST of necessity destroy this highly automated and cybernated society or be destroyed by it - NOW! We need allies ...Anyone who has the same interest as we do - the destruction of this evil society - is an ally - all others are foes." Die Autoren dieses Briefes wurden offenbar gleich nach dessen Veröffentlichung ausgeschlossen, allerdings sollte der Ausschluss bis zum Abschluss des Prozesses geheimgehalten werden. Erst als sich zwei der vier weiteren Angeklagten, die auf Kaution freigelassen waren, aus den USA absetzten, veröffentlichte TBP (13.2.71) den Ausschluß "for their attacks on the Party" und bezeichnete den Brief als konterrevolutionär.
In einem späteren Brief "Message to the 3rd World from

(2) Das Angebot der BPP an die FNL, ein Truppenkontingent von Freiwilligen nach Vietnam zu senden, ist durchaus auf dem Hintergrund dieser internen Auseinandersetzungen zu erklären. Newton hatte der FNL dieses Angebot im August 1970 gemacht, gleich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis. In ihrem Antwortschreiben bezeichnete die FNL das Angebot als "freundliche Geste", doch wollte sie keinen unmittelbaren Gebrauch davon machen: "all of us are delighted to get more comrades-in-arms, so brave as you, on the very soil of the United States. ... When necessary, we shall call for your volunteers to assist us." (TBP, 9.1.71).

(3) Elaine Brown meinte in einem Interview (GT, 5. 3.71):"We have no oppositions to the Weathermen. But we don't know what they're doing", offenbar eine Anspielung auf die Selbstisolierung von Weatherman.

the NY "21" "(EVO, 9.3.71) verteidigten sich die Ausgeschlossenen mit der Feststellung, sie hätten ja gar keine Partei oder Gruppe namentlich erwähnt. Jedoch enthält der Brief nicht nur Unterschiede und Abweichungen von der Parteilinie sondern stellenweise auch kaum verhüllte Angriffe auf die Partei, die den Ausschluß rechtfertigen. (4)

Die Unterscheidung zwischen "weißem Mutterland" und "schwarzer Kolonie" ist spätestens seit der Revolutionary People's Constitutional Convention im Nov. 1970 in der Partei aufgegeben worden: Die Ersetzung des Begriffes "Nation" durch "Community" schloss dann auch die Aufgabe der Kolonisationstheorie ein. Während dieser Punkt noch als bloß terminologischer Unterschied bewertet werden kann, sind die Angriffe gegen die "Self-proclaimed 'Vanguard' Parties" ein Angriff auf die BPP selbst. Zwar werden mit dieser Formel häufig die KP und die PLP kritisiert , doch gerade weil die NY '21' keine Partei direkt nennen, ist die Kritik an Demonstrationen, Kundgebungen, Parteiorganisationen etc., d.h. an offener politischer Arbeit, auch auf die BPP zu beziehen, noch zugespitzt dadurch, daß Weatherman als "one of the - if not the true vanguard" bezeichnet wird. Der Partei in ihrem derzeitigen Zustand wird praktisch konterrevolutionäre Unfähigkeit zum bewaffneten Kampf vorgeworfen, ohne daß die Frage nach den politischen Bedingungen dazu überhaupt erhoben wird.

Daß der Ausschluß der NY '21' vor Prozessende veröffentlicht wurde, ist Michael Tabor und Richard Moore zu verdanken, die Anfang Februar zusammen mit Connie Tabor die USA verließen und inzwischen in Algier wieder aufgetaucht sind. Am 5.2., während einer Rede Newtons in New Haven, verschwand das Trio; C.Tabor, als Sekretärin Newtons für die Organisation der Vortragsreise verantwortlich, nahm wichtige Dokumente mit sich. Als am 8.2. M.Tabor und R.Moore nicht zum Prozess erschienen, hob der Richter die Kaution der vier freien Angeklagten auf, am folgenden Tag verteilte die BPP vor dem Gerichtsgebäude ein Flugblatt, in dem der Ausschluß der 9, der und C.Tabors bekanntgegeben wurde.

Die Ausschlußbegründung in TBP vom 13.2.71, in der der Ausschluß der neun nur beiläufig erwähnt wird, nennt die drei Verschwundenen "Enemies of the People", da nun die übrigen Angeklagten einem noch stärkeren Justizterror ausgesetzt seien, da der Bobby-Seale-Prozess gefährdet sei - C.Tabor sollte dort als Zeugin der Verteidigung aussagen -, weil sie wichtige Parteidokumente mitgenommen und durch den Zeitpunkt der Flucht Newtons Vortragsreise gefährdet habe. Es ist deutlich, daß das ZK überrascht war, Liniendifferenzen scheinen bislang nicht aufgetreten zu sein. Darum versucht die Begründung, die Flucht aus der persönlichen Vergangenheit des Trios abzuleiten: die Mitgliedschaft Moores sei schon eine Woche vorher zeitweilig suspendiert worden, da er Newton angegriffen und mit dem Leben bedroht habe; C.Tabor, die in Europa die Solidaritätskomitees organisiert hat, sei schon damals individualistisch und unzuverlässig gewesen, sei dann nach Algier beordert worden und Cleaver habe sie aus denselben Gründen gleich weiter nach Oakland geschickt; sie habe überdies schon immer ihre europäischen Kontaktadressen gehortet, da sie ein Buch über die BPP schreiben wolle.

Die tatsächlichen Gründe für die Flucht nach Algier, über individualistische Charakterzüge hinaus, dürften in den Liniendifferenzen zu suchen sein, die in denfolgenden Wochen offen zum Ausbruch kamen, auch das Ziel Algier dürfte von vorneherein geplant gewesen sein, da unter den gegebenen Umständen kaum ein anderer Ort in der Welt in Frage kommt. Doch noch zu diesem Zeitpunkt bat das ZK alle "intercommunal friends", sich in dem Fall, daß C.Tabor versuchen sollte, ihre europäischen Kontakte auszunutzen, sofort mit Cleaver in Algier in Verbindung zu setzen. Offensichtlich hat die Führung in Oakland nicht damit gerechnet, daß Cleaver sich auf die Seite der "Volksfeinde" stellen würde.

c) Cleaver und Leary in Algier

Timothy Leary, im September aus einem US-Gefängnis geflohen, hatte sich seitdem in Algier niedergelassen und verstand sich offenbar gut mit Cleaver. Jedoch am 1. 9., kurz bevor die erste Cocktail-Party der Learys beginnen sollte, erschienen Don Cox und Eldridge Cleaver und stellten das Ehepaar Leary in dem Gebäude der Intercommunal Section für 5 Tage unter Hausarrest . Am 12. 1., nachdem die erneute "Inhaftierung" Learys großes Aufsehen in den USA erregt hatte, sprach Cleaver ein Statement zum Rauschgiftproblem auf Tonband, das in den USA über verschiedene "underground"-Radiosender zu hören war und das die Learys sich auch anhören durften- Cleaver redete nicht mehr mit ihnen. Am 15. 1., als die Learys wieder frei waren, kamen beide zu einem gemeinsamen Interview zusammen. Schließlich, am 12. 2. , nahmen Cleaver und Leary ein Gespräch auf Band auf, das diesmal sogar im Fernsehen zu sehen war: die beiden hatten sich wieder vertragen.

Diese Auseinandersetzung ist insofern von Bedeutung, als sie der Spaltung der BPP unmittelbar vorausgegangen ist und einiges Licht auf die Situation in Algier und die Entwicklung Cleavers wirft. (5)

Der unmittelbare Anlaß für den Arrest sei gewesen, daß Leary die Sicherheit der Panthers in Algier gefährde, Leary rede zu viel und die Partygäste seien nicht unter Sicherheitsgesichtspunkten ausgesucht worden. Der Inhalt der Auseinandersetzung bezog sich auf die Funktion von Drogen in der Revolution. In seinem Statement vom 12. 1. (alle Dokumente sind u. a. in BT vom 5.-11.2. u.26.2. -4.3. erschienen) wirft Cleaver Leary vor, der sich selbst gerne als "Sokrates oder Sartre der Amerikanischen Revolution" bezeichnet, er sei bloß ein Hoher Priester, der angebetet werden wolle; Drogen hätten vor einigen Jahren eine fortschrittliche Rolle gespielt, doch "things have

(4) Es sei dahingestellt, ob der Ausschluß zu diesem Zeitpunkt taktisch richtig war und ob er ordnungsgemäß beschlossen worden ist. Zwar ist die Ausschlußbegründung mit "Central Committee" unterzeichnet, doch ist es zweifelhaft, ob die ZK-Mitglieder in Algier überhaupt konsultiert worden sind.

(5) Tim Leary's eigene Vorstellung von Revolution, nämlich innerliche Befreiung von Drogen, bedarf hier keiner weiteren Erläuterung.

changed since then, it is no longer useful to our struggle and it has to be dealt with. "Leary soll diese Entwicklung endlich auch nachvollziehen: "I like Leary, ...but objectively I find ...him to be non-functional in a political context." Cleaver sicherte ihm jedoch den Schutz der Partei zu, solange er sich in Algier aufhalte. Schon in diesem Statement erwähnte Cleaver den eigentlichen Adressaten der Auseinandersetzung, Weatherman und die Jugendkultur im Allgemeinen. Im Interview vom 15. 1. wurde Cleaver deutlicher, er wollte Leary für die Revolution der Drop-outs gewinnen. "Several years ago, ...what Timothy was doing was very progressive, ... it was part of the long process of people turning away and rejecting the values of Babylonian society". Doch die Zeiten hätten sich jetzt geändert. "It is precisely those people, who are in a position, and who compose the numbers, that we look toward to deliver a very powerful and crippling -and even decisive-blow against the system of oppression in Babylon. And it is precisely for that reason that they must move. "Und Leary soll ihnen dabei helfen, der Hohe Priester solle zum Mittler, die Droge zum Gewehr werden. "Timothy is one expression, one embodyment of this sentiment and will. And he has a responsibility to be responsive, both to where those people are coming from...and what the situation objectively calls for. ""If you've moved, then they need to know so that they can move...I think, that they need to understand more clearly what you're saying now... about the bomb and the gun and the need for dealing like that." (6) Das Gespräch vom 12. 2. geht darüber kaum hinaus, außer daß Leary sich einsichtiger zeigt in Cleavers Vorstellungen und daß Cleaver enthüllt, daß er sich diesmal nicht, wie 1968, Jerry Rubin zum Vizepräsidenten aussuchen würde, sondern Bernadine Dohrn. "We want stop clowning and start Weathermanning or Pantheering." (7)

d) Die Spaltung

Am 26. 2. trat Newton in San Francisco in einer Live TV Show auf, für die ein Telefongespräch mit Cleaver arrangiert war, offensichtlich um Gerüchte über Auseinandersetzungen in der Partei zu zerstreuen. Cleaver jedoch nannte es "bedauerlich", daß D. Hilliard die NY"21" ausgeschlossen habe, einschließlich der Geflüchteten, Hilliard solle von seinem Posten als "Chief of Staff" zurücktreten oder entlassen werden, und er kündigte einen Bericht ans ZK aus Algier an, in dem die Vorwürfe ausführlicher behandelt werden sollen. Newton antwortete, er lehne es eigentlich ab, auf eine solche Kritik in der Öffentlichkeit einzugehen, aber Cleaver habe ihm keine andere Wahl gelassen; Newton erklärte sich selbst verantwortlich für die Entscheidungen der Partei und kündigte seinerseits an, Cleaver solle disziplinarisch bestraft werden, falls das ZK so entscheide; er selber schlage vor, Cleaver-wie Leary- unter Hausarrest zu stellen. Amfolgenden Tag, 27.2., schloß Newton in einem Telefongespräch, das in Algier aufgenommen wurde, Cleaver und die ganze Intercommunal Section aus: "You dropped a bombshell on me brother, you're expelled". Das war offenbar nicht die Entscheidung des ZK, jedenfalls meinte Elaine Brown in ihrem Interview (etwa 2.3.), daß das ZK noch keine Entscheidung getroffen habe; auch später war nicht mehr vom Ausschluß die Rede, vielmehr hieß es, Cleaver habe die Partei von sich aus verlassen.

Am 1.3. hielt der New York Chapter der BPP eine Pressekonferenz, auf der die Wiederaufnahme der Tabors, Moores, Geronimos und der 9 NY"21" gefordert wurde; Hilliard werde als ausgeschlossen betrachtet, das ZK bestehe aus Bobby Seale, Eldridge und Kathleen Cleaver und Don Cox, während Newton, Erziehungsminister Hewitt und Kultusminister Douglas vor ein Volksgericht gestellt werden sollen. Die Partei habe sich zu einem rigiden Zentralismus entwickelt, der keine interne Kritik mehr zulasse.

Am 3.3. sprachen die Mitglieder der Intercommunal Section ein Statement auf Band, das am nächsten Tag in New York veröffentlicht wurde. (8) In dem Tonband geht die Cleaver-Fraktion davon aus, daß der "rechte Flügel" in Oakland aus der Partei ausgeschlossen sei; die alte Führung in Oakland habe die ursprünglichen revolutionären Prinzipien verraten und stattdessen die Partei bürokratisiert und zentralisiert, insbesondere sei sie machthungrig und geldgierig. Der Hauptpunkt der Auseinandersetzung sei, daß der "rechte Flügel" den bewaffneten Kampf nicht zulasse; der Ausschluß Geronimos habe einen Aufruhr in der Partei verursacht, der sich durch den Ausschluß der NY "21" noch verstärkt habe. Der revolutionäre Kampf sei nur im Untergrund möglich, alle öffentliche Arbeit habe dem Untergrund zu dienen. Lenin sei es gewesen, der herausgefunden habe, daß Marx politisch und Bakunin militärisch recht hatte, und er habe die beiden vereinigt. Da die Führung in Oakland diese revolutionären Prinzipien verraten habe, sei eine Fraktion entstanden, besonders an der Ostküste und in Algier, die schließlich, nach dem Ausschluß der NY"21", ein Kommuniqué nach Oakland geschickt habe, mit der Forderung nach Wiederaufnahme; daraufhin habe Newton die gesamte Intercommunal Section ausgeschlossen. Doch nun sei eine neue Situation eingetreten, da mit dem Ausschluß der Oakland-Führung zum ersten Mal eine Säuberung von unten nach oben stattgefunden habe. "Those who are guilty of complicity in these

(6) Leary, der die ganze Zeit Mühe hatte zu verstehen, was Cleaver eigentlich von ihm wollte, konnte sich schließlich darauf einlassen, daß man auf Drogen bis zum Sieg der Revolution verzichten solle.

(7) BB erhielt am 25.2. einen Brief mit der Unterschrift Cleavers. "... Now I'm only talking about guns, counting our guns, relating to that, and to dead pigs." Der Brief schließt: "All power to us, the people, through the instrumentality of the dictatorship of the lumpen - that is, if all people get armed!" Doch läßt sich die Echtheit des Briefes nicht beweisen.

(8) Es sind in den USA inzwischen mindestens drei Versionen eines solchen Statements im Umlauf. Von der Fassung vom 3.3. liegen mir nur kurze Zitate vor (G, 13.3.71, GT, 10.3.71); ein Bericht aus Paris (FP, 19.3.71) enthält eine ausführlichere Zusammenfassung einer Version, wie sie wohl in Europa bekanntgeworden ist; diese ist zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen worden. Da sich jedoch keine bedeutenden Unterschiede finden lassen, können die verschiedenen Versionen als Einheit behandelt werden.

cowardly actions by David Hilliard have to be dealt with; either by dismissal from the Central Commitee, or perhaps even purged from the BPP, or perhaps something even more drastic than that...We just want to assure all our comrades, that the BPP, far from being destroyed by this process, will be strengthened."

Der "Intercommunal Day of Solidarity" am 5.3. in Oakland, für den ursprünglich auch Kathleen Cleaver als Sprecherin angekündigt war, war das erste öffentliche Auftreten Newtons, nachdem die Spaltung allgemein bekannt geworden war. Bis dahin hatte Newton sich geweigert, Erklärungen zur Spaltung an die "underground"medien abzugeben. In seiner Rede (TBP, 13.3.71) entwickelt Newton die Position der Führung in Oakland, ohne allerdings direkt auf die jüngsten Vorgänge einzugehen. (9) "Revolution is a process. It's not a conclusion; because once we conclude, then we become counter-revolutionary. And that means even with the gun in our hands, because fascism also has a gun... From now on the Party itself will be better known by its contributions to the people, for the simple reason that some people around us seem to want to be known through the Media. But the Party can only judge itself through establishing certain survival programs, pending revolution,... in order to lift the consciousness of the people." "We must exhaust every possible tactic. And we must let it be known that never broadcast military tactics for military reasons. It's perfectly correct to broadcast militarytatics for political reasons. That's what Uncle Ho said, and I agree with him. So we would like for the people to know that there are many things that we will not discuss in public. But what you can do is watch the fruits of our work...We wont claim to be ultraleftists; we won'tclaim to be infantile leftists. What we will do is act in accordance with the particular set of conditions and the particular problem that we have at a time." "The Party and the world today is under turmoil. And thisis very good. We always have welcomed all forms of contradictions. Because without a contradiction there is no transformation. So from the contradiction that has developed now in the world and in the Party, we hope to have a qualitative leap. If this leap eliminates some of us, then, of course, we'll weep for that. But we must not stop the revolution."

TBP vom 6.3. enthält einen Artikel von Elaine Brown, in dem sie Kathleen Cleaver als politische Gefangene ihres Ehemannes bezeichnet. Eldridge, selber kein Asket, habe den Liebhaber Kathleens, ebenfalls ein Schwarzer im Exil, getötet, er verwehre ihr die Freiheit zu reisen, zu reden und selbständig politisch zu arbeiten; und um jedem Dementi vorzubeugen, fügte Brown hinzu, daß gerade ein Dementi dieser Vorwürfe ihre Abhängigkei t beweisen würde. Dieser Versuch, die Cleaver-Fraktion zu spalten, ließ sich nicht lange durchhalten; Kathleen und Eldridge wiesen die Vorwürfe später gemeinsam zurück.

TBP vom 6.3. geht auf die Spaltung ansonsten nur noch in drei großlettrigen Fragen ein: "Is Eldridge Cleaver attempting to divide the BPP??? He denounces Chief of Staff, David Hilliard, and Minister of Defense, Huey P. Newton. Is Eldridge Cleaver attempting to divide the community??? He denounces Angela Davis. Is Eldridge Cleaver attempting to divide the Socialist World??? He denounces Cuba." Während nur der erste Vorwurf sich auf die jüngsten Vorwürfe bezieht, spielt der dritte auf Cleavers Zwischenaufenthalt in Kuba an, welches ihm nicht gefallen hatte. Der zweite bezieht sich auf einen Artikel Eldridge Cleavers, der in TBP (23.1.71) erschienen war. Cleaver schrieb dort über "the sweet case of Angela Davis": "We can see clearly how US-fascists, with the active collusion of the US Communist Party, have turned the case of Angela Davis into a smokescreen to obscure the real issues involved. The case of Angela Davis is a tool in the hands of the reactionary forces in the world who deny the right of the people to take arms in their struggle for liberation from oppression."(11)

TBP vom 13.3.71, zum ersten Mal mit Copyright (by Huey P. Newton"), brachte 2 Artikel zu Angela Davis, in denen die Angriffe Cleavers vom Januar zurückgewiesen wurden. "Angela Davis has certainely received a great deal of attention. But the BPP has not obviated, made it clear our strong love for and support of Sister Angela. And we know this leaves a gap in our camp... Sister Angela is not unknown to us...She has...although no longer an official member of our Party, devoted her work for the people to lending her support to those in our Party who are, as she now is, held in the maximum security camps in the U.S. ...She was in fact the head of the Bobby Seale Defense Committee in Los Angeles... The Black Panther Party wants everyone to know that we appreciate our Sister, Angela Davis, for she is herself a unifying factor

---

(9) Auf Grund der schlechten Mikrophonanlage warzunächst der Eindruck entstanden, Newton habe sich überhaupt nicht zur Cleaverfraktion verhalten. Daß "der Spiegel" (22.3.71) die Rede "verniedlichend" fand, liegt allerdings eher am Spiegel. Die Versammlung selber war mit 4000 Leuten zwar gut besucht, darunter jedoch nur 20% Schwarze. Die meisten weißen "freaks", meinte BB, seien nur wegen der Musik gekommen.

(10) Gleichzeitig brach E. Brown damit das Bündnis der BPP mit Algerien, Cleaver habe den Mord nur unter Duldung Boumediennes durchführen können, der ein "extreme chauvinist and opportunist" sei.

(11) Die KP hat diesen Angriff sofort scharf zurückgewiesen. Vorsitzender Henry Winston konnte zurecht darauf verweisen, daß die "Free Angela"-Kampagne unlösbar ist von "Free Bobby, Free Ericka" und daß Angela Davis selber wie auch die KP diese Forderung immer erhoben habe (DW, 28.1.71). Später richtete die Commission on Black Liberation der KP USA einen offenen Brief an Cleaver: "The line of the Communist Party is and will continue to be, while we are determined to free Angela, that Bobby, Ericka, the Panther 21, the Soledad Brothers and all political prisoners must also be free" (DW, 11.2.71). Inzwischen ist aus dem Angela Davis Defense Committee, das aus einem Bündnis zwischen KP, Angela Davis' Familie, Gewerkschaftlern, "Welfare Rights" Organisationen, religiösen und Anti-Kriegs-Gruppen besteht, auch ein Committee to Defend Ruchell Magee hervorgegangen, "dispelling rumours of friction between the defense of Angela Davis and Ruchell Magee" (DW, 27.3.71).

in the struggle of Black people, of all oppressed people." George Jackson, der Bruder des ermordeten Jonathan, weist in seinem Artikel besonders auf die Widersprüche innerhalb der KP selber hin:" The insecure and possibly counterrevolutionary elements of the A.C.P. represent Angela no more than do the Tabor couple, and R.D.(...) Moore, represent Huey P. Newton."

Inzwischen war es in N.Y. zur ersten und bislang einzigen tätlichen Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen gekommen. Am 8.3. attackierte Robert Webb, Anhänger der Cleaver-Fraktion, eine Gruppe Schwarzer, die auf der Straße TBP verkauften, später fand die Polizei die Leiche Webbs. Am 10.3. gab der New York Chapter, dessen Büro inzwischen unter Führung von Zayd Shakur zum National Headquarters der Cleaver-BPP avanciert war, eine Presseerklärung ab, in der Newton für den Tod Webbs verantwortlich gemacht wird:" Huey P. Newton and David Hilliard had sent 75 robots to...come to N.Y. City to murder Panthers here." Während es offenbar richtig ist, daß eine Reihe von Newton-Anhängern nach N.Y. gereist waren, so besteht kein Grund für die Annahme, daß sie Webb erschossen haben. Die Oakland-Führung hat sich allerdings zu den Vorwürfen nicht geäußert.

Nachdem in TBP bis zum 13.3. kaum von der Spaltung die Rede war-die Redaktion setzte offenbar voraus, daß die Parteimitglieder sich anderweitig informieren-, brachte das Parteiorgan am 20.3. einen offenen Brief der neugegründeten San Quentin Branch an Cleaver:" We take the stand with the Minister (Supreme Servant) (12) , Huey P. Newton. No if's or but's about it." Der Brief geht hauptsächlich ein auf den Mordvorwurf Browns gegen Cleaver: "What have you been shooting besides brothers? Heroin , Coke or Acid?" und auf das unsolidarische Verhalten Cleavers: "By doing what you did, nigger, you're pulling the rope around the necks of The Soledad Brothers, Ruchell Magee, Bobby Seale, Romaine (Chip) Fitzgerald, Ericka Huggins, Angela Davis and all political prisoners. We refuse to let this happen. We're going to fight back." und der Brief schließt:" We stand with the Supreme Servant, Minister Huey P. Newton, who is the Soul Servant of the People, both in actions and deeds. You are an outcast... One day you'll be coming back here and we who are definitely your peers will judge you. We know and understand you for we are going through what you once did. And you can bet your life will be dealt with justly." In derselben Ausgabe weisen Emory Douglas, Masai Hewitt, Big Man, Bob Rush und Doug Miranda in einer Erklärung Gerüchte zurück, ihre Position zur Partei sei unklar:" Because the Black Panther Party represents ultimate service to the People in the true interest of the People, we have never left the Party. And we have no intention of doing so. On this we have never vacillated and never intend to." Und schließlich, auf S.16, erfolgt die zu Anfang zitierte Mitteilung, daß Cleaver und die Intercommunal Section die Partei verlassen hätten.

TBP vom 3.4. beseitigte die letzte Unklarheit, nämlich auf welcher Seite Bobby Seale steht. "I, Bobby Seale, am the Chairman of only one Party. And that is the Party that Brother Huey P. Newton is the Minister of Defense of and one of the supreme, top servants of the people", heißt es in seiner Erklärung, für die er allerdings einige Zeit hat verstreichen lassen. "I've took time to analyse what's happening. And I see presently that there're some divisionary, counter-revolutionary actions going on. Now the Party accepts constructive criticism. Constructive criticism! But the divisionary actions and jive tactics of Eldridge Cleaver is doing nothing but aiding the pig power structure." Seale sieht den Auseinandersetzungspunkt mit der Cleaver-Fraktion in der Frage der "Survival Programs". "There is no split in the Black Panther Party, at all. But the main thing ... is that the Party is based on Survival Programs to serve the People, and these Survival Programs - from Breakfast for Children to the recent programs that I'm designing right here in jail ... and all other programs ... must sustain the people so the people can wage a revolutionary struggle. ...Even the Vietnamese people, if one would check it out, have their survival programs. ... Cleaver, who's negating this, is in fact even negating the Vietnamese People's struggle, and other revolutionary peoples' struggles throughout the world." (13)

II. Die Ideologie der Fraktionen

Eine Untersuchung der Ideologie der BPP und ihrer Fraktionen steht vor der Schwierigkeit, daß die politische Entwicklung der Partei ihre Ideologie bislang noch nicht auf ein wissenschaftliches Niveau gehoben hat; ihre Äusserungen umfassen fast ausschließlich, insbesondere seit der Spaltung, Zeitungsartikel, Interviews, kurze Reden und Tonbandaufnahmen. Eine wissenschaftliche Analyse des Schwarzen Befreiungskampfes müßte diese Äußerungen auf dem Hintergrund der amerikanischen Klassengesellschaft erklären, sie müßte, über die Untersuchung ideologischer Widersprüche hinaus, erklären, warum der Schwarze Befreiungskampf einen nationalen Charakter angenommen hat, obwohl die Idee einer selbständigen Schwarzen Republik niemals in den Massen verankert war, sie müßte erklären, warum die Kapitalismuskritik sich auf die Zirkulationssphäre beschränkt, obwohl der überwiegende Teil der Schwarzen zur Arbeiterklasse gehört, sie müßte erklären, warum die Spaltung der BPP gerade zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo das amerikanische Proletariat anfängt, die sozialimperialistische Politik seiner Gewerkschaften zu durchschauen und so die Klassenkämpfe auf eine neue Stufe zu heben, und warum andererseits eine Organisation wie die BPP eine Avantgarderolle in den Klassenkämpfen einnehmen konnte.
Da diese Aufgabe hier nicht in Angriff genommen wer-

---

(12) Newton's Ehrentitel "Supreme Commander" ist seit dem 20.2.71 durch "Supreme Servant" ersetzt worden. E. Brown meinte in ihrem Interview, dies sei auf die Kritik der Women's Liberation Bewegung erfolgt.

(13) Newton, Hewitt und John Seale besuchten Bobby am 24.3. in New Haven; übrigens trafen sie im Gerichtssaal auch auf führende KP-Mitglieder. Am nächsten Tag sei Bobby Seale, anders als der Spiegel es wissen will, in ausgezeichneter Stimmung gewesen und habe den Zuschauern zugerufen:"We have a new survival program. It was a plan, formed six months after Huey and I started the party" (DW, 31.3.71).

den kann, soll im folgenden nur die Entwicklung der Panther-Ideologie untersucht und die verschiedenen Auffassungen gegenübergestellt werden. Weil sich die Fraktionen, abgesehen von den unmittelbaren Auseinandersetzungspunkten, noch keinesfalls ideologisch vereinheitlicht und konsolidiert haben, ist es sinnvoll, sich auf ihre Hauptrepräsentanten, Cleaver und Newton zu beschränken.

a) Kolonisationstheorie und "Intercommunalism"

Im September 1970 noch warf Newton der KP-USA vor, sie glaube "in Wirklichkeit nicht, daß die Schwarzen in den USA eine Kolonie sind." (RPK 91, 70/ TBP, 19.9.70) Zwei Monate später sagte er in einer Rede in Boston (18. 11.70): "People argued with me all day and all night, and they told me how you can possibly be a colony?... Tonight I would like to accept the criticism and say... that we are a collection of communities just as the African people represent a collection of communities, just as the Korean people, the Vietnamese people, the Chinese people are a collection of communities" (TBP, 23.1.70).

Die 'klassische' Kolonisationstheorie war von Cleaver im Juni 1969 so formuliert worden: "We feel that there's the mother country in America and that there's also the black colony - that the black people represent a colonized people, a domestic colony. And we say what is needed is liberation in the colony and revolution in the mother country, because oppression of the black people in the United States is a national question, and oppression of the white people is a class question." (14) Es ist auffällig, daß sich Äußerungen in dieser Form bei Newton nicht finden lassen. In seiner "Message on the Peace Movement", ebenfalls 1969, heißt es z.B.: "At one time I thought that only Blacks were colonized. But I think we have to change our rhetoric to an extent becausethe whole American people have been colonized, if you view exploitation as a colonized effect, now they're exploited. They support the supercapitalist through taxation" (TBP, 27.9.69, BPS, S.69). Diese Einsicht Newtons war bedingt durch die Erfahrung, daß Polizei und Justiz kaum noch einen Unterschied zwischen weißen und schwarzen Radikalen machten und daß sich weiße Gruppen organisierten, die abgesehen vom Rassismus, den selben Lebensbedingungen ausgesetzt sind wie die schwarze Gettobevölkerung. Während so die Inadäquatheit und Widersprüchlichkeit der Kolonisationstheorie immer stärker zutage trat, konnte Newton seine Gedanken erst im November 1970, drei Monate nach seiner Freilassung, weiterentwickeln, in seinen Vorträgen an der Ostküste (15) und auf der Revolutionary Peoples' Constitutional Convention (RPCC) in Washington. Newton führte in seiner Rede in Washington aus: "This convention of revolutionary peoples from oppressed communities throughout the world is convened in recognition of the fact that the changing social conditions throughout the world require new analysis and approaches ... We once defined ourselves as nations because we had distinct geographical boundaries. We controlled the economy, the political structure and the institutions in our territories. In this sense the United States was also a nation at one time. We see, however, that the growth of bureaucratic capitalism in the United States transformed the nation. When capitalism in the nation reached a high level of development it reached beyond the national boundaries to exploit the wealth and labor of other territories ... (This development) has transformed the previous situation. We recognize this when we admit that the United States is no longer a nation but an empire. However, an empire by definition controls other territories and in so doing transforms the former nations... Our new understandings lead us to the recognition that we must ally ourselves with the oppressed communities of the world. Therefore we cannot make or stand as nationalists, we cannot even make our stand as internationalists, we must place our future hopes upon the philosophy of intercommunalism" (TBP, 5.12.70). Soweit ergibt sich, abgesehen von der Terminologie, kein Unterschied zum klassischen Internationalismus. Der Grund für die terminologische Änderung ist vielmehr schon in der Funktion der Kolonisationstheorie zu suchen, sie war nichts anderes als der zur wissenschaftlichen Analyse hochstilisierte begriffliche Ausdruck der Solidarität mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen. Als diese Theorie mehr und mehr in Widerspruch zur Entwicklung in den USA selber trat, bedurfte es einer neuen Terminologie, die auf einem abstrakteren Niveau sowohl die Solidarität mit den unterdrückten Nationen als auch die gemeinsame Situation unterdrückter Klassen in den USA zum Ausdruck bringen konnte: "Intercommunalism" ist ein Topf, in den sich jedes menschliche Gemeinwesen stecken läßt. Soweit die neue Terminologie zum Ausdruck bringt, daß der Imperialismus ein Weltsystem ist, gegen das sich alle Befreiungsbewegungen richten, ist sie ein Fortschritt über die Kolonisationstheorie hinaus, soweit sie jedoch von der unterschiedlichen Entwicklung von Klassenwidersprüchen in den unterdrückten und unterdrückenden Nationen abstrahiert, wird sie die BPP weiterhin davon abhalten, das Wesen des imperialistischen Weltsystems aus dem Klassenantagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital in den kapitalistischen Metropolen selber zu erklären.

Daß Cleaver die Kolonisationstheorie als Analyse soviel

---

(14) "Conversations with Eldridge Cleaver , Algiers, by Lee Lockwood", New York 1970, S.106; jetzt auch auf deutsch: "Eldridge Cleaver/Lee Lockwood, Gespräche in Algier", München 1971.

(15) Die Vorträge im November, von denen bisher nur der in Boston gedruckt erschienen ist, sind darüberhinaus von Bedeutung, weil Newton hier zum ersten Mal die Ideologie der BPP ineinen theoretischen Rahmen stellt, den des dialektischen Materialismus. Die Reaktion der Zuhörer, meist Studenten, war typisch für die Theoriefeindlichkeit der amerikanischen Studentenbewegung, viele, besonders Schwarze, verließen vorzeitig den Saal, Beifall erhob sich kaum.

ernster genommen hat und daß er und seine Fraktion auch jetzt noch an ihr festhalten, ist nicht daraus zu erklären, daß er etwa weniger an Bündnissen mit weißen Organisationen interessiert wäre (16). Cleaver ist deshalb auf die Kolonisationstheorie angewiesen, weil sich seine Revolutionsstrategie für die USA nicht anders als technisch von der der nationalen Befreiungskämpfe unterscheidet. Mehrfach hat er die Gründung einer North American Liberation Front gefordert, die er einmal in die Berge der USA versetzt (TBP, 11.10.69/ BPS S.117), einmal nach dem Vorbild der Mafia organisiert sehen will (Algier, S.52). Newtons Strategie unterscheidet sich von Cleavers nicht dadurch, daß er die nationalen Befreiungskämpfe zum Vorbild nähme. Der Unterschied besteht darin, daß er aus dem Verhältnis zwischen den USA und den unterdrückten Nationen ein zeitliches Nacheinander der Revolutionen ableitet. In seinem Brief an die FNL im August 1970 schrieb er: "The Black Panther Party views the United States as the 'city' of the world, while we view the nations of Africa, Asia and Latin America as the 'countryside' of the world. The developing countries are like the Sierra Maestra in Cuba and the United States is like Havana. We note that in Cuba the people's army set up bases in the Sierra Maestra and choked off Havana because it was dependent upon the raw materials of the countryside. After they won all the battles in this countryside the last and final act was for the people to march upon Havana. The Black Panther Party believes that the revolutionary process will operate in a similar fashion on an international level" (TBP, 9.3.71). Diese Auffassung verdeutlichte Newton noch einmal in seiner Bostoner Rede: "We think that it's very important to know that in the world today that socialism in the United States will never exist. Why? It will not exist because it cannot exist. Also I would say, socialism cannot at this time exist any place in the world. Because socialism would require a socialist state, and if state does not exist how could socialism exist? So how do we define certain progressive countries as the People's Republic of China? ... They represent a community liberated. But that community is not sufficient, it is not satisfied... It is only ground for preparation for the liberation of the world."
Die Schwäche dieser Analyse ist, abgesehen von ihrem subjektivistischen Jonglieren mit Begriffen, daß die Frage, welche Territorien nun befreit werden können und welche später, zur technischen Frage werden muß; andererseits trägt sie der Tatsache Rechnung, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe in den USA von der Entwicklung des Imperialismus abhängt, gerade die Niederlagen des Imperialismus, wie in Indochina, haben die Widersprüche in den Metropolen verschärft und offen zum Ausbruch kommen lassen.

b) Theorie des Lumpenproletariats

Die Theorie des Lumpenproletariats ist ein zweiter Versuch, den Schwierigkeiten der Kolonisationstheorie zu entgehen. Während der 'Intercommunalism' das Verhältnis zu den internationalen Kämpfen betrifft, soll die Theorie des Lumpenproletariats eine für Schwarze und Weiße gemeinsame Basis in den USA selber formulieren. "There are many people within the Black Community who do not fit inside of the economy, they do not fit inside of the social structure, they do not fit inside of the political system. They have no representation, they have no security, and we look upon these as the lumpen-proletariat. and this is where the Black Panther Party has its social base," heißt es bei Cleaver (TBP, 14.12.70), und als die materielle Grundlage dieser Klasse gibt er in seinem Statement zum Rauschgiftproblem an: "I think that in this day and time ... the enemy no longer needs our labor power ... (and) has machines to replace men." (BB, 5.-11.2.71) Diese Auffassung ist von Newton in seiner Bostoner Rede als allgemeine Tendenz in der Spätphase des Kapitalismus formuliert worden: "In this country, the BlackPanther Party taking careful note of the dialectic method, taking careful note of the social trends and the ever changing nature of things, see that while the lumpen proletarians are the minority and the proletarians, the majority, we also see that technology is developing at such a rapid rate that we'll start with automation, go to kybernation, and then go from there probably into technocracy ... If the ruling circle remains in power, the proletarian worker, the proletarian working class, will definitely be on the decline, because they will be unemployables and, therefore, swell the ranks of the Lumpens, who are unemployables. Unemployables because the ruling circle does not need them any more ... At this time, the capitalist has developed the machinery to such a point where he can hire a group of specialized people called technocrats ... (who) will be so specialized until he cannot really be identified as a proletarian."
In dem Punkt, daß das Lumpenproletariat die am meisten unterdrückte Klasse sei und ihr daher eine Avantgardefunktion in der Revolution zukomme, sind beide sich einig. (17) Ein Unterschied zwischen Newton und Cleaver tritt erst in der Bestimmung des Verhältnisses von Lumpenproletariat zur Arbeiterklasse auf. Für Cleaver ist dies Verhältnis ein unüberwindlicher Widerspruch: "The Black Lumpen ... can relate to their party, the Black Panther

(16) Allerdings meinte Cleaver mal im April 1970: "If the ... White People of America do not stand up now, ... then Black People will have to go it alone and step forward alone. This will mean the end of our dream for the Class War which America needs and the beginning of the Race War which America cannot endure" (BPS S.119).

(17) Die Frage, was genau mit dem Lumpenproletariat gemeint ist, bedarf zweifellos einer genaueren Untersuchung. Die entscheidende Frage ist, ob diese Schicht von Dauerarbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern ein Lumpenproletariat im klassischen Sinn ist, d.h. sich aus Elementen untergehender Klassen zusammensetzt, oder ob es sich tatsächlich um ehemalige Arbeiter handelt, die aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert wurden. Es ist klar, daß die Gettobevölkerung, wie auch die Gruppen von armen Weißen, sich historisch aus ehemaligen Landarbeitern und kleinen Bauern aus dem Süden zusammensetzt, doch ist zu berücksichtigen, daß die Radikalisierung des Gettos zu einem Zeitpunkt einsetzte, wo die Wanderungsbewegung schon zurückgegangen war und die angestammte Gettobevölkerung dort schon seit mindestens drei Generationen lebte.

Party, but they cannot relate to the working class. From their perspective, the Working Class is part of the problem - at least the right wing of the Working Class. The contradiction between the Lumpen Proleatriat and the right wing of the Working Class is qualitatively indistinct from the contradiction between the Lumpen and other categories of pigs," schreibt Cleaver im Juni 1970 in "Method, Time, and Revolution" (TBP , 2.1.71). Seine Schrift "On the Ideology of the Black Panther Party", etwa aus derselben Zeit, ist eigentlich nichts weiter als eine Sammlung von arbeiterfeindlichen und antikommunistischen Äusserungen, die sich beim näheren Hinsehen nicht als lumpenproletarische, sondern als bürgerliche Vorurteile entlarven: "In a highly mechanized economy, it cannot be said that the fantastically high productivity is the product solely of the Working Class. Machines and computers are not members of the Working Class, although some spokesmen for the Working Class, particularly some Marxist-Leninists , seem to think like machines and computers."(S.9)

Newton, andererseits, hält die Widersprüche zwischen Lumpenproletariat und Arbeiterklasse nur für ein Resultat der Unterdrückungspolitik der herrschenden Klasse: "As far as Blacks are concerned, of course, we're at the very bottom of this ladder, we're exploited not only by the small group of ruling class, we're oppressed, and repressed by even the working class Whites in the country. And this is simply because the ruling class, the White ruling class uses the old Roman policiy of divide and conquer. In other words, the White working class is used as pawns or tools of the ruling class, but they too are enslaved" (TBP, 6.12.69/ BPS, S.71). Daraus, daß das Proletariat eine untergehende Klasse sei, leitet Newton in seiner Bostoner Rede ab, daß das Proletariat eben als zukünftiges Lumpenproletariat der wichtigste Bündnispartner der BPP sei. "In the Soviet Union, in 1917, the Soviet Union was basically an agricultural society, that of a very large peasantry. There was a set of social conditions existing there at that time that were responsible for the development of a small industrial base... Lenin, using Marx's theory, saw the trends because he was not a historical materialist, he was a dialectical materialist, and , therefore, he was very interested in the ever changing status of things. He saw that while the proletarians were a minority at that time, in 1917, they had the potentiality to carry out a revolution because their class was on the upsurge and the peasantry was on the decline." Es folgt die oben zitierte Begründung, warum die technologische Entwicklung die menschliche Arbeitskraft mehr und mehr überflüssig mache. Newton fährt fort: "I would ask for a stipulation, that the slave class in the world has virtually been transformed into the wage slave ... If this is so, ... then it's also true that the proletarian or the industrial working class can possibly be transformed out of existence." Unter Hinweis auf die PLP geht Newton dann auf die Organisation der Industriearbeiter ein: "So I'm saying that in spite of the criticism that we've received from certain people, we would say in practice many of our activities would be the same. That is because people would not disappear, not with our survival programs they will not ... So, therefore, the Black Panther Party says it's perfectly correct to organize the Proletarians because after he's kicked out of the factory, because he'll be called unemployable or lumpen, doesn't stop or transform his interest which is to live, and in order to live he has to eat. So his best interest is to seize the machinery that he has produced so that he can produce the abundance so he and his brethren can live. Now, I'm saying, that we will not wait until the proletarian becomes the lumpen proletarian to educate him. Today we must lift the consciousness of the people so that we can get a clear picture of what is to be done."

Die kontroversen Standpunkte zwischen Newton und Cleaver in der Theorie des Lumpenproletariats sind die Fragen der Bündnispolitik. Während Cleaver die Arbeiterklasse vollständig abschreibt und alle seine Karten, wie sich in seiner Auseinandersetzung mit Leary gezeigt hat, auf die weiße Jugendkultur setzt, gibt Newtons Position der Tatsache Ausdruck, daß die Militanz der schwarzen Arbeiter nur auf dem Hintergrund der militanten Kämpfe in der community zu erklären ist; darüber hinaus hält Newtons Position immer noch die Möglichkeit einer Weiterentwicklung der BPP offen, auch wenn es offensichtlich ist, daß es ihr bislang nicht gelungen ist, schwarze Arbeiter für längere Zeit zu organisieren. Das Lumpenproletariat, das, auch wenn es in der nächsten Zeit zahlenmäßig zunehmen sollte, niemals eine selbständige Klasse bilden kann, wird der wichtigste Bündnispartner der Arbeiterklasse in ihren kommenden Klassenkämpfen sein. Es wird nicht zuletzt von der Entwicklung der BPP abhängen, ob und unter welchen Umständen dieses Bündnis zustande kommt.

c. Bewaffneter Kampf

Es hat sich in der bisherigen Gegenüberstellung der Auffassungen Cleavers und Newtons gezeigt, dass die hauptsächlichen kontroversen Standpunkte die Fraae des Verhältnisses zwischen den nationalen Befreiungskämpfen und den Klassenkämpfen in den Metropolen und der Bündnispolitik umfassen.

Daß diese Fragen nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen während der Spaltung standen, lag daran, dass die Spaltung sich an der Alternative bewaffneter Kampf im Untergrund - politische Arbeit in der Öffentlichkeit entzündete. Diese Frage war allerdings auf beiden Seiten bislang nicht als Alternative angesehen worden. Noch vom 16. - 30.1. wurde in drei Folgen in TBP ein Artikel von Don Cox abgedruckt "Organizing Self-Defense Groups", in dem Cox die Organisation von Gruppen von vier bis sechs Mitgliedern vorschlägt, die unabhängig voneinander operieren sollen. Auch nach der Spaltung war in TBP noch von diesen Selbstverteidigungsgruppen die Rede; nur sind seit dem 27.3. alle militärischen Symbole in TBP verschwunden.

Die kontroverse Frage war immer schon die nach dem Verhältnis zwischen einer Untergrundarmee und der öffentlichen Parteiarbeit. Cleaver forderte schon 1969 die Aufstellung eines militärischen Arms der Partei (Algier, S.50), während Newton in seinem Aufsatz "The Correct Handling of a Revolution" erklärte, die Partei gehe erst dann in den Untergrund, wenn sie dazu gezwungen werde (TBP, 18.5.68/BPS, S.43). Daß dieser Unterschied nun zum Hauptauseinandersetzungspunkt der Spaltung wurde, kann wohl nur auf dem Hin-

tergrund der internen Fraktionsbildungen 1970 erklärt werden.

d. "Survival Pending Revolution"

Diese jüngste Formel in der Ideologie der BPP war auf dem RPCC in Philadelphia und Washington abgeleitet worden. Die Formel selber taucht zum erstenmal in TBP vom 9.1.71 auf. Dort schreibt Gwen Hodges vom Central Headquarters in Oakland: "The overthrow of one class by another must be carried out by revolutionary violence. Until this stage is achieved, we must concentrate on the immediate needs of the people ... We have been doing this through our liberation schools, free breakfast programs, child care centers, bussing programs (people are able to visit members of their families in prison) and clothing programs. We will also now move forward to institute a shoe shop." Bobby Seale hat offensichtlich im Gefängnis ein neues Wohnungsprogramm entwickelt, und daß "survival" stillschweigend auch ein Selbstverteidigungsprogramm einschließt, kann wohl von niemandem bezweifelt werden.

Zwei Überlegungen haben zum Ausbau dieser Programme geführt:
1. Da die Metropolen die letzten Bastionen sind, die im weltweiten Befreiungskampf erobert werden, ist in den USA keine unmittelbare revolutionäre Situation gegeben. Zwar ist es notwendig, die nationalen Befreiungskämpfe polititisch zu unterstützen, doch müssen außerdem, angesichts der akuten Not, die Bedürfnisse der Gettobevölkerung befriedigt werden.
2. Die Partei erhält so die Möglichkeit, sich immer fester im Getto zu verankern, indem sie beweist, daß sie im Interesse des Volkes arbeitet. So ergibt sich die Gelegenheit, materielle Hilfe mit politischer Arbeit zu verbinden.

Obwohl während der Spaltung die verschiedenen Programme von der Cleaverfraktion nicht direkt angegriffen wurden - allenfalls, sie funktionierten nicht - benutzte die Parteiführung die Auseinandersetzung, um für die Programme und die neue Linie der Partei zu agitieren. Newton sagte am 5.3. in seiner Rede in Oakland über die Bedeutung der Überlebensprogramme: "The news media has attempted to discredit the Party by saying that it's over, because they don't see anyone. I think our programs are better than the Party. The communities are involved in forty-four cities. We must support these; we must expand them. Because I read an article, ... where Che had some problems in Bolivia, because the peasants were so unconscious until he could not rally them even with the "focos". They did not understand why the military, the regular military was dropping. So what did he do. He attempted to form certain programs that he called survival programs. He attempted to form a free health program in order to get the peasants inside, to help them, and also to provide things for his focos. He also took to form a free breakfast program, a free shoe factory, and a sporting good store (for obvious reasons). So programs are good. Because an act that might be revolutionary might be counterrevolutionary, if the correct preparations are not made ... I do not know one thing that is revolutionary in itself. And all things might be revolutionary in context. In other words, capitalism was revolutionary when it kicked out feudalism. And now we have a situation where the capitalists have become the imperialists, and the people of the world, of the communities of the world will have to kick them out. So in order to free Angela, Bobby, Ruchell Magee and all other political prisoners, we must kick the fascists out. And we cannot do it with lip service.

POWER TO THE PEOPLE".

Hans Martin Mumm, Chicago, 6.4.71

ZUM KLASSENKAMPF IN SCHWEDEN

Mit den folgenden kurzen Beiträgen geben wir der ZENIT-Gruppe Gelegenheit, ihre Arbeit vorzustellen. Der Artikel über den Streik der Hafenarbeiter von Ådalen gibt gleichzeitig einen Überblick über die neu entstehende Arbeiterbewegung in Schweden. Mit dem Beitrag "Kapitalismus im Walde", Teil einer ZENIT-Sonderbroschüre, die anläßlich des kürzlich durchgeführten Waldarbeiterstreiks geschrieben wurde, sollen beispielhaft die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse in einem Entvölkerungsgebiet Schwedens beleuchtet werden. Die Redaktion.

ZENIT ist eine nordische revolutionäre Zeitschrift mit Schwerpunkt in Schweden. Die Zeitschrift ist auf der Grundlage von vier Redaktionen organisiert: in Stockholm, Göteborg, Lund und Kopenhagen sowie einem Kontaktmann in Helsinki. Ihr redaktionelles und administratives Zentrum liegt in Lund, der südschwedischen Universitätsstadt. ZENIT steht auf marxistisch-leninistischem Boden, ist aber weder Sprachrohr noch verknüpft mit einer sog. ML-Gruppe noch irgendeiner anderen politischen Organisation.

Die Redaktion ist ein intellektuelles Kollektiv, dessen Hauptaufgabe als Kollektiv auf theoretischem und ideologischem Gebiet liegt: Gesellschaftsanalyse und -kritik, marxistische Theorie, Kommentare und Reportagen, Analyse der Erfahrungen der Arbeiterbewegung und anderes. Wir sehen das als einen Beitrag zur Arbeit für eine revolutionäre kommunistische Partei. Um in dieser Hinsicht unsere Aufgaben lösen zukönnen, haben wir es für nötig gehalten, daß die Redaktionsmitglieder kontinuierlich auch an der praktischen politischen Arbeit auf verschiedenen Gebieten teilnehmen: in der Studentenbewegung, in der Solidaritätsbewegung mit den "wilden" Streiks, in der antiimperialistischen Arbeit, in der kommunistischen Organisationsarbeit etc. In Schweden ist die kommunistische Partei, die VPK, so aufgebaut, daß es einer revolutionären Opposition möglich ist, dort zu arbeiten, und mehrere Redaktionsmitglieder nehmen an ihrer Arbeit teil.

ZENIT ist deshalb keine rein intellektuelle Gruppe.

ZENIT ist aber auch nicht eine politische Gruppe mit einem fertigen Programm oder mit der Ambition, den Kern einer künftigen Partei zu bilden. Wir haben eine kritische Haltung gegenüber den neuen revolutionären Kleingruppen, wovon es in Schweden ungefähr ein halbes Dutzend gibt. Soviel wir beurteilen können, können diese nicht das revolutionäre Organisationsproblem lösen: sie haben eine sehr wichtige Rolle gespielt bei der Aktualisierung der revolutionären Theorie und Politik, aber sie sind in wechselndem Maß und Proportionen allzusehr von sterilem Traditionalismus, Bücheranbetung, Sektiererei und Voluntarismus geprägt. Wir können kein fertiges Rezept dagegen setzen. Die revolutionäre Politik in den entwickelten kapitalistischen Ländern muß eine langfristige Perspektive haben. In dieser Perspektive haben wir viele unmittelbare Aufgaben, und wir können mehrere Sackgassen erkennen, aber auf lange Sicht sind viele Fragen offen.

ZENIT kam 1957 erstmals heraus und hat also als eine Zeitschrift, die in der jungen revolutionären Bewegung verankert ist, eine ungewöhnlich lange Geschichte. Während dieser Zeit hat sich der Charakter der Zeitschrift von Grund auf geändert. ZENIT begann als eine syndikalistische Jugendzeitschrift, wurde aber zu Beginn der sechziger Jahre immer mehr von der linkssozialistischen neuen Linken in Europa geprägt und bald deren Ausdruck: New Left Review, André Gorz, International Socialist Journal gaben wichtige Impulse. 1967 wurde die organisatorisch-juristische Grundlage geändert, und ZENIT wurde eine nordische Zeitschrift im Eigentum eines Anteilvereins. Im Zusammenhang mit dem Aufschwung der revolutionären Studentenbewegung und den aufflammenden revolutionären Kämpfen in anderen Ländern - Asien, Lateinamerika, die Mai-Ereignisse in Frankreich - wurde die Linie der Zeitschrift immer eindeutiger revolutionär. Die allgemein revolutionäre Haltung wurde zu einer leninistischen Position präzisiert - deren erster umfassenderer Ausdruck in der Zeitschrift ein paar größere, im Frühjahr 1969 publizierte Artikel waren.

Einige Worte zu dem, was ZENIT und seine Redaktion veröffentlicht haben. Schon zu Beginn der sechziger Jahre ist die Zeitschrift stark internationalistisch orientiert gewesen und hat für die Einführung der internationalen Debatte in Schweden eine bedeutende Rolle gespielt. Während des letzten Jahres haben wir den Althusser-Kreis bekanntgemacht, dessen rigoros leninistische Lesart des Marxismus viele von uns anzuwenden versuchen, desgleichen Il Manifesto. Eine unserer theoretischen Hauptaufgaben war und ist, das Spezifische im schwedischen Kapitalismus und in der schwedischen Sozialdemokratie zu analysieren. Diese Probleme haben wir unter verschiedenen Aspekten in einer langen Reihe von Artikeln aufgegriffen. In der folgenden Auswahl findet sich eine Zusammenfassung eines Teils der bisherigen Resultate - es ist ein Text, den ein Genosse der Redaktion in einer Debatte in einer anderen Zeitschrift veröffentlicht hat. Unter unseren Beiträgen zur mehr unmittelbaren politischen Diskussion finden sich im letzten Jahr vor allem drei Themen: übersichtliche Analysen der schwedischen Linken und der Geschichte der Kommunistischen Partei, Studien über das Ausbildungssystem und die -politik sowie Berichte und Analysen der Streikbewegung. Zwei davon sind in Buchform im Verlag NK unter dem etwas überschwenglichen Titel "Spontaneität und Massenaktion im 'Wohlfahrtsstaat'" veröffentlicht worden. Alle diese Berichte sind in enger Zusammenarbeit mit Genossen aus dem Kreis der betroffenen Arbeiter gemacht worden.

Ein gewisses Bild von ZENIT geben auch Texte der Redaktionsmitglieder, die in ausländischen Zeitschriften veröffentlicht worden sind, z.B. Pertti Hynynen über die finnische Volksfrontregierung (New Left Review, Les Temps Modernes, Il Manifesto und in westdeutschen Raubdrucken), Gunnar Persson über die Sozialdemokratie und den Imperialismus (Tricontinental), Göran Therbon: Von Petrograd nach Saigon (Tricontinental, NLR, TM), Kritik der Frankfurter Schule und Habermas' (NLR, in Buchform in Italien und anderen Ländern). (Für diese Texte sind aber die Verfasser individuell verantwortlich).

Schließlich Dank den Genossen im Neuen Roten Forum und den Wunsch nach besseren Kontakten zwischen den Genossen in Westdeutschland und uns. Unsere Hauptadresse ist: ZENIT, Box 1156, 22105 Lund 1, Schweden; Tel. 046/13 37 66.

Lund, 8.4.71
ZENIT

STAUERSTREIK ÅDALEN 70

Diese drei Wörter geben drei Zusammenhänge für den Ådalenstreik, dessen Hintergrund und Bedeutung. Er ist ein Glied im Kampf der Hafenarbeiter gegen ihre extreme Unsicherheit in der Arbeit und im Einkommen. Der Streik findet statt in Ådalen, dessen Charakter einer ausgeplünderten Kolonie und eines Entvölkerungsgebietes die Verhältnisse der Stauer geprägt hat. Ådalen 70 führt die Gedanken auch zu Ådalen 31 und zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen dem damaligen und heutigen Kapitalismus. Zum dritten reiht sich dieser Streik ein in die neue Entstehung von Klassenbewußtsein an den Arbeitsplätzen, die direkte Demokratie und den Kampf, dem die Hafenarbeiter in Göteborg und die LKAB-Arbeiter im Winter 1969/70 eine Bresche geschlagen haben (zu letzterem s. das in der ZENIT-Vorbemerkung zitierte Buch im Verlag NK, die Übers.).

VON ÅDALEN 31 ZU ÅDALEN 70

Alter und neuer Kapitalismus

Recht viel hat sich in Ådalen wie im übrigen Land seit den 30iger Jahren geändert. Aber die Unternehmen

und ihre Profitinteressen bestehen und werden in neuen Formen entwickelt. Die Betriebe werden zu einem immer stärker gekennzeichneten Monopolkapitalismus konzentriert. In der Waldindustrie von Ådalen gibt es jetzt drei große Unternehmen, und bald werden es nur noch zwei sein, da SCA (Svenska Cellulosa Aktiebolaget) ihre Zellulosefabrik in Kramfors stillegt, um stattdessen im Ausland zu investieren, u.a. in einem großen westdeutschen Papierunternehmen. (Vorher hat SCA eine große mißlungene Investition in Kanada unternommen.) In einem 1927 herausgegebenen Handbuch von ASAB (Ångermanälvens Stuveri Aktiebolaget) über Ångermanälvens Verschiffungsverhältnisse sind etwa 50 Waldindustrien verzeichnet. Im Juni dieses Jahres blieben SCA's Sägen in Marieberg zum letztenmal stehen. "Wir sind hilflos gegen die Großunternehmen", sagten die sog. freigestellten Arbeiter zu Journalisten.

1931 befand sich Ådalen in einer ernsten ökonomischen Krise. Eine Krise herrscht dort auch 40 Jahre später. Ådalen ist gewiß keine blühende "Mischökonomie". Aber heute ist die Krise eine andere als damals. Birger Norman (schwed. sozialistischer Schriftsteller, die Übers.) hat in seinem ausgezeichneten Buch "Ådalen 31" die damalige ökonomische Situation in Ådalen in ein paar kurzen Sätzen treffend gekennzeichnet: "Export in Reinkultur durch und durch. Die Industrien auf beiden Seiten des Flusses in einem schmalen Band, eine dünne überempfindliche Region zwischen dem Bauernland und dem Weltmarkt. Die Krisen der Weltökonomie schlagen unmittelbar und verheerend in die Ortschaften von Ådalen."

Heute geht es nicht in erster Linie um die Empfindlichkeit der schmalen Exportregion gegen die Schwankungen der Konjunktur. Es sind nicht die ökonomische Struktur als solche und die Schwankungen, die die Krise ausmachen. Das Wirtschaftsleben und die Beschäftigung in Norrland und anderen Entvölkerungsgebieten befinden sich in einer immer schlimmeren Krisensituation. Unternehmen und Branchen werden ganz oder teilweise stillgelegt, und die Unternehmen konzentrieren sich auf einige wenige Expansionsgebiete. Ådalen und das umliegende Waldgebiet stehen heute als eine ausgeplünderte Waldkolonie da. Die Rohstoffe sind dem Raubbau ausgesetzt worden - SCA begründet ihre Investitionen in Westdeutschland mit Rohstoffmangel in Norrland. - Die ökonomischen Booms sind gekommen und gegangen, ohne eine ökonomische Entwicklung zu schaffen. - Auf ungefähr dieselbe Weise wie das Rohgummi und der Zuckerrohranbau in NO-Brasilien sind in Ådalen erst Sägewerke, dann die Zellulosefabriken gekommen, verschwunden und haben das Gebiet verarmt und unterentwickelt gelassen.

Der dritte Aspekt des neuen Kapitalismus, den man bei einem Vergleich mit den 30iger Jahren feststellen kann, ist, daß auf die Konjunkturkrisen eine Strukturkrise folgte. Die Situation in Ådalen, Norrbotten und anderen Entvölkerungsgebieten ist nur die eine Seite des strukturellen Ungleichgewichts und der Krise. Die neuerrichteten Slums in den Großstädten wie Tensta, Skärholmen (Stockholm), Rosengård (Malmö) und anderswo, die Verkehrs- und Umweltprobleme in den Ballungszentren und die Situation der aus den einheimischen oder ausländischen Entvölkerungsgebieten importierten Arbeiter, das ist die andere Seite.

Von der Massenarbeitslosigkeit zum Urlaubsland

Die frühen 70iger Jahre sind nicht wie die frühen 30iger Jahre eine Zeit der Massenarbeitslosigkeit. Aber wo sind die Arbeitslosen von Ådalen geblieben? Eine Vorahnung bekommt man schon auf den Bahnhöfen Südschwedens, wo für Västernorrland als Urlaubsland Reklame gemacht wird. Die Arbeitslosen haben keine Arbeit gefunden. Sie mußten umsiedeln. Stattdessen wird Västernorrland als Urlaubswildmark für die Großstädter angepriesen. Trotz der expansiven Region von Sundsvall steht der Regierungsbezirk von Västernorrland an der Spitze der Entvölkerungsgebiete.

1930 hatte das, was jetzt der Gemeindeverband von Kramfors ist und etwas mehr als Ådalen umfaßt, ungefähr 44 000 Einwohner. Danach hat sich die Bevölkerung ständig verringert und betrug beim Jahreswechsel 69/70 29 489. Während der 60iger Jahre verringerte sich die Zahl der Jugendlichen unter 2o Jahren um 2 500, während die Zahl der Alten um 800 stieg...Die statistischen Prognosen sprechen von einer fortschreitenden Entvölkerung während der 70iger Jahre.

Nicht nur das alte Industriegebiet längs dem Ångermanfluß breitet sich als Urlaubsland aus. Ein ausgezeichnetes Beispiel des Kapitalismus von heute bietet die Behandlung der Waldarbeiter durch SCA. Nachdem man lange zu rationalisieren unterlassen hatte, u.a. deshalb, weil man billige Arbeitskräfte in Form von Leuten hatte, die ein Stück Land vom Betrieb gepachtet hatten und die im Winter als Lohnarbeiter im Wald arbeiteten, nahm der Betrieb gegen Ende der 60iger Jahre Massenentlassungen vor und automatisierte gewaltig. Ganze Dörfer, die vom Betrieb abhängig waren, gingen unter. Innerhalb von drei Jahren seit 1966 verringerte der SCA-Konzern die Zahl der Beschäftigten um 3 000 von etwas über 14 000 auf gut 11 000. Der SCA-Chef, der ehemalige Innenminister Mossberg, dankte den "weitsichtigen" Gewerkschaftlern, die die Art der betrieblichen Rationalisierung akzeptiert hatten. Dieses Jahr (1970) importierte SCA Waldarbeiter aus Finnland, um mit dem Fällen nachzukommen. Die alten Arbeiter, die sich für SCA ruiniert hatten, blieben entlassen und arbeitslos.

In Ådalen gibt es Lokalisierungspolitik (staatliche Investitionshilfe, die Übers.), wie in anderen Entvölkerungsgebieten. Die Lokalisierungspolitik verhält sich zur Unterentwicklung und der Entvölkerung wie die Mischökonomie zum Kapitalismus im allgemeinen. Sie verändert nichts in der grundlegenden Tendenz. Die Bevölkerungsstatistik zeigt, daß in keiner Periode der Geschichte die Entvölkerung um Kramfors so schnell zunahm wie seit 1965, als die Regierung mit der Lokalisierungspolitik anfing. Diese Politik hat Illusionen geschaffen, die nicht nur eine fundamentale sozialistische Lösung, sondern auch unmittelbare praktische Maßnahmen verhindert haben. In einer Anfrage der sozialdemokratischen Bosse von Västernorrland im Reichstag am 16.10.1968 heißt es: "Daß während der letzten Jahre nicht mehr Unternehmen mit anderen Rohstoffbasen als Wald und Holz mit staatlicher Hilfe nach Ådalen verlagert worden sind, hängt u.a. damit zusammen, daß SCA bei verschie-

denen Gelegenheiten die Absicht erkennen ließ, eine große industrielle Einheit in diese Gegend zu verlegen, die auf entscheidende Weise hätte helfen können, das Beschäftigungsproblem zu lösen."

Die große Industrieeinheit, von der die Herren gesprochen haben, war eine große Papierfabrik, deren Bau SCA in Aussicht gestellt hatte. Im Herbst 1968 teilte der Betrieb mit, statt einer Papierfabrik sollte eine Wellpappefabrik errichtet werden - in Järfälla bei Stockholm!

Das rote Ådalen nach dem Jahr der Niederlage

Ådalen, das ist auch das rote Ådalen. Da gab es keine patriarchalischen Betriebstraditionen. Die Arbeitskäufer gingen gewaltsam vor, besonders innerhalb der Zelluloseindustrie. Das Leben der Arbeiter war hart und arm. Im Frühjahr 1917 gab es große Hungerdemonstrationen. Bei der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im selben Jahr waren die Parteibezirke Västernorrland und Norrbotten die einzigen ganzen Bezirke, die nach links gingen. In der Satzung der für dieses Gebiet wichtigen Papierindustriearbeitergewerkschaft stand von 1920 bis 1933, daß der Verband für "die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung als einer revolutionären Klassenkampforganisation" arbeiten sollte, "deren Aufgabe es ist, die ökonomische Ausbeutung durch die direkte Kontrolle der Arbeiter über die Produktion und den Umsatz abzuschaffen, bis hin zur Übernahme der Produktionsmittel".

Die Linkssozialdemokraten gingen 1923 zur SAP zurück, und die Kommunisten blieben bei der Parlamentswahl in Ådalen eine klare Minderheit. Aber durch ihre Aktivität und ihren Kampf für die Interessen der Arbeiter spielten sie eine bedeutende Rolle.

Die Ereignisse in Ådalen 1931, als fünf Arbeiter vom Militär erschossen wurden, als das Feuer auf eine Demonstration gegen den Import von Streikbrechern eröffnet wurde, war kein isolierter tragischer Zwischenfall. Das bedeutete auf lange Zeit eine entscheidende Niederlage für den Kampf der Arbeiter um bessere Bedingungen und eine neue Gesellschaft.

Der reformierte Kapitalismus seit Mitte der 30er Jahre brachte einen erheblich erhöhten Lebensstandard. Aber die Entwicklung vollzog sich über die Köpfe der Arbeiter hinweg, und ohne ihre Mitwirkung und Kontrolle. Das neue System wurde durch Kuhhandel zwischen sozialdemokratischer Leitung und den Führern der bürgerlichen Parteien, in Mauschelverhandlungen zwischen LO- und SAF-Leitung beim Saltsjöbads-Abkommen (1), Donnerstagsklubs, Harpsundstreffen (2) und gemeinsamer "wirtschaftspolitischer Initiative", von Regierung und Monopolkapital errichtet. Die Übereinkommen auf der höchsten Ebene von Monopolkapital und sozialdemokratischer Führung drangen danach in die LO und SAP herab.

Es ist das Bündnis von Sozialdemokratie und Monopolkapital, das das "moderne Schweden" geschaffen hat, das Schweden nach Ådalen 1931. Von ihrem Standpunkt aus brauchen sich die sozialdemokratischen Führer wegen dieses Bündnisses nicht zu schämen. Es war die Grundlage für eine Verbindung von kapitalistischer Effektivität, erhöhter Produktion, Frieden auf dem Arbeitsmarkt, gewissen sozialen Reformen und einem dauerhaften Innehaben der Regierungsmacht durch die Sozis, eine Verbindung, die die schwedische Gesellschaftsentwicklung bis in die letzten Jahre hinein gekennzeichnet hat. Aber für die Arbeiter ist es eine Periode gewesen, in der die Parole galt, arbeiten (zeitgestoppt), konsumieren und schweigen. Während der sechziger Jahre haben die Arbeiter eine weitere Verhaltensmaßregel bekommen: Umsiedeln! Wallenberg macht die Ökonomie und "unser effektives Wirtschaftsleben". Die Tarifverträge macht die LO. Die Politik machen die Abgeordneten und die Gemeinderäte.

Nirgendwo ist der Knacks, den die Bemühung der Arbeiterklasse, ihre eigene Gesellschaft zu verwirklichen, zu Anfang der dreißiger Jahre bekam, so stark gewesen wie in Ådalen. Ein Arbeiter berichtet: "Die Leute wurden passiv. Die Industrie wurde von Kommunisten gesäubert. Die Sozis und die Arbeitgeber-Kapitalisten wollten die SKP (die heutige VPK , d.Üb.) zerschlagen, und die Zusammenarbeit begann. Die Leute hielten sich von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit fern. Die hatten einen Knacks weg. An Weihnachten 1931 wurden auf Svanö 32 Familienversorger entlassen, zu Neujahr 32 bekamen nochmals soviel ihren Entlassungszettel."

Nach der Ermordung der Arbeiter durch das Militär waren nicht nur die Bürger, sondern auch die sozialdemokratische Führung und Presse zu einem rasenden Angriff übergegangen, weniger auf das Militär, als vielmehr - auf die Kommunisten! Mit derselben Logik, mit derPalme und andere heute diejenigen angreifen, die gegen den "sympathischen" Napalm-Botschafter Holland (schwarzer US-Botschafter in Schweden; d.Üb.) demonstrieren und sogar Eier werfen, sagte damals der LO-Vorsitzende: "Man hat gefragt, welches der Unterschied in der Mentalität und Rechtsauffassung ist zwischen denjenigen, die gewaltsam gegen die Streikbrecher aufgetreten sind, und denjenigen, die auf die Demonstranten geschossen haben Von meinem Standpunkt aus müssen beide Ereignisse gleichermaßen verurteilt werden." Recht und Rechtsauffassung von Arbeiterklasse und Bourgeoisie waren unterschiedlich, aber zwischen den beiden zu unterscheiden, kann für einen LO-Vorsitzenden ja schwer sein.

...

Die neue Bewegung, die mit den Streiks im Winter 1969/70 entstand, bricht - wie die Vietnam-Bewegung, die Studentenbewegung, der Kampf für die Befreiung der Frau und die Aktionen gegen die Entvölkerungspolitik und Großstadtplanung - mit dem Typ von politischer und gewerkschaftlicher Arbeit, der in Schweden seit den dreißiger Jahren geherrscht hat. Sie bricht mit dem Niedergeschlagensein, der Anpassung, dem Vertrauen in die Spielregeln und dem guten Willen des reformierten Kapitalismus.

Einer der Anführer des letzten Streiks in Ådalen drück-

te diese Befreiung ungefähr mit denselben Worten aus wie die Grubenarbeiter von LKAB bei ihrem Streik: "Es ist das erste Mal in den zwanzig Jahren, die ich als Stauer arbeite, daß wir über uns selbst bestimmen können. Vorher mußten wir immer mit dem Papier, das wir aus Stockholm bekamen, zufrieden sein. Manchmal ist uns ein Vorschlag für einen Tarifvertrag zur Abstimmung vorgelegt worden, aber auf unseren Standpunkt hat man wenig gehört. Jetzt sind wir als mitbestimmender und entscheidender Part dabei. Wir haben unseren Menschenwert wieder erhalten."

Daß es die Stauer waren, die an der Spitze von Ådalen 1970 gingen, war ziemlich natürlich: teils vor dem Hintergrund des Kampfes unter den Stauern anderswo (vor allem Göteborg Herbst 1969, d.Üb.), teils vor dem Hintergrund dessen, daß während der Jahre des Niedergeschlagenseins das rote Ådalen unter den Stauern am besten die Farbe behalten hat. Seit den vierziger Jahren hat die SAP nicht einmal den Versuch unternehmen können, die Kontrolle über die Abteilung 40 der Transportarbeitergewerkschaft zu erlangen (übrigens ist es dieselbe Abteilung, die 1931 die große Protestveranstaltung gegen die Streikbrecherei veranstaltet hat). Im Streikkomitee und unter den Streikenden hat es auf radikaler Grundlage eine solide Einigkeit gegeben, ohne Rücksicht auf die verschiedenen parteipolitischen Auffassungen.

Welche Wirkung kann der Stauerstreik auf die anderen Arbeiter in Ådalen und in den umliegenden Gebieten in ihrem Kampf um gewerkschaftliche Forderungen und im Kampf gegen die Unternehmerherrschaft und die Entvölkerungspolitik haben? Diese Frage kann jetzt nur gestellt, nicht beantwortet werden. Aber die Stauer haben von anderen Arbeitern in diesem Gebiet eine umfassende solidarische Unterstützung bekommen. Die Klassensolidarität hat sich als stärker erwiesen als der Versuch der antikommunistischen Splitterung seitens der Gewerkschaftsbürokraten.

Die neue Arbeiterbewegung

Die Streikbewegung, die im November 1969 von den Hafenarbeitern Göteborgs eingeleitet wurde, ist fortgesetzt worden. Selbst zwischen dem LKAB - und dem Ådalen-Streik hat es mehrere Streiks von Bedeutung gegeben. Große Gruppen von Waldarbeitern in Norrland streikten mehrmals, Holzfahrer in Westschweden streikten bis zu drei Wochen, Fahrer in Göteborg, Örebro und Östersund etc. So gut wie alle Streiks sind erfolgreich gewesen. Auch bei LKAB wird der Kampf fortgesetzt, da die Unternehmensleitung stur wie vor dem Streik weitermacht.

Wie die Streikbewegung ihren Hintergrund darin hat, daß die Politik der Klassenkooperation der dreißiger Jahre sich selbst untergraben hat, kommt gut in einer Äußerung heraus, die das Streikkomitee in Ådalen veröffentlicht hat. Die Funktionäre in der Arbeiterbewegung haben so gut mit den Arbeitskäufern zusammengearbeitet, daß sie den Kontakt mit den Arbeitern, ihr Vertrauen und damit die Kontrolle über sie, verloren haben: "Wenn wir Niedrigentlohnten mit unsicherem Einkommen den Kampf um bessere Bedingungen aufnehmen, machen wir das aus einer Unterlegenheit heraus; sowohl die Arbeitgeber wie die Gewerkschaftsfunktionäre haben, verglichen mit uns, so verschiedene Einkommen und Arbeitsverhältnisse, daß ihnen die Voraussetzungen fehlen, um uns verstehen zu können. Man kann nicht erwarten, daß wir immer die Prinzipien und Spielregeln anwenden, über die sich andere geeinigt haben, daß wir sie anwenden sollen. Wenn wir es satt haben, daß uns jemand von oben bessere Verhältnisse geben will, bleibt nichts übrig, um uns Respekt zu verschaffen und um zu zeigen, daß auch unsere Arbeit gesellschaftlich wichtig ist, als eben-Streik".

Es ist nicht eine Frage einzelner Gruppen und Minderheiten, die es schwer haben, wie einTeil der Bourgeoisie das ganze hat hinstellen wollen. Es ist auch nicht die Frage kommunistischer Verschwörungen, wie ieh die LO - SAP-Funktionäre und die Rechte behauptet haben. Die Verschwörungstheorien sind eigentlich unerhört entlarvend. Sie zeigen, wie beinahe unglaublich wenig die Herren über die Verhältnisse der Arbeiter heute wissen. Es gibt eine wahre Geschichte von Palme, die einer seiner Partei- und persönlichen Freunde erzählt hat. Im Dezember 1969 war Palme felsenfest davon überzeugt, daß der Grubenstreik ein kommunistischer Coup war. Der endgültige Beweis dafür war die Reise der Zenit-Delegation rauf ins Erzgebiet am 11.Dezember 1969!

Es ist nicht die Frage von behinderten und ausgestoßenen Minderheiten. Es ist auch nicht eine Frage von Coup und Verschwörungen. Es ist die Frage von Klasse und Klassenkampf.

Solidarität im Kampf oder Solidarität in der Mäßigung

Was vor sich geht, wird in der folgenden Äußerung der Ådalen-Stauer klar ausgedrückt: "Ein neuer Kampfgeist und eine neue Solidarität wächst aus der Arbeiterklasse empor. Daß die Streikkomitees die Unterstützung der Arbeiter haben, zeigen die mehreren Millionen Kronen, die von über einer Million Arbeitern für das Streikkomitee in Kiruna gesammelt worden sind. Trotz Urlaubsruhe fließen Tausende von Kronen jeden Tag in unseren kleinen Streik."

Nach Ådalen ist von vielen Seiten Geld gekommen: von den Hafenarbeitern in den meisten Häfen, von vielen verschiedenen Arbeitergruppen in Norrland, von sozialistischen Studenten und vielen anderen. Die interessanteste und wichtigste ist doch die Unterstützung durch die Grubenarbeiter in Norrbotten und die Hafenarbeiter in Göteborg und Stockholm gewesen. Sie haben für sich Zeitlohn erkämpft und recht ansehnliche Lohnerhöhungen. Aber damit haben sie sich nicht zufriedengegeben. Sie haben ihren Kampf nicht als den einer einzelnen Arbeitergruppe für ihre unmittelbaren Interessen aufgefaßt, sondern sie haben sich als den Teil einer Klasse mit gemeinsamen Interessen und gemeinsamem Kampf verstanden.

Damit haben sie auf eine andere Art solidarischer Lohnpolitik als die der LO-Leitung hingewiesen. Die letztere ist eine "Solidarität" der Mäßigung. Diese sog. Solidarität besteht darin, daß ein Teil der Arbeitergruppen ihre Forderungen zurückhalten. Das nennt man Solidarität mit den Niedrigentlohnten, aber wieviel Bauhernn z.B. geben einen Zuschlag auf die Löhne der Textilarbeiter, weil die Bauarbeiter zurückhaltend sind? Eigentlich ist es eine Frage der Solidarität mit den reichsten Unternehmen und den Arbeitskäufern.

Die Hafen- und Grubenarbeiter weisen auf eine ganz andere gewerkchaftliche Linie hin: Abstimmungen und Vollversammlungen mit Beschlüssen nach demokratischer Ordnung aller betroffenen Arbeiter; Kampf für die Forderungen der Arbeiter; aktive solidarische Unterstützung für andere Arbeiter in ihrem Kampf. Diese Linie steht gegen die "kleinen Verhandlungsdelegationen" und das Vetorecht (der Gewerkschaftsleitungen bei Abstimmungen, d.Üb.), die Zurückhaltung und Rücksicht auf die Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft, die ständig verschlossen gehaltenen Milliarden-Konfliktfonds, die antikommunistische Beschmutzung und die Verhandlungsverweigerung.

Die Hafenarbeiter in Göteborg, ungefähr tausend Mann, schickten 55000 Kronen an die Grubenarbeiter während deren Streik. Sie haben mehrere größere Sammlungen für die Genossen in Ådalen gemacht. Die LKAB-Arbeiter haben von den gut 700000 Kronen, die noch in ihrer Streikkasse waren, zweimal 150000 an die Stauer von Ådalen geschickt. Mehrere Grubenarbeiter haben die Errichtung eines Fonds vorgeschlagen, in den die Arbeiter jeden Monat einen gewissen Betrag zahlen sollen. Der Fonds sollte für die Unterstützung des Kampfes anderer Arbeiter verwendet werden, da die gewöhnlichen Beträge für andere Zwecke benutzt zu werden scheinen.

Vortrupp einer neuen Arbeiterbewegung

Die Stauer von Ådalen sprechen manchmal ein bißchen selbstironisch von ihrem "kleinen" Streik. Es sind ja nur 78 Mann, die streiken. Aber vor dem Hintergrund der Streikbewegung insgesamt hat er eine weit größere Bedeutung, als diese Zahl hätte vermuten lassen können. Nach den Streiks des Herbstes und Winters 1969/70 ist klar, worum die Sache geht, und der Ådalenstreik ist der Schnittpunkt zweier gewerkschaftlicher Linien gewesen.

Deshalb haben die zentralen Arbeitgeberorganisationen große Summen zur Niederschlagung der Arbeiter aufgewandt. Deshalb hat sich die Transportgewerkschaftsleitung offen auf die Seite der ersteren gestellt. "Wir sind derselben Auffassung wie die Arbeitgeberseite, wenn wir während eines gesetzwidrigen Streiks nicht verhandeln wollen." Es sind also mächtige Interessen, die sich gegen die 78 Stauer von Ådalen gestellt haben.

Aber genau deshalb haben sie auch trotz Sommer- und Urlaubsruhe eine so bedeutende Unterstützung von anderen Arbeitsgruppen bekommen (und von Gruppen sozialistischer Studenten). Der Ådalenstreik hat die Zusammengehörigkeit von Arbeitsgruppen gezeigt, die jetzt einen Vortrupp einer neuen Arbeiterbewegung darstellen. Die Grubenarbeiter in Kiruna und Malmberget haben Solidaritätskundgebungen veranstaltet. In Göteborg und Stockholm gab es improvisierte Versammlungen an den Arbeitsplätzen im Hafen.

Es ist keine Frage einiger Verschwörungen. Es ist der Anfang einer neuen Arbeiterbewegung, die von den Arbeitsplätzen ausgeht und die demokratisch, klassenbewußt und kampfbereit ist. Es ist vor allem eine gewerkschaftliche Opposition, und in der Tarifrunde im Herbst und Winter 1970/1 wird die etablierte gewerkschaftliche Linie mit der neuen aufeinandertreffen. Allein als gewerkschaftliche Opposition wird die neue Bewegung auf die Grundlagen der Macht in der Klassengesellschaft stoßen. Als die gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter in Göteborg bei der 1. Mai-Demonstration die Parole "Bekämpft die LO-Bürokratie" riefen, wurden sie von berittener Polizei gestoppt.

Aber die neue Arbeiterbewegung ist auch jetzt schon eine antikapitalistische, sozialisitsche Opposition. In einer Äußerung des Streikkomitees von Ådalen heißt es: "Es ist eine selbstverständliche Logik, daß die einzige Grundlage für eine bleibende Verbesserung an unseren Arbeitsplätzen darin liegt, daß die selben Menschen, die den Unfall- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, auch über den Arbeitsplatz bestimmen sollen." Und es wird nach "der Befreiung der Arbeiter von der Lohnsklaverei" gestrebt.

Als Ausdruck eines Strebens für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft muß die neue jetzt hervorwachsende Arbeiterbewegung so allmählich auch eine neue Politik ausarbeiten. Eine revolutionäre Politik, die formal wie inhaltlich mit der Politik der letzten Jahrzehnte genauso radikal bricht wie die gewerkschaftliche Linie mit dem Saltsjöbads-Geist (vgl. Anm. 1) gebrochen hat.

Zenit 2.8.70

(Übers.: P.u.W.)

Anmerkungen

(1) Saltsjöbad ist ein Prominentenviertel bei Stockholm, wo 1938 im Grand Hotel die Vertreter der Zentralgewerkschaft (LO) und des Arbeitgeberverbandes (SAF) einen Vertrag u.a. zur Einschränkung des Streikrechtes schlossen. Dieses Bündnis von Gewerkschaft und Kapital bestimmte Jahrzehntelang den schwedischen Arbeitsmarkt. Daher der am Ende gebrauchte Ausdruck "Saltsjöbads-Geist" (d. Üb.)

(2) In Harpsund, der Residenz des Ministerpräsidenten, finden informelle Treffen zwischen Repräsentanten der Wirtschaft und der Regierung zur Regelung der wirtschaftspolitischen Richtlinien statt (d. Üb.).

KAPITALISMUS IM WALDE

Die Entwicklung der schwedischen Waldwirtschaft während der letzten Jahrzehnte ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie die Jagd der kapitalistischen Unternehmen nach Gewinnen den Interessen der Arbeiter völlig zuwiderlaufen. Wie in allen anderen industrialisierten Staaten ist in Schweden die Waldwirtschaft ein rückläufiger Sektor gewesen. Um die Wirkungen dieser Umstellung zu lindern, wurde eine sog. Strukturrationalisierung betrieben. Deren Früchte haben ausschließlich die Unternehmen genossen, die ihre Gewinnkurven hochschraubten, während sich die Situation der Waldarbeiter verschlimmert hat, sowohl was die Löhne als was die Arbeitsverhältnisse betrifft.

Die Beschäftigung

Die Zahl der mit Waldarbeit Beschäftigten hat sich während der letzten Jahre um durchschnittlich 12 % im Jahr vermindert. Während der 60iger Jahre haben nicht weniger als 150 000 Waldarbeiter ihren Beruf aufgeben müssen. Ein großer Teil von ihnen hatte Waldarbeit als Zweitbeschäftigung neben z.B. Landwirtschaft. Der Anteil der ganzjährig Arbeitenden ist also gestiegen. 1960 waren in der Waldwirtschaft 240 000 beschäftigt, davon nur 31 200 ganzjährig. 1970 lag die Gesamtziffer bei 90 000, während die Zahl der Ganzjährigen auf 40 000 gestiegen war. Der Auszug aus der Waldwirtschaft wird während der 70iger Jahre weitergehen. Die Arbeitsmarktverwaltung rechnet in ihren Prognosen für 1975 mit 50 000 und 1980 mit 40 000 Waldarbeitern.

Produktivität und Gewinne

Die beinahe lawinenartige Verringerung der Waldarbeiterzahl hat keinen entsprechenden Produktionsrückgang bedeutet. Durch den höheren Mechanisierungs- und Rationalisierungsgrad konnte in den Jahren 1965/69 der Produktionsertrag um durchschnittlich 3 % pro Jahr vergrößert werden. Jeder Waldarbeiter produziert jetzt also bedeutend mehr als früher. Für die Periode 1950 - 80 rechnet man mit einer Verdoppelung des Holzschlages, während gleichzeitig der erforderliche Aufwand an Arbeitsstunden um 70 % sinkt. Wenn man die Produktivitätsentwicklung der Waldwirtschaft mit anderen Sektoren vergleicht, kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß die Waldwirtschaft die unvergleichbar beste Entwicklung aufweist. In der Periode 1965 - 69 stieg der Produktionsertrag pro Arbeitsstunde um durchschnittlich 12,5 % pro Jahr, während die entsprechende Ziffer z.B. für die Industrie bei 7,7 % lag.

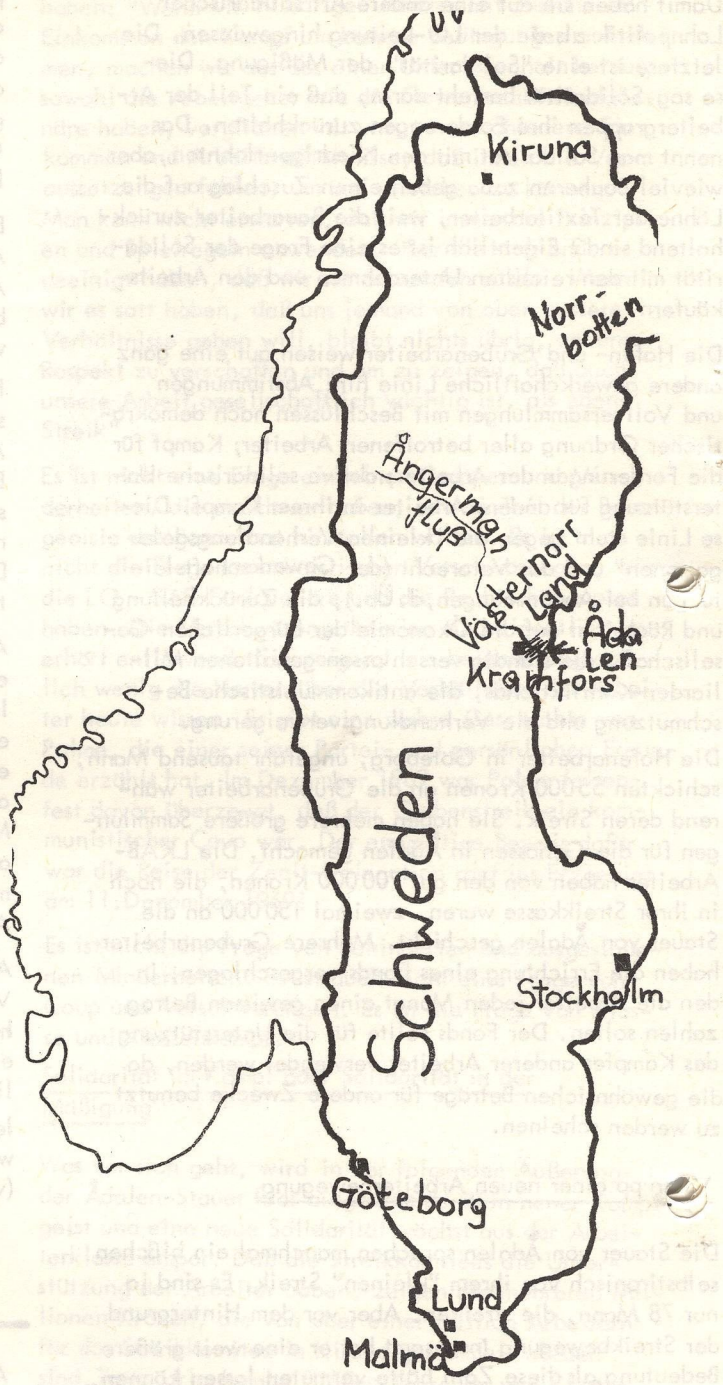
Diese Entwicklung brachte den Unternehmen einen beträchlichen Gewinnzuwachs. Die folgende Tabelle zeigt den Betriebsüberschuß und Nettogewinn nach Steuerabzug (dh. den betriebswirtschaftlich "frisierten" Gewinn, der immer eine Unterschätzung des wirklichen ist) bei den zwei grössten Holzunternehmen in Norrland, SCA (Svenska Cellulose Aktiebolaget) und Mo & Domsjö AB.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, haben sich bei beiden Unternehmen in dieser Periode sowohl der Betriebsüberschuß wie der Nettoverdienst verdoppelt.

Löhne

Für die Waldarbeiter hat diese positive Produktivitätsentwicklung keine direkt überschäumenden "Gewinne" in Form besserer Löhne oder Arbeitsverhältnisse mit sich gebracht. Die Waldarbeiter gehören immer noch zu der Gruppe der ausgesprochen Niedrigentlohnten...

Tabelle 2 zeigt den durchschnittlichen Tagesverdienst eines



		1965/66	66/67	67/68	68/69
Betriebsüberschuß (Mio. Kr.)	SCA	119	102	159	248
	MoDo	36	52	87	129
Nettogew. (versteuert)	SCA	38	15	11	351
	MoDo	- 29	-28	9	57

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Diese Reihe ist im Belletristischen auf der Höhe der Zeit und im Kritischen äußerst fortschrittlich: dies aber nicht als eine der vielen peripheren Erscheinungen modischer Orientierung, sondern im Grundsätzlichen wissenschaftlich und solid.
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Im ersten Halbjahr 1971 erscheinen folgende Titel:

Band 15 Februar 1971

H.C. Artmann das suchen nach dem gestrigen tag

oder schnee auf einem heißen brotwecken. Eintragungen eines bizarren Liebhabers.
DM 4,80

Band 16 Februar 1971

Eric J. Hobsbawm Sozialrebellen

Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 17 April 1971

Eugène Ionesco Der Schlamm/ Das große Massakerspiel

Zwei Stücke. Aus dem Französischen von Peter Gaus und Lore Kornell. Mit einer Dokumentation.
DM 7,80

Band 18 Februar 1971

H.C.F. Mansilla Faschismus und eindimensionale Gesellschaft

DM 9,80

Band 19 Februar 1971

Helga Gallas Marxistische Literaturtheorie

Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1.
DM 9,80

Band 20 April 1971

Alexander Solschenizyn Hirsch und Hure

Theaterstück.
Aus dem Russischen von Gisela Drohla.
DM 4,80

Band 21 April 1971

Georg Lukács Die Seele und die Formen

Essays. DM 9,80

Band 22 April 1971

Hannes Heer Das Ende des Reformismus

Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. DM 7,80

Band 23 April 1971

Adrian Hsia Die chinesische Kulturrevolution

Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft.
DM 9,80

Band 24 Juni 1971

Kurt Marti Abratzky oder Die kleine Brockhütte

Nachträge zur weiteren Förderung unseres Wissens.
Lexikon in einem Band
DM 4,80

Band 29 April 1971

Hans G Helms/ Jörn Janssen Kapitalistischer Städtebau

Ungekürzte Sonderausgabe. DM 7,80

Band 25 Juni 1971

Jürgen Habermas Strukturwandel der Öffentlichkeit

Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 26 Juni 1971

Miguel Angel Asturias Weekend in Guatemala

Acht Novellen.
Deutsch von Lene Klein.
DM 9,80

Band 27 Juni 1971

Michael Scharang Zur Emanzipation der Kunst

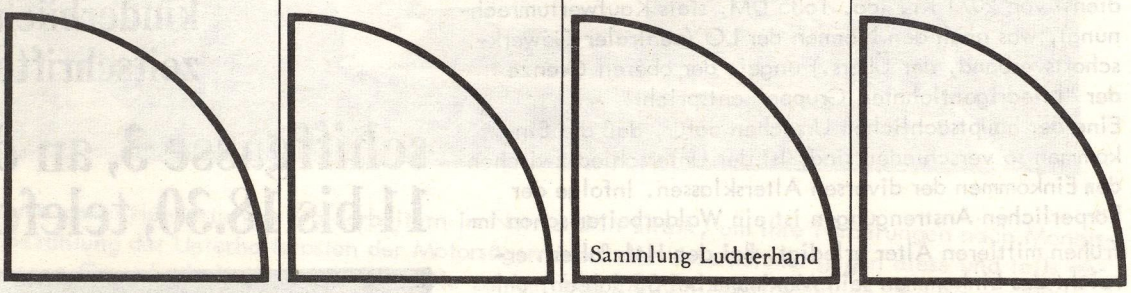
Essays. DM 4,80

Band 30 Juni 1971

Jean-Paul Sartre Intellektuelle in der Revolution

Deutsch von H. v. Nussbaum. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten sie in Ihrer Buchhandlung.



Holzfällers in Nordschweden (ohne km-Geld, Tagegeld, etc.):

	1965	1966	1967	1968
Kr.	72	82	92	100

Die wirklichen Zahlen liegen niedriger, da die Tabelle Holzfäller betrifft, die sich eine eigene Motorsäge halten. Zieht man die Unkosten dafür ab (13 % vom Bruttolohn), bleiben für 1968 100 - 13 % = 87 Kr. (ca. 43 DM, Kaufkraftumrechnung), was einem Stundenverdienst von weniger als 10 Kr. (ca. DM 5.-) und einem Monatseinkommen von 1 740 Kr. (ca. DM 870) entspricht.
Um ein vollständiges Bild der Lohnsituation zu erhalten, muß man auch berücksichtigen, daß zwischen den verschiedenen Waldarbeitern die Einkommen stark differieren.
Tabelle 3 zeigt den Stunden- und Monatsverdienst 1968 (einschl. Kosten für die eigene Motorsäge) für beim Domänewerk beschäftigte Holzfäller. In der letzten Spalte sind die Kosten für die eigene Motorsäge abgerechnet.
Bei der Lektüre der Tabelle darf man nicht vergessen, daß sich die Zahlen auf das Domänewerk beziehen, das im Hinblick auf den Lohn etwas höher liegt als die privaten Holzunternehmen.

Tabelle 3: Löhne der Holzfäller beim Domänewerk 1968

Std. lohn	% Holzfäller	Ø Monatslohn	Wirkl. Mon. lohn
- 7	2,8		
7 - 9	8,1	1360	1183
9 - 11	13,6	1700	1469
11 - 13	12,5	2040	1775
13 - 15	24,3	2380	2071
15 - 17	15,8	2720	2366
17 - 19	8,5	3060	2668
19 - 21	4,4	3400	2958
21 - 23	1,8	3740	3254
23 -	1,1	-	-

Wie aus der Tabelle hervorgeht, kommen 61,3 % der Waldarbeiter nicht über einen monatlichen Durchschnittsverdienst von 2071 Kr. (ca. 1o35 DM, stets Kaufwertumrechnung), was nach den Normen der LO (zentraler Gewerkschaftsverband, der Übers.) ungef. der oberen Grenze der "Niedrigentlohnten Gruppe" entspricht.
Eine der hauptsächlichen Ursachen dafür, daß die Einkommen so verschieden sind, ist der Unterschied zwischen den Einkommen der diversen Altersklassen. Infolge der körperlichen Anstrengungen ist ein Waldarbeiter schon im frühen mittleren Alter erledigt. Bei den Holzfällern erreicht das Einkommen sein Maximum bei 35 Jahren, um dann mit 10 - 15 % pro Jahr zu sinken.
Tabelle 4 zeigt den Zusammenhang von Alter und Lohn 1968. Wie die vorherigen Tabellen betrifft diese Tabelle Holzfäller mit eigener Motorsäge beim Domänewerk.

Alter	Std. lohn	Mon. lohn	Wirkl. Mon. lohn
- 29	14,52	2468	2147
30 - 39	15,19	2582	2246
40 - 49	14,28	2428	2112
50 - 59	12,05	2049	1783
60 -	10,48	1782	1550

Wie man sieht, sinkt das Einkommen rasch, wenn man 40 Jahre erreicht hat. Wenn man 60 ist und also noch 7 Jahre bis zur Volksrente hat, liegt das durchschnittliche Einkommen bei 1550 Kr. (ca. 775 DM) im Monat.
Man darf nicht vergessen, daß dies Durchschnittszahlen sind. In Wirklichkeit findet man Monatslöhne von 1300 und 1200 Kr.

politische buchhandlung
jörg burkhard
arbeiterbewegung
marxismus - sozialismus
revolutionäre und
befreiungsbewegung
imperialismus
ökonomie
soziologie
philosophie
geschichte
pädagogik
kinderbücher
zeitschriften
schiffgasse 3, an der mensa
11 bis 18.30, telefon 46153

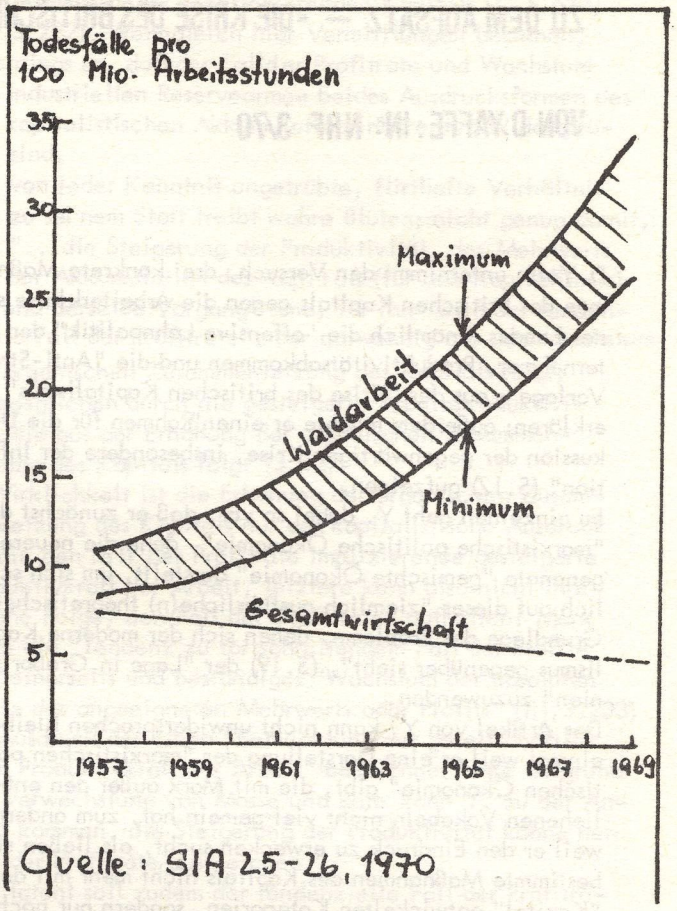
Arbeitsverhältnisse

Das hochgeschraubte Mechanisierungs- und Rationalisierungstempo hat für die Waldarbeiter immer schlimmere Arbeitsverhältnisse gebracht. Bei einer Untersuchung, die der Waldarbeiterverband neulich durchführte, waren 60,2 % der Befragten der Ansicht, daß die Arbeit durch die Rationalisierungen nicht leichter geworden sei und nicht weniger als 74,7 % meinten, sie sei nicht angenehmer geworden.

Der Grund für die Antwort ist nicht schwer zu finden. Der Akkorddruck verlangt ein viel höheres Arbeitstempo, wenn man sich ein erträgliches Monatseinkommen verschaffen will. Die Hetze bei der Arbeit vergrößert das Risiko und folglich die Unfallhäufigkeit. Täglich passieren mindestens 10 Unfälle bei der Arbeit mit der Motorsäge. Vom Oktober 1969 bis März 1970 ereigneten sich 500 Berufsunfälle, wovon 25 tödlich waren. In der Unfallfrequenz zeigt die Waldwirtschaft eine erschreckende Entwicklung (s. Diagramm). Trotz verbessertem Arbeitsschutz hat sich seit dem Ende der 50iger Jahre die Zahl der tödlichen Unfälle verdreifacht und das Todesrisiko liegt jetzt 5 - 7 mal über dem der übrigen Wirtschaftsbereiche. Die Zahlen der Gesamtunfallhäufigkeit geben dasselbe Bild. In der Waldwirtschaft ereignen sich mehr als 50 Unfälle pro Mio Arbeitsstunden, während die Zahl für die übrige Wirtschaft bei ca. 20 liegt.

Zenit

(Übers.: V.P.)



Quelle: SIA 25-26, 1970

Ende Februar traten Hunderte von Waldarbeitern in Norrland in Streik, um ihre Forderungen nach Monatslohn und Bezahlung der Unterhaltskosten der Motorsägen durch die Unternehmer gegen diese und teils gegen die eigene Gewerkschaft durchzusetzen. Die zahlreichen kleinen Arbeitsgruppen sind bis zu 300 km weit in Norrland verstreut. Trotz diesen ungeheuer schwierigen Kommunikationsbedingungen ist es dem in Åsele am Ångermanfluß residierenden Streikkomitee (s. Bild, links der Vorsitzende Söderqvist) gelungen, den Widerstand gegen die Ausbeuter zu organisieren und damit die neue Arbeiterbewegung in Schweden fortzusetzen.

ZU DEM AUFSATZ — «DIE KRISE DES BRITISCHEN KAPITALISMUS»

VON D.YAFFE; IN: NRF 3/70

D.Yaffe unternimmt den Versuch, drei konkrete Maßnahmen des britischen Kapitals gegen die Arbeiterklasse seines Landes - nämlich die "offensive Lohnpolitik" der Unternehmer, Produktivitätsabkommen und die "Anti-Streik"-Vorlage - aus der "Krise des britischen Kapitalismus" zu erklären; außerdem möchte er einen Rahmen für die Diskussion der gegenwärtigen Krise, insbesondere der Inflation" (S.12) aufzeigen.
Im einzelnen geht Y. dabei so vor, daß er zunächst die "marxistische politische Ökonomie", dann die neuere sogenannte "gemischte Ökonomie" darstellt, um sich schließlich auf dieser "ziemlich ausführliche(n) theoretische(n) Grundlage der Probleme, denen sich der moderne Kapitalismus gegenüber sieht", (S.19) der "Lage in Großbritannien" zuzuwenden.
Der Artikel von Y. kann nicht unwidersprochen bleiben, einmal weil er eine Darstellung der "marxistischen politischen Ökonomie" gibt, die mit Marx außer den entliehenen Vokabeln nicht viel gemein hat, zum andern weil er den Eindruck zu erwecken sucht, als ließen sich bestimmte Maßnahmen des Kapitals nicht mehr mit den im "Kapital" entwickelten Kategorien, sondern nur noch unter Berücksichtigung einer neueren "gemischten Ökonomie" mit der "Rüstungswirtschaft" als wichtigstem Teil eines "nichtprofitablen" Produktionsbereichs (er beruft sich dabei vor allem auf Mattick) erklären: "...die Steigerung des Ausbeutungsgrades ...(ist) notwendig...um den wachsenden nichtprofitablen Bereich der Wirtschaft aufrechtzuerhalten" (S.17).
Der erste Punkt, für sich genommen, würde eine Replik noch nicht erforderlich machen, könnte man es doch jedem Kapital-Leser überlassen, über all die Ungereimtheiten und Fehler Yaffes zur Tagesordnung überzugehen. Aber in Verbindung mit dem zweiten Punkt ist es notwendig, die Fehler schonungslos bloßzulegen, kochen doch die Reformisten und Revisionisten aller Spielarten ihr opportunistisches Süppchen auf der vorgeblich neuen Qualität des "Spätkapitalismus" oder der "gemischten Ökonomie", stiften so Verwirrung und behindern die Aufgabe, unter gründlicher Rezeption der Marxschen Kategorien die konkrete Analyse der Bewegungsgesetze des westdeutschen und internationalen Kapitals und der damit verbundenen Klassenbeziehungen mit dem Ziel des Aufbaus der Kommunistischen Partei voranzutreiben.

I. Die Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie durch Y.

Der Grundfehler Y. auf diesem Gebiet liegt in seinem falschen Verständnis der "Arbeitsproduktivität". Stellt er zunächst noch richtig fest: "Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität im Kapitalismus führt zur Verminderung des Tauschwerts von Waren..." (S.13), so zieht er aus dieser Feststellung allerdings eine falsche Konsequenz: "Aus kapitalistischer Sicht ist eine Produktivitätssteigerung sinnlos, solange sie keine Vergrößerung des Mehrwerts mit sich bringt." (Ebenda, Hervorhebung D.Y.)
Die falsche Konsequenz stammt aus der Verwechslung von Wert und Preis, also der Abstraktionsebenen des 1. und des 3.Bandes des "Kapitals".
Auf der Ebene des 3.Bandes ist der Kapitalist überhaupt nicht am Mehrwert, sondern am Profit interessiert (durch die Vermittlung der Durchschnittsprofitrate erhält der einzelne Kapitalist seinen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert nicht entsprechend der von ihm ausgebeuteten Arbeitskraft, sondern entsprechend dem von ihm angewandten Kapital).
Kann der einzelne Kapitalist die mit produktiveren Methoden hergestellten Waren statt zu ihrem (niedrigeren) individuellen Produktionspreis zu ihrem Durchschnittsproduktionspreis verkaufen, so erzielt er über die Differenz einen Extraprofit, die er der höheren Arbeitsproduktivität zu verdanken hat. Der Einzelkapitalist hat also sehr wohl ein Interesse daran, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.
Hat er dagegen bisher nach einer alten Methode produziert, so zwingt ihn die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch seinen Konkurrenten, mit Hilfe der neuen Maschine oder Methode ebenfalls seine Produktionskosten zu senken. Das bedeutet aber gleichzeitig eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und - damit verbunden - einen Fall der Profitrate.
Aber auch schon von der Abstraktionsebene des 1.Bandes des "Kapitals" erweist sich die Aussage von der Sinnlosigkeit der Produktivitätssteigerung, "solange sie keine Vergrößerung des Mehrwerts mit sich bringt", als falsch. Marx zeigt hier die Möglichkeit eines Extramehrwerts (unter den Voraussetzungen des 1.Bandes = Extraprofit) aufgrund des Unterschiedes zwischen individuellem und gesellschaftlichem Wert einer Ware durch Anwendung von ausnahmsweiser Produktivkraft auf (I, S.335ff). Ansonsten wird das Mittel der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit gerade angewandt, um den (relativen) Mehrwert zu erhöhen. Dieses Mittel zur Erhöhung des relativen Mehrwerts schließt auf der anderen Seite ein Sinken des absoluten Werts der Ware ein (was den Kapitalisten aber nicht unmittelbar interessiert).
"Es liegt also in der Anwendung der Maschinerie zur Produktion von Mehrwert ein immanenter Widerspruch, indem sie von den beiden Faktoren des Mehrwerts, den ein Kapital von gegebener Größe liefert, den einen Faktor, die Rate des Mehrwerts, nur dadurch vergrößert, daß sie den andren Faktor, die Arbeiterzahl verkleinert. Dieser immanente Widerspruch tritt herovr, sobald mit der Verallgemeinerung der Maschinerie in einem Industriezweig der Wert der maschinenmäßig produzierten Ware", d.h.

allgemein: der mit höherer Produktivkraft der Arbeit produzierten Ware, "zum regelnden gesellschaftlichen Wert aller Waren derselben Art wird..." (I,S.429f). Auf der Grundlage dieses Widerspruchs ist das Kapital gezwungen, nicht nur zur Verlängerung der Arbeitszeit zu schreiten, sondern - heute hauptsächlich - durch Intensifikation "die Abnahme in der verhältnismäßigen Anzahl der exploitierten Arbeiter" (I,S.430) zu kompensieren.

Der Kapitalist nimmt beispielsweise die Einführung neuer Maschinen zum Anlaß, die Geschwindigkeit zu erhöhen. Dadurch erreicht er, daß der Arbeiter in kürzerer Zeit den Wert seiner Arbeitskraft reproduziert hat, daß sich also die Mehrarbeitszeit, die ausschließlich dem Kapitalisten zugute kommt, erhöht. Durch vergrößerte Arbeitsausgabe in derselben Zeit wird auch der Wert des Gesamtprodukts bei der Intensifikation erhöht, im Gegensatz zur Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit; dort wird dem Gesamtprodukt nach wie vor derselbe Wert zugesetzt, viel gleich dieser unveränderte Tauschwert sich jetzt in mehr Gebrauchswerten darstellt und daher der Wert der einzelnen Ware sinkt" (I, S.432).

Die Intensifikation ist die eine Methode zur Erhöhung des relativen Mehrwerts. Y. kennt sie offensichtlich nicht, er erwähnt sie nur einmal beiläufig (S.26), wo sie keinen systematischen Stellenwert hat, denn gerade an den sogenannten Produktivitätsabkommen wäre zu zeigen, daß es sich dabei eben gerade nicht nur um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität handelt, sondern in den meisten Fällen um Intensifikation (neben direktem Lohnraub und Verlängerung der Arbeitszeit, letzteres bedeutet Erhöhung des absoluten Mehrwerts.).

Aufgrund der Vernachlässigung der Kategorie "Intensifikation" kommt Y. zu dem falschen Schluß: "Die profitable Akkumulation von Kapital erfordert die fortwährende Erhöhung des Mehrwerts und dadurch (Hervorhebung: M.S.) die fortwährende Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität." (S.13)

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität vergrößert den relativen Mehrwert, sie verringert andrerseits aber den Wert der einzelnen Ware und damit den darin eingeschlossenen Mehrwert. Diesen grundlegenden Widerspruch jeden kapitalistischen Wachstums unterschlägt Y.

Bei der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Verhältnis des konstanten Kapitals zum variablen auf der Basis ihres technischen Verhältnisses), die Y.einführt, um "Marx allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation"(S.13) formulieren zu können, führt er begriffliche Schlamperei vor: Y. spricht vom "Wachstum des organisch zusammengesetzten Kapitals", was es nicht geben kann, weil das Wachstum des Kapitals im Fortgang der Akkumulation und der sie begleitenden Konzentration nach Marx gesetzmäßig zu einer veränderten organischen Zusammensetzung führt (I,S.651); deshalb ist der Begriff eines bestimmten "organisch zusammengesetzten Kapitals" logisch unmöglich; richtig muß vom "Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals" gesprochen werden, das die von Y. beschriebene Wirkung des Falls der Profitrate (bei gleichbleibender Mehrwertrate) hat.

Hier zitiert Y. Marx falsch: Marx bezeichnet an der angegebenen Stelle nicht das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate als "das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation", wie Y. behauptet, sondern das Wachstum der industriellen Reservearmee mit dem Wachstum des funktionierenden Kapitals (I, S.673; III, S.232). Wenngleich hier Vermittlungen bestehen, allerdings so, daß der Fall der Profitrate und Wachstum der industriellen Reservearmee beides Ausdrucksformen des der kapitalistischen Akkumulation inhärenten Widersprüche sind.

Das von jeder Kenntnis ungetrübte, flirthafte Verhältnis Y.s zu seinem Stoff treibt wahre Blüten: nicht genug damit, daß "...die Steigerung der Produktivität, des Mehrwerts und der Akkumulation des Kapitals (für den Kapitalismus) ein und derselbe Vorgang" sind, für ihn "wird der tendenzielle Fall der Profitrate", der notwendig aus dem Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals folgt, "ausgeglichen durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität, die aus der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals folgt"(S.13)!

In Wirklichkeit ist die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nur der kapitalistische Ausdruck für die den Fall der Profitrate implizierende gesteigerte Produktivkraft der Arbeit, letztere kann also nicht ihre eigene Folge, den Fall der Profitrate, aufhalten! Marx hatte die "Tendenz zu fortschreitendem Fall der Profitrate" einerseits und beständiges "Wachstum der absoluten Masse des angeeigneten Mehrwerts oder Profits" (III,S.233) als Ausdruck derselben "Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit" bezeichnet. Nur aufgrund der Verwechslung von Masse und Rate kann Y. zu der Ansicht kommen, die Steigerung der Produktivität könne den Fall der Profitrate ausgleichen.

Nur latent soll zudem der tendenzielle Fall der Profitrate bleiben, solange die Mehrwertrate erhöht wird. Dies kann nun gerade nicht "in den Worten von Marx" "auch anders ausgedrückt werden", wie Y.versichert: "... das Kapital (muß) in größerer Proportion wachsen, als die Profitrate fällt..."(III,S.232), denn Marx bezieht sich hier ausdrücklich auf das Verhältnis notwendiger Kapitalmasse zum variablen Bestandteil des Gesamtkapitals bei fallender Profitrate.

Nachdem die Profitrate eben durch die Mehrwertrate aufgehalten wurde, versucht es Y. gleich auch noch mit der Mehrwertmasse, um den latenten Fall der Profitrate auszugleichen. Dagegen Marx: "Die Anzahl der vom Kapital angewandten Arbeiter, also die absolute Masse der von ihm aufgesaugten Mehrarbeit, daher die Masse des von ihm produzierten Mehrwerts, daher die absolute Masse des von ihm produzierten Profits kann also wachsen, und progressiv wachsen, trotz des progressiven Falls der Profitrate. Dies kann nicht nur der Fall sein. Es muß der Fall sein ..."(III,S.228).

Y.: "Nach dieser Theorie" (wir haben inzwischen gesehen: es ist auf keinen Fall die von Marx) "wird der Kapitalismus zu einer immer höheren gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität getrieben, um die Stagnation, die auf einen tatsächlichen Rückgang der Profitrate folgen würde, zu verhindern". Der Kapitalismus entfaltet also ständig die Produktivkräfte aus Angst vor der fallenden Profitrate! Aber Geduld, so versichern uns Y. und sein Gewährsmann Mattick, nicht ewig kann ihn diese Angst vorwärtspeitschen, einmal, an ihrem "logischen Ende" "...wird die ständig beschleunigte Kapitalexpansion den relativen Fall der Profitrate in einen absoluten verwandeln, wegen eines Mangels von Mehrwert in bezug auf die aufgeblähte Kapitalmasse. Wenn

dies geschieht, wird Marx' Modell der Kapitalakkumulation mit der Wirklichkeit übereinstimmen"(S.13).
Mattick kennt offensichtlich nur eine Krise: am "logischen Ende" der Kapitalexpansion; wenn das "Marxsche Modell" mit der Wirklichkeit übereinstimmt, ist der jüngste Tag gekommen.
Wie Y. diese Meinung von Mattick mit seinem eigenen Versuch verbindet, die gegenwärtigen Krisen im Kapitalismus zu erklären, bleibt sein Geheimnis: "Die Krise des Kapitalismus beruht auf diesem Zwang, einem Rückgang der Profitabilität zuvorzukommen."(S.13)
Wenn dem Rückgang der Profitabilität durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität nach Y. zuvorzukommen ist - und der Kapitalist steht angeblich unter dem Zwang, es zu tun -, dann bleibt unerklärlich, wo plötzlich die Krise herkommen soll. Irgendwie übersteigt nämlich doch irgendwann " die Expansion der Produktion ihre Profitabilität" (S.14), unterbricht damit die Akkumulation des Kapitals und ruft die Krise hervor. Im Gegensatz zu Mattick hält Y. die Krise nicht nur irgendwann in der Zukunft, sondern schon gegenwärtig für möglich, möchte er ja eigentlich eine Erklärung für die "Krise des britischen Kapitalismus" geben.
Aufgrund des bisher aufgezeigten völligen Unverständnisses der Bewegungsgesetze des Kapitals kommt Y. nun zu grotesken Formulierungen, die den Eindruck erwecken, er wolle durch sinnlose Wortspielerei die Kritik der Politischen Ökonomie als hohle Phrasendrescherei entblößen. Der nach wie vor "durch den unveränderten Gebrauchswert des Kapitals bestimmte Mehrwert wird" in der Krise angeblich "inbezug auf eine geringeren Gesamtwert des Kapitals relativiert" (S.14). Da der Gebrauchswert des Kapitals in der Fähigkeit zur Selbstverwertung liegt, kann die den Gebrauchswert des Kapitals konstituierende gelungene Aneignung von Mehrwert nicht den Mehrwert bestimmen. Noch unsinniger ist die Behauptung, der Mehrwert werde in der Krise durch die Entwertung des vorhandenen Kapitals relativiert. Ist mit Mehrwert der bereits angesammelte Mehrwert gemeint, so ist der Satz tautologisch. Handelt es sich um den noch anzueignenden, so ist klar, daß er inbezug auf das teilweise entwertete Kapital nicht relativiert, sondern relativ gewachsen ist.
Tatsächlich resultiert der Charakter der Krisen im Kapitalismus als eines Mittels, um mit periodischer Entwertung des vorhandenen Kapitals den Fall der Profitrate aufzuhalten, aus dem Widerspruch, daß das Ziel der höchstmöglichen Verwertung des vorhandenen Kapitals nur mit Methoden erreicht werden kann, die die Abnahme des vorhandenen Kapitalwerts und den Fall der Profitrate einschließen.
Nach alldem kann es nicht mehr verwundern, wenn Y. zu einer neuerlichen massiven Entstellung eines Marx-Zitates greift. "Die Wertanalyse der kapitalistischen Entwicklung postuliert die Möglichkeit von Krisen durch die bloße Betrachtung des allgemeinen Charakters des Kapitals, ohne Berücksichtigung der zusätzlichen und realen Verhältnisse, die die Bedingungen für die reale Produktion bilden". (S.14, der Beginn des Marx-Zitates ist aus dem gedruckten Text nicht ersichtlich).
Durch dieses Zitat wird der Eindruck erweckt, als sei die bloße Betrachtung des allgemeinen Charakters des Kapitals doch eine zu unsichere Sache, durch sie wird die Möglichkeit von Krisen nur postuliert. Dagegen Marx: (an der von Y. angegebenen Stelle) "...wie wir schon bei Betrachtung des Gelds fanden ..., daß es die Möglichkeit von Krisen einschließt, so ergibt sich das noch mehr bei der Betrachtung der allgemeinen Natur des Kapitals, ohne daß noch die weiteren realen Verhältnisse entwickelt ..."(ThM II, S.493).
So findet sich denn auch die von Y. Marx zugesprochene Forderung, Krisen im Kapitalismus müßten aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, der Konkurrenz und der Kredite erklärt werden, nicht bei Marx. Vielmehr kann die Möglichkeit von Krisen nur aus dem allgemeinen Charakter des Kapitals abgeleitet werden, während die konkreten Erscheinungsformen, der Zeitpunkt ihres Eintreffens und ihre Stärke nur aus den "...weiteren realen Verhältnissen entwickelt" werden, "die alle Voraussetzungen des wirklichen Produktionsprozesses bilden" (ThM II, S.493).
Die Krisenhaftigkeit des Spätkapitalismus versucht Y. mit Mattick aus den besonderen Bedingungen der "gemischten Ökonomie" herzuleiten. Dabei kritisiert er zunächst richtig den Begriff "gemischte Ökonomie"als ideologisch, verfällt dann aber selbst dem ideologischen Charakter des Begriffs, wenn er die "nichtprofitable Produktion" als "Ursache für annähernde Vollbeschäftigung und gesellschaftliche Stabilität" erklärt unter der Bedingung, daß die Arbeitsproduktivität genügend (!) gesteigert werden kann.
Demgegenüber sieht Mattick auch unter diesen Bedingungen Widersprüche für unvermeidbar an: zur Deckung der Kosten der Rüstungswirtschaft muß ständig die Arbeitsproduktivität erhöht werden; das aber führt zur Abnahme der ausbeutbaren Arbeitskraft (steigende organische Zusammensetzung des Kapitals). Um dann noch einen hohen Beschäftigungsgrad aufrechterhalten zu können, muß wiederum die Rüstungsproduktion schneller steigen als die Gesamtproduktion. "Dies beinhaltet" -nach Mattick - "jedoch die langsame Verminderung des Privatkapitals, die nur durch einen Stopp der Ausweitung der Rüstungswirtschaft gebremst werden kann" (zit.nach Y,S.17).
Aus diesem Dilemma, gleichzeitig die Rüstungswirtschaft ausdehnen und verringern zu müssen, ergebe sich der Versuch, die Profitabilität über Lohnsenkung zu erreichen.
Man fragt sich erstaunt, warum Y./Mattick diesen langen Umweg machen, um zu diesem banalen Ergebnis zu kommen; schließlich ist der Kapitalist seit eh und je bestrebt, seinen Profit auf Kosten der Löhne zu erhöhen, sei es durch Lohnraub, d.h.durch Drücken des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert, sei es durch Erhöhung des absoluten und relativen Mehrwerts.
Die erstaunlichen Gedankengänge von Y./Mattick werden erst verständlich, wenn man sich ihre Vorstellung von nichtprofitabler Produktion, dem offensichtlich wichtigsten Kennzeichen der "gemischten Ökonomie", betrachtet: "Staatliche Produktion ist keine profitable Produktion im marxistischen Sinn." Die Ursache für die Fehlerhaftigkeit dieser Aussage liegt in dem Begriff "staatliche Produktion": gemeint ist damit eine Produktion von Waren, die der Staat kauft. Da der Staat dem diese Waren, hier besonders Rüstungsgüter gemeint, produzierenden Kapitalisten wie jeder andere Käufer im Preis auch den Profit bezahlt, ist die Produktion der genannten Waren selbstverständlich "profitable Produktion", ebenso wie bei Waren, die in den Luxusk onsum der Kapitalistenklasse eingehen. Es ist also barer Unsinn, in diesem Zusammenhang von dem

"relativ zurückgehenden profitproduzierenden Sektor der Wirtschaft" (S.17) zu sprechen.
Zugrunde liegt allen diesen Fehlern allerdings ein Anstoß in der Wirklichkeit, der explizit von Marx nicht in seine Analyse des allgemeinen Charakters des Kapitals aufgenommen wurde, nicht aufgenommen werden konnte, weil es eine Entwicklung neueren Datums ist: die Tatsache, daß der Staat die durch die Vergesellschaftung der Produktion notwendig erweiterten allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals eben auf dem Boden kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu sichern hat.
Erst mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion in der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit konnte der Staat systematisch das Mittel des "deficit spending" (Defizit-Finanzierung) anwenden, um so durch staatliche Nachfrage überhaupt erst wieder realisierbare Verwertung, also Akkumulation zu ermöglichen. Das Kapital war andrerseits nur unter den genannten Bedingungen bereit, staatliches "deficit spending" zu tolerieren, bedeutete dieses Mittel doch einen Vorgriff auf künftige Steuereinnahmen, also einen Abzug an der künftigen Akkumulationsrate.
Einmal in Gang gesetzt ist die ökonomische Tätigkeit des Staates zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geworden. Allerdings sind damit die Grundlagen für die Reproduktion der Widersprüche auf erweiterter Stufenleiter gelegt.
Ein Widerspruch ist schon bezeichnet worden: für die Kapitalisten sind Steuern Abzug an Mehrwert; sie sind daher ständig bestrebt, ihren Anteil an den Steuern auf Kosten der Arbeiterklasse und z.T. der Mittelschichten zu verringern. Die Arbeiterklasse ist so gezwungen, im Lohnkampf die erhöhte Steuerlast auszugleichen.
Ein weiterer Widerspruch, der sich aus der ökonomischen Tätigkeit des Staates ergibt, ist mit dem Stichwort "Inflation" angeschnitten.
Hier tobt sich noch einmal das ganze Unverständnis Yaffee's aus. Inflation sieht er mit Cliff/Barker als "Produkt des Klassenkampfes unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus" (S.12). Irgendwie trägt noch eine "weitere äußerst wichtige Kraft", der Staat, durch Defizit-Finanzierung und Kreditexpansion zum Inflationsdruck bei. Schließlich liefert Yaffee noch die gelungenste Tautologie seit den Zeiten der Vulgärökonomen: "Inflationen entstehen, wenn das Geldeinkommen schneller steigt, als das Realeinkommen". (S.16)
Die erste Phase der Inflation beginnt mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus. Trotz wachsender Produktivität fallen ab ca. 1895 die Preise nicht mehr (vgl. W. Hoffmann, Die säkulare Inflation, 1962 S.12).
Das erklärt sich aus der ökonomischen Machtstellung der Monopole, die sich aufgrund ihrer Macht dauerhaft einen Teil des Profits als Monopolprofit aneignen können. (Anm.: Es müßte möglich sein, diesen Monopolprofit ähnlich abzuleiten wie Marx die Grundrente als Verwandlung des Surplusprofits, vgl. dazu: P. Heß, Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht, in: Sozialistische Politik, 3/69, S. 41f.).
Bei der Rolle, die der Staat für die Inflation spielt, ist der Gebrauchswert der meisten der vom Staat gekauften Waren ausschlaggebend: Sie gehen überhaupt nicht (Rüstungsgüter) oder erst langfristig (Bildungswesen) in den Reproduktionsprozess ein. (Dies ändert allerdings überhaupt nichts an dem Warencharakter dieser Waren, also daran, daß diese Produktion profitable Produktion bleibt.) Andererseits tritt ein großer Teil des in diesem Sektor gewonnenen Profits und die entsprechenden Arbeitslöhne als Nachfrage auf dem Markt auf. Ihnen entsprechen unmittelbar keine zusätzlich produzierten Waren, die gegen dieses Geld ausgetauscht werden könnten. Für sich genommen führt dieser Vorgang zu einer erheblichen Verstärkung der Nachfrage, die es den Verkäufern ermöglicht, ihre Preise zu erhöhen, solange sie noch Käufer finden. Bei der Verschärfung der Widersprüche, die die permanenten Preiserhöhungen zur Folge haben, ist nicht einsichtig, warum dieser Weg z.T. bewusst beschritten wurde, wenn die ökonomische Rolle des Staates nicht begriffen wird als Reaktion auf die tödliche Krise des Kapitalismus, die Weltwirtschaftskrise. Damals gelang es tatsächlich, durch die Vermehrung der Nachfrage durch den Käufer Staat den Akkumulationsprozess wieder in Gang zu setzen. Heute zeichnet sich in mehr und mehr kapitalistischen Ländern ab, daß diese kurzfristige, scheinbare Überwindung der kapitalistischen Widersprüche nur den Boden für die Verschärfung dieser Widersprüche auf erweiterter Stufenleiter bereitet.
Die Andeutungen über die ökonomische Rolle des Staates und über die Inflation sollten nicht so verstanden werden, daß die Schwierigkeiten bei der Vermittlung der marxschen Analyse des allgemeinen Charakters des Kapitals mit der gegenwärtigen konkreten Erscheinungsform der Kapitalbewegung schon überwunden seien.
Vielmehr steht diese Aufgabe noch vor uns. Sie kann m. E. nur über die kritische Aufarbeitung des von DDR-Ökonomen zusammengetragenen Materials zum staatsmonopolistischen Kapitalismus bewältigt werden. Die Voraussetzung dafür aber ist die gründliche Aneignung der marxschen Kategorien und seiner Methodik. Starrt ein Teil der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Linken wie gebannt auf die Entwicklung der Produktivkräfte - (letztes Beispiel der Aufsatz "Entwicklungstendenzen des industriellen Arbeitsprozesses" (Politikon, Nr. 2/71), in dem R. Vahrenkamp direkt aus Veränderungen im Arbeitsprozess meint, politische Schlußfolgerungen ziehen zu können, ohne auf die Verwertungsseite überhaupt einzugehen.)
So ergibt sich aus dem Charakter der Fraktionsauseinandersetzungen in Heidelberg die Aufgabe des NRF, vorrangig die widersprüchliche Entfaltung der Bewegungsgesetze des Kapitals (wobei die Produktivkräfte als ein eingeordneter Faktor erscheinen) voranzutreiben.

M. Schröder, Berlin

REPLIK

> "Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik ... " (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, 1844, MEW 1. S. 380)

M. Schröder, Berlin, der "unter gründlicher Rezeption der Marxschen Kategorien die konkrete Analyse der Bewegungsgesetze des deutschen und internationalen Kapitals und der damit verbundenen Klassenbeziehungen ... mit dem Ziel des Aufbaus der Kommunistischen Partei" vorantreibt, kam vor einiger Zeit zu der Erkenntnis, daß die Analyse David Yaffe's über "Die Krise des britischen Kapitalismus" "nicht unwidersprochen bleiben (kann)", weil Y. zum einen "eine Darstellung der marxistischen politischen Ökonomie gibt, die mit Marx ausser den entliehenen Vokabeln nicht viel gemein hat", und zum anderen Schröders Kapital-lesendes Aufbaugewissen ihn vorantreibt, "die Fehler schonungslos bloßzulegen, kochen doch die Reformisten und Revisionisten aller Spielarten ihr opportunistisches Süppchen auf der vorgeblich neuen Qualität des 'Spätkapitalismus' oder der 'gemischten Ökonomie' und stiften so Verwirrung ... ".

Unglücklicherweise blieb es nicht bei der Erkenntnis, und da schon, wie Marx sagt, die Devise manch eines braven Mannes das 'nulla dies sine linea' des Appelles war, liegt deren Produkt nun vor uns.

Um das Ergebnis der folgenden Diskussion einiger theoretischer Probleme der Kritik der politischen Ökonomie gleich zusammenzufassen: Es war uns bedauerlicher Weise unmöglich, auch nur einen ernsthaften Kritikpunkt oder weiterführenden Diskussionsbeitrag in Schröders Widerspruch zu entdecken, obwohl wahrlich genug ungeklärte oder umstrittene Probleme in Y. Aufsatz enthalten sind. Die tatsächlichen Ungenauigkeiten Y.'s, auf die wir im Text eingehen werden, hat Schröder meistens nicht einmal bemerkt.

Dagegen scheint uns , daß Schröders "schonungsloser" Argumentation ein grundlegendes Unverständnis der Marxschen Theorie, sowohl in der Verwirrung verschiedener Abstraktionsebenen als auch in der Mißachtung oder falschen Einschätzung der Zusammenhänge zwischen diesen, zugrundeliegt. Schröder zieht leider genauso "schonungslos" gegen Marx wie ignorant gegen Y. zu Felde. Abgesehen davon, daß ausser ein paar vagen Bemerkungen am Ende seiner Kritik absolut nichts über "die konkrete Analyse der Bewegungsgesetze des westdeutschen und internationalen Kapitals und der damit verbundenen Klassenbeziehungen" gesagt wird, können wir daher auch Schröders Selbstanspruch, "unter gründlicher Rezeption der Marxschen Kategorien" diese Analyse vorwärtszutreiben, nirgends realisiert sehen.

Während wir auf die inhaltlichen Probleme gleich zurückkommen werden, sollen hier noch einige Worte zum Stil einer solchen Kritik gesagt werden. Nicht nur vermittelt Schröder den Eindruck, der Verwalter der reinen Marxschen Wahrheit zu sein, die richtige Interpretation der Marxschen Theorie mit Löffeln gefressen zu haben, spielt er sich als Schriftgelehrter dieser Theorie, als Pharisäer der politisch-ökonomischen Diskussion auf, ist ihm sein Marx-Zitat oft Ersatz für klare inhaltliche, historische und logische Argumentation, ergeht er sich in bewusstloser Wortklauberei, um noch ein und noch ein Argument gegen Y. aus dessen Aufsatz herauszudestillieren, sondern darüber hinaus dünkt er sich wohl ein kleiner Lenin zu sein, der der Welt den unsterblichen Dienst leistet, sie vor den "Reformisten und Revisionisten", die ihr "opportunistisches Süppchen" durch bewusst verbreitete Ideologien kochen wollen, zu bewahren. Liegt der Kopie von Lenins oder Maos Stil nicht zumindest deren Substanz zugrunde, dann bleibt nichts als die peinliche Lächerlichkeit der sich aufspreizenden Engstirnigkeit und Kleinkariertheit. Unhinterfragte Klarheit da zu unterstellen, wo sie nicht besteht, ist zugleich die Phantasielosigkeit des Büchergläubigen zum Prinzip aufzublähen und anstelle sich selbst bescheidender nüchterner Betrachtung den eigenen Omnipotenzphantasien den Schein von Wirklichkeit zuschreiben zu wollen.

Reine Wortklauberei sind z.B. Einwände, die aus Übersetzungsungenauigkeiten resultieren: "Aus kapitalistischer Sicht ..." (Y. S.13), über das sich Schröder verwundert, heißt im englischen Original: "from the point of view of capitalism". Aus dem Kontext wird ganz klar, daß es sich dabei immer um die Diskussion der Bewegungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals handelt. Schröder bräuchte uns daher nicht zu erzählen, daß der einzelne Kapitalist nicht am Mehrwert, sondern am Profit interessiert ist.

Ähnlich weiter unten: Schröder hält es für nötig, einen ganzen Absatz der logischen Unmöglichkeit des Begriffs 'organisch zusammengesetzten Kapitals' zu widmen. Im englischen Original heißt es: "The rise of the organic composition of capital etc.". Aber selbst wenn der Begriff so gebraucht wäre, würde es an der Substanz des Arguments irgendetwas ändern? Aber nein, man muß mindestens mit einem "begriffliche Schlamperei" auffahren.

KAPITALISMUS IN PERMANENTER KRISE

Schröder baut sich gleich am Anfang seines Textes seinen Buhmann auf: Yaffe und sein Gewährsmann Mattick, die als Reformisten und Revisionisten dem Kapitalismus eine neue Qualität zuschreiben wollen. Nun, Yaffe (S. 16) beschreibt "die gemischte Ökonomie als Kapitalismus in ständiger Krise (capitalism in permanent crisis)", und Mattick sagt, daß "one could speak of a 'permanent crisis' of capital production, which is to say that the crisis mechanism fails to restore the conditions for an expanding capitalis economy." (1) (dt.: "daß man von 'einer permanenten Krise' der Kapitalproduktion sprechen könnte, d.h. daß es nicht gelingt, durch den Krisenmechanismus

1 Paul Mattick, Marx und Keynes, Boston (Mass.) 1969 (Extending Horizon Books), p. 93

die Bedingungen für eine wachsende kapitalistische Wirtschaft wieder herzustellen.")

Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erscheint uns allerdings schwerlich als "neue Qualität" des Kapitalismus; was wir behaupten, ist dagegen, daß die unmittelbaren ökonomischen, sozialen und politischen Krisenerscheinungen, in denen sich diese permanente Krise in den Zwischenkriegsjahren aktualisierte, in den auf den 2. Weltkrieg folgenden ca. 20 Jahren durch die anschwellende staatlich induzierte Produktion aufgeschoben, scheinbar beseitigt worden sind, daß aber sich schon heute, angesichts der zunehmenden Krisenhaftigkeit des Weltkapitalismus, das andeutet, was historisch notwendig war, die Akkumulation von Staatsschulden statt der von Kapital kann langfristig nur die Reproduktion der kapitalistischen Widersprüche, die sich im Ausdruck der Krise aktualisieren, auf vergrößerter Stufenleiter bedeuten, so daß in absehbarer Zeit die konkreten Erscheinungen der permanenten Krise in verschärfter Form auftreten werden.

Wir geben zu, daß diese Perspektive der zunehmenden Krisenhaftigkeit in Yaffes Artikel zu kurz gekommen ist; der Grund dafür ist, daß vor allem die Kategorien entwickelt worden sind, die dann direkt in der Analyse der aktuellen Verhältnisse in England verwendet wurden (über die Schröder leider kein Wort zu sagen hat) (2).

Auf jeden Fall aber hätte Schröder, hätte er das Buch von Mattik gelesen, gegen den er so frisch-frei-fröhlich denunziert und Urteile fällt, dieser Lektüre den Stellenwert der Theorie der mixed economy leicht entnehmen können (3).

Dies gesagt, erweist sich Schröders Manöver, aus den Überschriften in Yaffes Aufsatz die "marxistische politische Ökonomie" als das unverbrüchlich Wahre, mit dem Yaffe "außer den entliehenen Vokabeln nicht viel gemein hat," festzuhalten und dem die "neuere sogenannte 'gemischte Ökonomie'" entgegenzusetzen, die mit der Marxschen Theorie nichts zu tun hat und bloßes Hirngespinst einer Handvoll amoklaufender Revisionisten ist, als schlechter Trick mißlungener Polemik. Wo behaupten denn Mattik oder Yaffe, daß die mixed economy eine neue Qualität des Kapitalismus beschreibt? Und wo sagen sie, daß diese Entwicklungen nicht mehr mit den in der Kritik der politischen Ökonomie entwickelten Kategorien zu analysieren seien? Die ganze Theorie besteht gerade darin, die Anwendbarkeit und Aktualität der Marxschen Theorie anhand der Analyse der jüngsten Entwicklungen zu zeigen. Reformismus heißt, die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche wegzudiskutieren und sein Heil in Reformen innerhalb des Systems zu suchen, ohne dieses anzutasten. Sollte dieser Vorwurf stimmen, bleibt es völlig uneinsichtig, warum Yaffe es als die dringendste Aufgabe ansieht, "eine sozialistische Bewegung aufzubauen", denn die "antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital treten klarer zutage" (S. 29). (Übrigens hieß es im englischen Text: "The situation, though, demands moves in the direction of a revolutionary socialist movement..."; das "revolutionär" wurde bei der Übersetzung ausgelassen.). Aber folgen wir den Argumenten unseres eifrigen Verwalters der revolutionären veritas pura weiter.

ARBEITSPRODUKTIVITÄT, EXTRAMEHRWERT und EXTRAPROFIT

Schröder wirft Yaffe vor, daß seinem Satz "Aus kapitalistischer Sicht ist eine Produktivitätssteigerung sinnlos, solange sie keine Vergrößerung des Mehrwerts mit sich bringt" (S.13) die Verwechselung von Wert und Preis zugrundeliegt. Er gibt dann kurz wieder, was Marx über den Extraprofit sagt, und schließt: "Der Einzelkapitalist hat also sehr wohl ein Interesse daran, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen." Vollkommen richtig, und nichts anderes sagt Yaffe. Allerdings handelt es sich dabei nicht nur um ein "Interesse des Kapitalisten"; die "Angst", die den einzelnen Kapitalisten zur ständigen Entfaltung der Produktivkräfte "vorwärtspeitscht", über die sich Schröder einige Seiten später mokieren zu müssen glaubt, heißt in der marxschen Theorie schlicht Konkurrenz der vielen Kapitalien und herrscht sich dem einzelnen Kapitalisten als äußeres Zwangsgesetz auf, das er befolgen muß, um zu überleben. Dies ist sowohl die Basis des Extraprofits oder Extramehrwerts im 3. Band (4) als auch der Kontext, in dem Marx im 1. Band an der von Schröder erwähnten Stelle (5) den Extramehrwert diskutiert. Da Marx hier den Extramehrwert als Stachel zur Einführung neuer Produktionsmethoden behandelt, bleibt uns schleierhaft, was Schröders Einwand eigentlich zum Ziel hat. Marx stellt diesen Zusammenhang klar dar:

"Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut. Andererseits aber verschwindet jener Extramehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet. Dasselbe Gesetz der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit, das dem Kapitalisten mit der neuen Methode in der Form fühlbar wird, daß er seine Ware unter ihrem gesellschaftlichen Wert verkaufen muß, treibt seine Mitbewerber als Zwangsgesetz der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktions-

---

2 Uns liegt nur ein Manuskript vor, das, nach einer kurzen Eingangsbeschimpfung, mit "I. Die Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie durch Y." überschrieben ist.

3 Übrigens verwendet F. Kramer in seinem im NRF 3/70, pp. 49-52 wiedergegebenen Referat den Begriff der "mixed economy" nicht in dem von uns im Anschluß an Mattick beschriebenen Sinn, sondern eher in dem Habermasschen Sinn für den allmächtigen Staat, der soziale und politische Spannungen auffangen und Disparitäten an die Peripherie der Gesellschaft umleiten kann.
Wir glauben nicht, daß, wie Habermas und Kramer sagen, der Staat sich zwischen den Antagonismus von Arbeit u. Kapital schiebt. (p.49) Wir glauben auch nicht, daß die neuen Sektoren "pervertiert sozialistisch" (ib.) sind; sie sind schlicht unproduktiv, faux frais der kapitalistischen Produktion.

4 z.B. Kap. Bd. III (MEW 25), p. 188

5 Kap. Bd. I (MEW 23), pp. 335-340

weise. Die allgemeine Rate des Mehrwerts wird also durch den ganzen Prozess schließlich nur berührt, wenn die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit Produktionszweige ergriffen, also Waren verwohlfeilert hat, die in den Kreis der notwendigen Lebensmittel eingehen, daher Elemente des Werts der Arbeitskraft bilden." (6)

Dies unter der Annahme des Verkaufs der Waren zu ihren Werten. Produktivitätssteigerung bedeutet also beides: sie wurde von Einzelkapitalisten eingeführt, um seinen individuellen Mehrwert oder Profit zu erhöhen, und, indem sie durch die Konkurrrenz den anderen Kapitalien aufgezwungen wird, erhöht sie die Masse des gesellschaftlichen Mehrwerts und die Mehrwertrate des Gesamtkapitals.

Auf der konkreteren Ebene der Darstellung im 3.Band zeigt sich dann, dass nach der Umwandlung der direkten Arbeitswerte in Produktionspreise und der Herstellung der Durchschnittsprofitrate,der einzelne Kapitalist seine Kalkulation nach den Bewegungen der Profitrate richtet: "Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch so viel produktiver sein oder um noch so viel die Rate des Mehrwerts vermehren, freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert." (7)

GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVKRAFT DER ARBEIT UND INTENSIFIKATION

Der Grundfehler Yaffes, der seiner ganzen Argumentation unterliege, sei, so erfahren wir, ein fal sches Verständnis der 'Arbeitsproduktivität'. Aus dem Widerspruch, daß eine Erhöhung der Mehrwertrate durch Anwendung von Maschinerie zugleich " Abnahme in der verhältnismäßigen Anzahl der exploitierten Arbeiter " (8) bedeutet, folgt, so Schröder, der Zwang für den Kapitalisten, diese Abnahme "heute hauptsächlich durch Intensifikation zu kompensieren."

Nun, abgesehen davon, daß Marx an der angegebenen Stelle davon spricht, daß "dieser Widerspruch ... das Kapital ... zur gewaltsamsten Verlängerung des Arbeitstages treibt " (9), um diese Abnahme zu kompensieren, scheint uns, daß Schröder den Stellenwert dieses Begriffs innerhalb der Marxschen Theorie gründlich mißverstanden hat. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen: Es ist keine Frage, dass Intensivierung der Arbeit ständig vorgenommen wird und eine Hauptquelle der Auseinandersetzungen in den Betrieben ist. Sie ist auch eins der Ziele der Produktivitätsabkommen, (productivity deals). (10)

Was uns hier interessiert ist jedoch, ob Schröders These richtig ist, daß sie heute das Hauptmittel zur Steigerung des relativen Mehrwerts ist, in anderen Worten, was ihr mögliches Ausmaß und ihre Grenzen sind.
Marx diskutiert die Intensifikation im Rahmen der Einführung der Maschinerie und der Herausbildung der Fabriken und der großen Industrie. Er zeigt, daß sie mit der gesetzlichen Beschränkung des Normalarbeitstags entscheidend wichtig wird (11). Aber, nachdem in England für ein halbes Jahrhundert Verlängerung des Arbeitstages mit gesteigerter Intensität Hand in Hand gegangen ist, begreift man, daß bald ein Knotenpunkt eintreten muß, wo Ausdehnung des Arbeitstags und Intensität der Arbeit einander ausschließen, sodaß die Verlängerung des Arbeitstags nur mit schwächerem Intensitätsgrads der Arbeit und umgekehrt ein erhöhter Intensitätsgrad nur mit Verkürzung des Arbeitstags verträglich bleibt". (12)

War nun die Möglichkeit der Produktion des absoluten Mehrwerts durch die Gesetzgebung abgeschnitten, so warf sich das Kapital mit aller Macht und vollem Bewußtsein auf die Produktion von relativem Mehrwert durch beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems." (12) Resultat war eine Änderung im Charakter des relativen Mehrwerts, da neben das Maß der Arbeitszeit als 'ausgedehnter Größe' jetzt das "Maß ihres Verdichtungsgrads" tritt. (12)

Aber nach wie vor gilt:"Im allgemeinen besteht die Produktionsmethode des relativen Mehrwerts darin, durch gesteigerte Produktivkraft der Arbeit den Arbeiter zu befähigen, mit derselben Arbeitsausgabe in derselben Zeit mehr zu produzieren." (Hervorhebung d. Verf.) (12)
Und zwar aus 2 Gründen: "Verbesserte Konstruktion der Maschinerie ist teils notwendig zur Ausübung des größeren Drucks auf den Arbeiter, teils begleitet sie von selbst die Intensifikation der Arbeit, weil die Schranke des Arbeitstags den Kapitalisten zu strengstem Haushalt der Produktionskosten zwingt." (13) Marx gibt dann auf den folgenden Seiten eine Reihe Beispiele dafür, wie Intensifikation Hand in Hand mit der Einführung neuer Maschinen geht.

Aber er schließt den Abschnitt über Intensifikation - und dies ist der wichtigere, 2. Grund - mit der Beobachtung, "daß die Verkürzung des Arbeitstags bereits eine die Gesundheit der Arbeiter, also die Arbeitskraft selbst zerstörende Intensität der Arbeit hervorgerufen habe." (14) Und folgert daraus: "Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Tendenz des Kapitals, ... sich durch systematische Steigerung des Intensitätsgrades der Arbeit gütlich zu

---

6 ib.pp.337/8
7 Kap.Bd.III,p.275
8 Kap.Bd.I ,p.430
9 ib.
10 Wir bezweifeln allerdings,daß die productivity deals unter der Kategorie "Intensifikation" zureichend zu analysieren sind.Hauptziele sind:Angriff auf die Position der shop stewards,d.h. die betriebliche und überbetriebliche Basisorganisation der Arbeiter;Rationalisierung im Sinn von Standardisierung des Produktionsprozesses,d.h.bessere Kalkulierbarkeit; die Intention,den Arbeitern durch eine einmalige kräftige Loherhöhung die Möglichkeit,über einzelne Lohnbestandtei le ständig zu verhandeln,abzukaufen.
Die meisten dieser Ziele wirken sich zwar im Resultat auch als Intensivierung aus,aber sind zugleich der Versuch,die von der Organisation des Arbeitsprozesses her notwendigen Voraussetzungen zur Einführung neuer Maschinerie zu schaffen.
11 Kap.Bd.I,p.431
12 ib.p 432
13 ib.pp434/5;vgl.die entsprechende Stelle Kap,Bd. III,p.242
14 Kap.Bd.I,p.439

tun und jede Verbesserung der Maschinerie in ein Mittel zu größerer Aussaugung der Arbeitskraft zu verkehren, bald wieder zu einem Wendepunkt treiben muß, wo abermalige Abnahme der Arbeitsstunden unvermeidlich wird." (15). An diesem Punkt zeigt sich die Überlegenheit der Einführung neuer Maschinerie über die Intensifikation zur Produktion des relativen Mehrwerts in den neuen Fabriken: "Die Leistungsfähigkeit des Werkzeugs ist emanzipiert von den persönlichen Schranken menschlicher Arbeitskraft. " (16)

Daß auch diese "Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabriksystem treibhausmäßig gereift" (17), wieder zur Grundlage neuer Intensifikation wird, ist selbstverständlich. Aber: sowohl die Verlängerung des Arbeitstags wie die ständige Intensivierung (d.h. jede Erhöhung des relativen Mehrwerts durch gesteigerte Arbeitsausgabe des Individuums) "stößt zuletzt auf gewisse nicht überschreitbare Naturschranken, und mit ihr auch die auf diesen Grundlagen beruhende Verwohlfeilerung der Waren und kapitalistische Exploitation überhaupt. Sobald dieser Punkt endlich erreicht ist, und es dauert lange, schlägt die Stunde für Einführung der Maschinerie ..." (18) Oder, noch deutlicher:

> "Endlich trat ein Knotenpunkt ein. Die Grundlage der alten Methode, bloß brutale Ausbeutung des Arbeitermaterials, mehr oder minder begleitet von systematisch entwickelter Arbeitsteilung, genügte dem wachsenden Markt und der noch rascher wachsenden Konkurrenz der Kapitalisten nicht länger. Die Stunde der Maschinerie schlug ." (19)

Nicht umsonst spricht Marx davon (s.o.), daß die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit "im allgemeinen" durch gesteigerte Produktivität bei gleicher Arbeitsverausgabung erreicht wird. Produktivität ist die allgemeinere Kategorie : Während Intensifikation ihre Grenze an der individuellen physischen und psychischen Leistungsfähigkeit des Arbeiters hat, d.h. natürlich begrenzt ist, ist die Einführung neuer Produktionsmethoden durch neue Maschinerie nur sozial begrenzt: durch die verfügbare Masse investierbaren Mehrwerts in Relation zum schon existierenden konstanten Kapital. Marx erwähnt deshalb Intensivierung in der Akkumulationstheorie überhaupt nicht mehr, sondern betrachtet die Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die sich in einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung ausdrückt, d.h. in mehr konstantem Kapital relativ zum variablen, oder, gebrauchswertmäßig, in einem noch höheren Prozentsatz Maschinerie im Verhältnis zur verausgabten Arbeit. Dagegen geht er von einer gegebenen Durchschnittsintensität aus. Den Grund dafür gibt er in der Diskussion über den Größenwechsel von Preis der Arbeitskraft und Mehrwert. (20)

Während der Wert der Arbeitskraft durch den Wert der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensmittel des Durcharbeiters, in die verschiedene Entwicklungskosten und Naturdifferenzen eingegangen sind, bestimmt wird, gehen in den Preis der Arbeitskraft extensive und intensive Größe der Arbeit und Produktivkraft der Arbeit ein und beeinflussen so das Verhältnis zwischen Preis der Arbeitskraft und Mehrwert.
Marx nimmt an, "daß der Preis der Arbeitskraft wohl gelegentlich über ihren Wert steigt, aber nie unter ihn sinkt." (21) Mit anderen Worten: Die Intensität der Arbeit ist als normalerweise so gesteigert angenommen, daß sie nicht weiter gesteigert werden kann, ohne die Reproduktionskosten und damit den Wert der Arbeitskraft zu erhöhen. Deshalb nimmt er dies als gegebene Durchschnittsintensität an, die in die Wertbestimmung eingeht; allerdings kann sich unter bestimmten Marktverhältnissen, wenn aufgrund der Akkumulationsbedürfnisse "die Nachfrage nach Arbeitern ihre Zufuhr überflügeln" (22), d.h. vor allem in der Prosperitätsphase des Krisenzyklus, der Arbeitslohn über den Wert erhöhen. Hier greift die zusätzliche Intensivierung an: mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage drückt sie den Lohn wieder auf den Wert der Arbeitskraft herab. (vgl. Anm. 15).

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes - Vereinigung der Gerichtsreferendare in Baden - Württemberg

Aus dem Inhalt von Heft 2/71:

- Rechtsleben in Südafrika
- Rechtsstaat und sozialer Wandel
- Staatsanwaltschaft und Gewaltenteilung
- Thesen zum Arbeitsrecht

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr für DM 8.40 incl. Porto) bei:

ROTE ROBE - VERLAG
69 Heidelberg, Blumenstr. 15

15 ib.p .440; Diese Grenze ist innerhalb jedes Produktionszyklus zu beobachten, wo bis zum Beginn der Krise die Krankheits,-Unfall- und Abwesenheitsraten drastisch zunehmen. Ebenso ist diese Entwicklung längerfristig seite einer Reihe von Jahren in England zu beobachten, wo "absenteeism" und Unfälle ein Vielfaches des Produktionsausfalls durch Streiks ausmachen.

16 ib.p.442
17 ib.p.449
18 ib.p.494
19 ib.p.495
20 ib.Kapitel 15, pp 542-552
21 ib.p. 542
22 ib.p. 641

Während also die Intensifikation im Bereich der Schwankungen zwischen Wert und Preis der Arbeitskraft angesiedelt ist, ist die Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit durch bessere Produktionsmittel die Methode, die durch Verbilligung der notwendigen Lebensmittel den Wert selbst verändern kann. Sie ist daher die Methode zur Produktion des relativen Mehrwerts.
Angesichts dessen davon zu sprechen, daß die Intensifikation die eine Methode" ist, die "heute hauptsächlich" Verwendung findet, und die andere gar nicht zu erwähnen, ist zumindest ein gründliches Mißverständnis der Marxschen Theorie.
Aus dem gleichen Mißverständnis folgen Schr.s abenteuerliche Ausführungen über die Akkumulation von Kapital.

Akkumulation von Kapital

Ist dieser theoretische Stellenwert der Intensifikation einmal erkannt und daher angenommen, daß im Durchschnitt die Arbeitskraft sich zu ihrem Wert verkauft, so spielt diese Methode für die Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals überhaupt keine Rolle. Natürlich verringert im allgemeinen (22a) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit der Vergrößerung des relativen Mehrwerts gleichzeitig den in der einzelnen Ware eingeschlossenen Mehrwert, wie Schr. sagt. Dieser Widerspruch, den Y. nach Schr.s Meinung "unterschlägt", heißt nichts anderes, als daß erstens die Waren billiger werden; dies hat einen doppelten Vorteil für das Kapital: zum einen werden die notwendigen Lebensmittel billiger, d.h. Mehrwertmasse und Mehrwertrate erhöht; "Soweit die Entwicklung der Produktionskraft den bezahlten Teil der angewandten Arbeit vermindert, steigert sie den Mehrwert, weil seine Rate; soweit sie jedoch die Gesamtmasse der von einem gegebenen Kapital angewandten Arbeit vermindert, vermindert sie den Faktor der Anzahl, womit die Rate des Mehrwerts multipliziert wird, um seine Masse herauszubringen. Zwei Arbeiter, die 12 Stunden täglich arbeiten, können nicht dieselbe Masse Mehrwert liefern wie 24, die jeder nur 2 Stunden arbeiten, selbst wenn sie von der Luft leben könnten und daher garnicht für sich selbst zu arbeiten hätten. In dieser Beziehung hat also die Kompensation der verringerten Arbeiterzahl durch Steigerung des Exploitationsgrads der Arbeit gewisse nicht überschreitbare Grenzen; sie kann daher den Fall der Profitrate wohl hemmen, aber nicht aufheben." (22b)
Y. hat daher auch keineswegs Mehrwertmasse- und rate verwechselt, wie Schr. entdeckt zu haben glaubt; gesteigerte Mehrwertmasse - und rate ist das Produkt desselben Akkumulationsprozesses, der die Tendenz zum Fall der Profitrate erzeugt, und nur aus der immer wieder möglichen Kompensation dieses Falles durch Steigerung der Mehrwertrate kann erklärt werden, daß überhaupt Akkumulation stattfindet. Marx stellt diesen Zusammenhang fest:

> "Das tendenzielle Sinken der Profitrate ist verbunden mit einem tendenziellen Steigen in der Rate des Mehrwerts, also im Exploitationsgrad der Arbeit... Beides, Steigen der Rate des Mehrwerts und Fallen der Rate des Profits, sind nur besondre Formen, worin sich wachsende Produktivität der Arbeit kapitalistisch ausdrückt." (22c);

das Gegenstück zur Erhöhung der Mehrwertrate ist aber die Erhöhung der organischen Zusammensetzung mit der Konsequenz fallender Profitrate etc.; zum anderen werden Elemente des konstanten Kapitals verbilligt; dies affiziert die Mehrwertrate nicht, da es sich in entsprechend niedrigeren Werten der fertigen Produkte ausdrückt; aber es senkt die organische Zusammensetzung des Kapitals, ihre Wertseite betrachtet; ihrer Gebrauchswertseite nach betrachtet hat diese Senkung der organischen Zusammensetzung einen zusätzlichen günstigen Effekt für die Kapitalakkumulation, indem sie für den gleichen oder einen geringeren Wert Produktionsmittel von höhrem Gebrauchswert bereitsstellt, d.h. Material und Maschinen, die mehr Arbeiter beschäftigen können, was zur Erhöhung der produzierten Mehrwertmasse führt und damit dem Fall der Profitrate entgegenwirkt. Diesen letzteren Mechanismus, der für das Verständnis der Krise wesentlich ist (Y.p.14), als "sinnlose Wortspielerei", die die Kritik der Politischen Ökonomie als hohle Phrasendrescherei entblöße, zu bezeichnen, offenbart allerdings "völliges Unverständnis der Bewegungsgesetze des Kapitals". Um Schr.s philologisches Bedürfnis nicht unbefriedigt zu lassen hier einige der Stellen, an denen Marx darüber spricht:

> "Aber mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit wächst noch mehr die Masse der produzierten Gebrauchswerte, wovon die Produktionsmittel einen Teil bilden. Und die zusätzliche Arbeit, durch deren Aneignung dieser zusätzliche Reichtum in Kapital rückverwandelt werden kann, hängt nicht ab vom Wert, sondern von der Masse dieser Produktionsmittel (Lebensmittel eingeschlossen), da der Arbeiter im Arbeitsprozeß nicht mit dem Wert, sondern mit dem Gebrauchswert der Produktionsmittel zu tun hat." (23)

Oder, im Bezug auf die Auswirkung auf die Mehrwertmasse:

> "Aber indirekt trägt die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit bei zur Vermehrung des vorhandenen Kapitalwerts, indem sie die Masse und Mannigfaltigkeit der Gebrauchswerte vermehrt, worin sich derselbe Tauschwert darstellt und die das materielle Substrat, die sachlichen Elemente des Kapitals bilden, die stofflichen Gegenstände, woraus das konstante Kapital direkt und das variable wenigstens indirekt besteht. Mit demselben Kapital und derselben Arbeit werden mehr Dinge geschaffen, die in Kapital verwandelt werden können, zusätzliche Arbeit einzusaugen, also auch zusätzliche Mehrarbeit, und so zusätzliches Kapital zu bilden. Die Masse Arbeit, die das Kapital kommandieren kann, hängt nicht ab von sei-

---

(22a) Das muß allerdings keineswegs der Fall sein:
"Das Gesetz, daß der durch Entwicklung der Produktivkraft verursachte Fall der Profitrate begleitet ist von einer Zunahme in der Profitmasse, drückt sich auch darin aus, daß der Fall im Preis der vom Kapital produzierten Waren begleitet ist von einer relativen Steigerung der in ihnen enthaltnen und durch ihren Verkauf realisierten Profitmassen." (Kap. Bd. III, p.236)

(22b) ib.pp. 257/8
(22c) ib. p. 250

23 entfällt

nem Wert, sondern von der Masse der Roh-und Hilfsstoffe, der Maschinerie und Elemente des fixen Kapitals der Lebensmittel, woraus es zusammengesetzt ist, was immer deren Wert sei. Indem die Masse der angewandten Arbeit, also auch Mehrarbeit, wächst, wächst auch der Wert des reproduzierten Kapitals und der ihm neu zugesetzte Surpluswert." (24)

Wir werden darauf im Abschnitt über Krisen zurückkommen. Zweitens aber heißt der von Schr. vorgebrachte Widerspruch keineswegs, daß durch die Abnahme des in der einzelnen Ware verkörperten Mehrwerts die Akkumulation beeinträchtigt wird. Sie beruht auf der Gesamtmehrwertmasse in Relation zum existierenden Kapital, beide Größen ihrer Wert-wie Gebrauchswertseite nach gesehen. Tatsächlich kann in bestimmten Situationen (25) Kapital profitabel akkumuliert werden auch bei gleichbleibender Mehrwertmasse und fallender Mehrwertrate. Allerdings bleibt diese Möglichkeit auf den ausnahmsweisen Fall beschränkt, daß eine Erhöhung der Produktivität keine Erhöhung der organischen Zusammensetzung, d.h. nicht Investition zusätzlichen konstanten Kapitals erfordert. Ist das aber nicht der Fall - und das kann als Normalfall wie als langfristige Tendenz der kapitalistischen Akkumulation angenommen werden - dann erfordert natürlich profitable Akkumulation die fortwährende Erhöhung des Mehrwerts und daher ("hence" im englischen Manuskript)die fortwährende Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität (Y.p.13).

Und wie Schr. diese Steigerung von Mehrwertmasse und -rate "hauptsächlich" durch Intensifikation erreichen will, bleibt rätselhaft. Wenn die Kapitalisten sich dadurch wie weiland Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Schlamassel ziehen könnten, hätte wahrscheinlich nicht erst unser Berliner Kapital-Leser kommen brauchen, um ihnen das zu erzählen.

Akkumulation und tendenzieller Fall der Profitrate

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß für den Kapitalismus im allgemeinen allerdings Steigerung der Produktivität, des Mehrwerts und Akkumulation des Kapitals ein und derselbe Prozeß (process)) sind. (Y.p.13)

"Wir haben gezeigt, wie dieselben Ursachen, welche einen tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate produzieren, eine beschleunigte Akkumulation des Kapitals und daher Wachstum der von ihm angeeigneten Mehrarbeit (Mehrwert, Profit) bedingen." (25a)

Schr. hat richtig herausgefunden, daß Marx an der von Y. angegebenen Stelle eine zunehmende industrielle Reservearmee mit dem Wachstum des funktionierenden Kapitals als "das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" (26) bezeichnet. An anderen Stellen gibt er allerdings der "Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei" (27), der Steigerung der organischen Zusammensetzung (28), der Zunahme der Mehrwert-bzw. Profitmasse (29) und dem tendenziellen Fall der Profitrate (30) denselben oder einen entsprechenden Titel. Der Fall der Profitrate "kann auch als Gesetz der Akkumulation der Kapitalien ausgesprochen werden"(31) und ist gleichbedeutend mit dem schon produzierten stock an Produktionsmitteln, der Abnahme der unmittelbaren Arbeit und der allgemeinen Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. (32)

Statt aus der falschen Seitenangabe ein Triumphgeschrei über das "von jeder Kenntnis ungetrübte, flirthafte Verhältnis Y.s zu seinem Stoff" und über "wahre Blüten" anzustimmen, hätte Schr. lieber etwas über die äußerst komplizierte Vermitteltheit dieser Kategorien sagen sollen. Da letzteres offenbar nicht der Fall sein konnte, hätte er sich lieber die Tinte sparen und in seiner Kapitallektüre fortfahren sollen, statt borniert Gemeinplätze herunterzuleiern, von denen noch dazu der größte Teil falsch ist.

Der tendenzielle Fall der Profitrate, schreibt Y. (p.13), wird "ausgeglichen durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität, die aus der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals folgt. Solange die Mehrwertrate erhöht werden kann, bleibt der tendenzielle Fall der Profitrate nur latent.... Der Prozeß der Akkumulation selbst arbeitet gegen den tendenziellen Fall der Profitrate, oder abstrakter ausgedrückt, zusammen mit der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals muß die Masse des Mehrwerts ausreichend mit der Masse des akkumulierten Kapitals steigen, um den latenten Fall der Profitrate auszugleichen."(engl.:to compensate; Marx spricht selbst von der "Kompensation des Falls der Profitrate durch die steigende Masse des Profits" (33) und erwähnt, daß "das Fallen der Rate des Profits aufgehalten werden kann durch Wegfallen von existierenden Abzügen am Profit"(34), was, ceteris paribus, gleichbedeutend mit Erhöhung der Profitmasse ist; meistens gebraucht er "aufgehalten","verlangsamt","abgeschwächt","gehemmt","mehr oder minder" oder "teilweise paralysiert".(35)).

Wie auch immer, aus dem Kontext der Diskussion Y.s wird klar, daß er, wenn auch ungeschickt ausgedrückt, die Möglichkeit der zeitweiligen Ausgleichung oder Paralysierung des Falls der Profitrate durch Steigen der Mehrwertmasse- und rate erörtert.

Schr.s Argument dagegen ist nun, daß die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nur der kapitalistische Ausdruck der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit ist und, da sie als Folge den Fall der Profitrate impliziert, diese ihre eigene Folge nicht aufhalten kann. Y. habe Masse und Rate (vermutlich des Mehrwerts) verwechselt. (vgl. dagegen oben Anm.22c)

Das scheint richtig, betrachtet aber nur die eine Seite des Akkumulationsprozesses und ist deswegen in dieser Simplizität falsch. Die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit impliziert nicht nur die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und den tendenziellen Fall der

24 ib.pp 258/9; Das entsprechende Zitat in Bd.I findet sich p.631; Für den Arbeitslohn vgl.z.B. Bd.I,p.542; Zum fixen Kapital vgl.z.B. Grundrisse,pp.539/40 und 582-587;Zur allgemeinen Bedeutung des Gebrauchswerts im Reproduktionsprozeß des Gesamtkapitals vgl. z.B.Kap. Bd.II,pp.392-394 und 430.

25 Marx diskutiert eine solche Möglichkeit in Kap. Bd.I,p.631

26 entfällt

27 ib.p.647

28 ib.pp. 650-657

29 Kap.Bd.III,pp.228/9

30 Grundrisse,p.634

31 ib.p.637 n.2

32 ib.p. 635

33 Kap.Bd.III,p.266

34 Grundrisse,p.637

35 z.B.Kap.Bd.III,pp 244,245,247,249 und passim.

Profitrate, sondern gleichzeitig auch die Erhöhung der Mehrwertmasse - und rate, die Verbilligung der Teile des konstanten Kapitals und die relativ zur Wertzusammensetzung viel stärker gestiegene technische Zusammensetzung, alles dem Fall der Profitrate entgegenwirkende Tendenzen (ganz abgesehen von den aus der Entwicklung des Weltmarkts entstehenden zusätzlichen Momenten wie Aussenhandel, Ausnutzung billigerer Arbeitsmärkte zur profitableren Produktion, d.h. der Weltüberbevölkerung (36), Entwicklung internationaler Finanzierungsmöglichkeiten etc.).

Daß es sich dabei nicht um den Streit über den "jüngsten Tag" zwischen Mormonen und Zeugen Jehovas handelt, ist wohl nur Herrn Schr. unklar geblieben.

Marx war daher sehr viel vorsichtiger in seinen Aussagen als unser forscher Held des Aufbaus. Nicht umsonst schreibt er, daß diese "beiden im Akkumulationsprozeß einbegriffenen Momente" (tendenzieller Fall der Profitrate und Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit) "nicht nur in dem ruhigen Nebeneinander zu betrachten (sind), worin Ricardo" und Schr. "sie behandelt; sie schließen einen Widerspruch ein, der sich in widersprechenden Tendenzen und Erscheinungen kundgibt. Die widerstreitenden Agentien wirken gleichzeitig gegeneinander." (37) Denn das Steigen der Mehrwertrate "macht, daß es (das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, d. Verf.) mehr als Tendenz wirkt, d.h. als ein Gesetz, dessen absolute Durchführung durch gegenwirkende Umstände aufgehalten, verlangsamt, abgeschwächt wird." (38) Deshalb "wirkt" das Gesetz nur als Tendenz, dessen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt." (39), nur "auf die Dauer" (40). Das ändert nichts daran, daß es das allgemeine Gesetz bleibt, sich "auf die Dauer" durchsetzen muß; genau diese Entwicklung der Widersprüche und die Bedingungen und Anzeichen dieser Durchsetzung versuchen Mattick und Yaffe zu konkretisieren.

Schr. hat recht, daß Marx an der von Y. (p.13) angegebenen Stelle (41) sagt, daß das Kapital im selben Verhältnis wachsen muß wie die Profitrate fällt, um die gleiche Anzahl Arbeiter zu beschäftigen, und in stärkerer Progression wachsen muß, um deren Anzahl zu erhöhen. Aber inhaltlich ist das kein Gegenargument, denn Marx diskutiert an dieser Stelle weder den Einfluß einer gesteigerten Mehrwertmasse noch - rate auf Akkumulation und Fall der Profitrate, denn er behandelt hier das Gesetz als solches.

Noch ohne die gegenwirkenden Ursachen explizit in Betracht zu ziehen, kann durch Erhöhung der Produktivität zeitweilig der Fall der Profitrate ausgeglichen oder sogar überkompensiert werden :

> "Abstrakt betrachtet, kann beim Fall des Preises der einzelnen Ware infolge vermehrter Produktivkraft, und bei gleichzeitiger Vermehrung der Anzahl dieser wohlfeilern Waren, die Profitrate dieselbe bleiben, z.B. wenn die Vermehrung der Produktivkraft gleichmäßig und gleichzeitig auf alle Bestandteile der Waren wirkte, so daß der Gesamtpreis der Ware in demselben Verhältnis fiele, wie sich die Produktivität der Arbeit vermehrte, und andererseits das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Preisbestandteile der Ware dasselbe bliebe. Steigen könnte die Profitrate sogar, wenn mit der Erhöhung der Rate des Mehrwerts eine bedeutende Wertminderung der Elemente des konstanten und namentlich des fixen Kapitals verbunden wäre. Aber in Wirklichkeit wird die Profitrate, wie bereits gesehen, auf die Dauer fallen." (Hervorhebung d. Verf.) (42)

Die entgegenwirkenden Ursachen sollen hier nicht im einzelnen diskutiert werden; sie sind bekannt; außerdem liegen sie auf einer konkreteren Ebene und erforderten daher konkretere Behandlung. Es soll nur festgehalten werden, daß Marx den Zusammenhang zwischen Steigen von Mehrwertmasse und - rate (beide steigen, wenn Erhöhung der organischen Zusammensetzung und zum Ausgleich der absoluten Abnahme der Anzahl der beschäftigten Arbeiter hinreichende Akkumulation - beides der kapitalistische "Normalfall" - angenommen sind.) und Profitrate nur ganz allgemein faßt: "Das Steigen der Mehrwertsrate ... hebt nicht das allgemeine Gesetz auf." (43) Aber die gegenwirkenden Umstände können das Gesetz "aufhalten" etc., d.h. zeitweilig für den Fall kompensieren, ihn ausgleichen, zeitweilig das Gesetz außer Kraft setzen.

Die theoretische Schwierigkeit ist nicht, wie Marx sagt, das allgemeine Gesetz zu begreifen, sondern seine komplizierte Interaktion mit den aus der gleichen Ursache herrührenden Gegenwirkungen. "Ohne das wäre das Fallen der allgemeinen Profitrate unbegreiflich, sondern umgekehrt die relative Langsamkeit dieses Falls." (44)

Wir haben zu erklären, warum Akkumulation stattfindet und besonders, warum sie in den letzten rund 35 Jahren zu einer relativ hohen Rate stattfinden konnte. Erst, wenn wir die konkrete Form der Gegensätze der gesellschaftlichen Einheit, die Verwirklichung der "Produktionsverhältnisse, die ebenso viel Minen sind, um sie zu sprengen", aufweisen können, hören unsere Sprengversuche auf, "Donquichoterie" zu sein. (45)

TENDENZIELLER FALL DER PROFITRATE UND KRISE

Wäre der Fall der Profitrate ein direkt und ständig wirkendes Moment, wie Schröder annimmt, dann wäre keine fortschreitende Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals möglich, sondern nur der größten Einzelkapitale durch das Mittel des Konkurrenzkampfes um die vorhandene Mehrwert- oder Profitmasse und deren entsprechende Umverteilung durch den Preismechanismus und durch Zentralisation. Wirkt dagegen "das Gesetz nur als Tendenz, desssen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt"

---

36 vgl. Marx dazu in ib.p.248
37 ib.p.259
38 ib.p.244
39 ib,p.249
40 ib.p.240
41 ib.pp.232-3
42 ib.pp.239-40
43 ib.p.244
44 ib.p.249
45 Grundrisse,p.77

(46), nämlich in den Krisen, so ist folgender Fall möglich: "Die Schöpfung von Mehrwert findet, die nötigen Produktionsmittel, d.h. hinreichende Akkumulation von Kapital, vorausgesetzt, keine andre Schranke als die Arbeiterbevölkerung, wenn die Rate des Mehrwerts, also der Exploitationsgrad der Arbeit, und keine andre Schranke als den Exploitationsgrad der Arbeit, wenn die Arbeitsbevölkerung gegeben ist." (47) Dies scheint uns allerdings in den letzten 20 Jahren, während der Prosperitätsphasen des industriellen Zyklus in Westeuropa, der Fall gewesen zu sein, wogegen sich in den USA seit einigen Jahren und in England in letzter Zeit eine permanente Erhöhung der Arbeitslosigkeit abzeichnet.

Aber auf der Ebene der theoretischen Argumentation auf der wir uns bisher bewegt haben, ist es notwendig, zwischen der allgemeinen Möglichkeit und Notwendigkeit des Falls der Profitrate, der sich in der Krise manifestiert und dessen allgemeinen Erscheinungsformen zu unterscheiden. Die Analyse des Kapitals im allgemeinen mit der sich Marx im Kapital, in den Theorien über den Mehrwert und den Grundrissen (abgesehen von einigen Einsprengseln) beschäftigt, kann nur die allgemeine Möglichkeit und Notwendigkeit der krisenhaften Manifestation der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise aufweisen: "Wir haben hier bloß die Formen zu betrachten, die das Kapital in seinen verschiedenen Fortentwicklungen durchmacht. Es sind also die reellen Verhältnisse nicht entwickelt, innerhalb deren der wirkliche Produktionsprozes vorgeht" (48). Die allgemeine Analyse kann, beginnend mit dem Geld, zeigen, "daß es die Möglichkeit von Krisen einschliesst"; das ergibt sich "noch mehr bei der Betrachtung der allgemeinen Natur des Kapitals". (49) Sie kann zeigen, daß im Lauf des Zirkulationsprozesses des Kapitals "große Katastrophen stattfinden und Elemente der Krise sich anhäufen und entwickeln müssen". (50)

Aber: "Allgemeine, abstrakte Möglichkeit der Krise - heißt nichts als die abstrakteste Form der Krise, ohne Inhalt, ohne inhaltsvolles Motiv derselben ... Sie sind also [illegible]se potentia ... Wodurch aber diese Möglichkeit der Krise zur Krise wird, ist nicht in dieser Form selbst enthalten; es ist nur darin enthalten, daß die Form für eine Krise da ist." (51) Ist die Möglichkeit beim Geld noch ganz formal, abstrakt, "so zeigt sich beim Kapital schon viel realere Grundlage für die Verwirklichung dieser Möglichkeit." (52), denn "wir sehen hier, in der kapitalistischen Produktion, schon einen Zusammenhang der wechselseitigen Schuldforderungen und Obligationen, der Käufe und Verkäufe, wo die Möglichkeit sich zur Wirklichkeit entwickeln kann." (53) Aber immer noch sind dies "bloße Formen - allgemeine Möglichkeiten der Krisen, daher auch Formen, abstrakte Formen der wirklichen Krise ... Aber es ist noch kein begründeter Inhalt." (54)

46 Kap.Bd.III,p.249
47 ib.p.253
48 Theorien über den Mehrwert, Teil II (MEW 26.2) p.493
49 ib.
50 ib.p.495
51 ib.p.510
52 ib.p.511
53 ib.p.512
54 ib.pp.512-3

TRIKONT

JUDENFRAGE & KAPITALISMUS
ABRAHAM LÉON

Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel / Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas

Grundlagen für ein wissenschaftliches Studium der jüdischen Geschichte/Die Beziehungen der Juden zu den anderen Klassen der Gesellschaft/Niedergang des Kapitalismus und die jüdische Frage im 20. Jahrhundert/Wege zur Lösung der jüdischen Frage.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, 142 Seiten, DM 7.80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 20
SOWJETUNION UND CHINA: ZWEI WEGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

E. S. Varga, **„Testament"**
Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse
Charles Bettelheim
China und die SU: Zwei Wege der Industrialisierung
Marco Maccio
Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution
Die Produktionsverhältnisse in der SU/Industrialisierung und Bürokratisierung/Die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Übergangsphase/Aufbau des Sozialismus und bürgerliche Arbeitsteilung/China: Rolle der Partei in der Diktatur des Proletariats/Kontrolle der Massen über Lebens- und Arbeitsbedingungen/Initiative der Massen in der Entwicklung der Produktivkräfte 116 Seiten, DM 5.80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21
ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?
WIELAND ESCHENHAGEN

Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Spontane Kämpfe und sozialistische Strategie in der gegenwärtigen Phase in der BRD / Opposition und Bürokratie an der Klöckner-Hütte Bremen / Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen und ökonomischer Konflikt / Kluft zwischen Basis und Apparat / Zur Funktion der innerbetrieblichen Vertretungsorgane / Chancen und Grenzen der Gewerkschaftsopposition
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 170 Seiten, ca. DM 9.00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22
MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN
GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 175 Seiten, ca. DM 8.50

TRIKONT-Verlagskooperative **8 München 80**
Josephsburgstr. 16

24 **U. M. Meinhof**
Bambule · Fürsorge – Sorge für wen?
Nachwort Klaus Wagenbach
108 Seiten DM 4.50 (Abo: 3.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

25 **P. L. Lavrov**
Die Pariser Kommune (18.3.1871)
Vorwort Klaus Meschkat
192 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

Es handelt sich aber nur darum, die weitere Entwicklung der potentia crisis (...) zu verstehen, so weit sie aus den Formbestimmungen des Kapitals hervorgeht, die ihm als Kapital eigentümlich ... sind." Aber "die reale Krisis kann nur aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit, dargestellt werden." (55) "Hervortreten kann die Sache erst im Zirkulationsprozess, der an und für sich zugleich Reproduktionsprozess." (55) "Darin liegt eine weiterentwickelte Möglichkeit oder abstrakte Form der Krise." (56) Zusammengefasst: "Die allgemeine Möglichkeit der Krisen ist die formelle Metamorphose des Kapitals selbst, das zeitliche und räumliche Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf. Aber dies ist nie die Ursache der Krise. Denn es ist nichts als die allgemeinste Form der Krise, also die Krise selbst in ihrem allgemeinsten Ausdruck. Man kann aber nicht sagen, daß die abstrakte Form der Krise die Ursache der Krise sei. Fragt man nach ihrer Ursache, so will man eben wissen, warum ihre abstrakte Form, die Form ihrer Möglichkeit, aus der Möglichkeit zur Wirklichkeit wird." (57)

Die Analyse des Kapitals im allgemeinen liefert uns also, indem sie die Widersprüche der kapitalistischen Produktion auf verschiedenen Abstraktionsebenen herausarbeitet, zum einen den Beleg der allgemeinen Möglichkeit und der Existenz der Formen für die Krise, die sich beide mit dem Aufstieg zur komplexeren Analyse konkretisieren, zum anderen die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit der Krise, denn sie zeigt die Verselbständigung einzelner Momente des Gesamtreproduktionsprozesses und " weiter ist Krise nichts als die gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Produktionsprozesses, die sich gegeneinander verselbständigt haben." (58)

Andererseits erweitert sich mit der fortschreitenden Herausarbeitung der Formen der Krise ihre Inhaltsbestimmung, und damit wird die Notwendigkeit ebenfalls bestimmter: "Diese Ineinanderverwachsung und Verschlingung der Reproduktions- oder Zirkulationsprozesse verschiedener Kapitalien ist einerseits durch die Teilung der Arbeit notwendig, andererseits zufällig, und so erweitert sich schon die Inhaltsbestimmung der Krise." (59)

Was uns die Analyse des Kapitals im allgemeinen aber nicht liefern kann, sind die konkreten Ursachen der realen Krise, d.h. die Erklärung der wirklichen Krise. Sie kann nur die allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation beschreiben und ihr Verhältnis diskutieren. Yaffes Gebrauch der Kategorie "Erklärung" ist daher korrekt, wenn er, Marx (60) zitierend, feststellt (S.14), daß die Krisen im Kapitalismus "aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit" erklärt werden müssen. Denn wie Marx an anderer Stelle (61) gegen Ricardo, der von dem, was er als akzidentiell betrachtet, abstrahiert, sagt: "Ein anderes ist es, den wirklichen Prozess darzustellen, worin beide - das, was er akzidentielle Bewegung nennt, was aber das Beständige und Wirkliche ist und sein Gesetz, das Durchschnittsverhältnis - beide gleich wesentlich erscheinen."

Wir sind uns selbst nicht im klaren, wie weit sich aus der Analyse des Kapitals im allgemeinen, präzisere Aussagen über die Natur der kapitalistischen Krise ableiten lassen; die Ansätze dazu können wir im Rahmen dieser Replik nicht weiter verfolgen.
Marx selbst formuliert die Widersprüche und Tendenzen meistens ganz allgemein, als Widerspruch zwischen absoluter Entwicklung der Produktivkräfte und der beschränkten Basis der Kapitalverwertung (62) oder als Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bildet. (63) Er präzisiert den Begriff "Überproduktion" als "Überakkumulation von Kapital" (64), d.h. "es werden periodisch zu viel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen." (65), wobei das Fallen des Exploitationsgrads unter einen gegebenen Punkt "Störungen und Stockungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervorruft." (66) Schließlich gibt er für ein Beispiel, wo der Geldwert des variablen Kapitals gestiegen und daher die Mehrwertrate gesunken ist, als Krisenbedingung an, daß ein gewachsenes Kapital in der folgenden Produktionsperiode nur ebensoviel oder weniger Mehrwert produziert, wodurch die Profitrate stark und plötzlich fallen würde (67). Mattick (68) sieht dies, vermutlich im Anschluss an Grossmann (69) als die allgemeine Form der kapitalistischen Krise an.

Andererseits finden sich Beispiele für die Erklärung von Krisen bei Marx, wo etwa auch während der descending line die Profitrate steigt (70); wo die Profitrate wegen eines steigenden Rohmaterialpreises fällt (71) oder wo wegen der Grenze des Arbeitsmarkts ein Steigen im Geldwert der Löhne die Mehrwertrate senkt. (72).

Wir werden dies im einzelnen einer späteren Diskussion vorbehalten müssen; nur soviel ist klar: niemand sollte herkommen und glauben, mit ein paar Marxzitaten und einigen Kalauern als Ornament wären die Probleme gelöst.

55 ib.p.513
56 ib.p.514
57 ib.p.515 (alle Hervorhebungen in dieser Reihe von Zitaten aus den Theorien von Marx.)
58 ib.p.510
59 ib.p.511
60 ib.p.513
61 Grundrisse, p.803 (Hervorhebung von Marx)
62 Kap.Bd.III, pp.259/60
63 ib.p.501; ähnlich ib.pp.254/5 und 267
64 ib.p. 261
65 ib.p. 268
66 ib, p.266
67 ib.pp.261/2
68 Mattick, op.cit.p.73
69 Henryk Großmann, Das Akkumulations-und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Frankfurt 1967 (zuerst 1929) (neue Kritik), pp.118-125 und 215-225
70 Theorien T.II, pp.460/1
71 ib.pp.516/7
72 Kap.Bd.III, p.262

KRISENMECHANISMUS UND GEBRAUCHSWERT

Die Krise stellt sich als Überproduktion von Kapital, d. h. von Produktionsmitteln, Arbeits- und Lebensmitteln, die als Kapital bei einer gegebenen Mehrwertrate fungieren können, dar. Anders ausgedrückt heißt das, daß die gegebene Mehrwert- oder Profitmasse zu klein relativ zum akkumulierten Kapital ist. Diesem Dilemma kann das Kapital nur durch Wiederherstellung profitabler Verwertungsverhältnisse, d.h. Verbesserung des Verhältnisses von Mehrwertmasse zu Gesamtkapital, entrinnen. (Dies impliziert Erhöhung der Profitrate fürs Gesamtkapital und bestätigt damit unser Argument am Anfang des letzten Abschnitts.)

Wiederherstellung profitabler Verwertungsbedingungen impliziert mehrere Bewegungen. Erstens die Senkung des Werts der Arbeitskraft, indem die notwendigen Lebensmittel an dem allgemeinen Preisfall teilnehmen (von dem Herabdrücken des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert v[illegible] aus den bei der Diskussion der Intensifikation angegebenen Gründen abgesehen.) Dies erhöht Mehrwertrate, -masse und Profitrate und würde die organische Zusammensetzung erhöhen, wenn nicht zweitens die Elemente des konstanten Kapitals auf Grund der Überakkumulation ebenfalls entwertet würden. Das fixe Kapital wird entwertet, indem durch billigere Elemente gleichen Gebrauchswerts der Standard der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf eine neues Niveau herabgedrückt wird; das zirkulierende Kapital sinkt auf Grund der Überproduktion ebenfalls im Preis; der Teil des Mehrwerts, der in Geld im Sinn der dritten Geldbestimmung existiert, erhält seinen Wert, zumindest fällt er viel weniger (deswegen sind Gold und Silber wie Marx immer wieder hervorhebt, in der Krise so wichtig); und der Teil des Mehrwerts, der nur in Anweisungen, Schuldscheinen etc. besteht, fällt ebenfalls im Wert. Gleichzeitig findet ein verschärfter Konkurrenzkampf um den knappen Mehrwert statt. Aber jetzt kommt drittens das herein, was für Schröder "sinnlose Wortspielerei" (72a) ist: "Ein großer Teil des nominellen K[illegible]tals der Gesellschaft, d.h. des Tauschwerts des existierenden Kapitals, ist ein für alle mal vernichtet, obgleich gerade diese Vernichtung, da sie den Gebrauchswert nicht trifft, die neue Reproduktion sehr fördern mag." (73) Für dieselbe Ausgabe an Mehrwert erhält der Kapitalist mehr Produktionsmittel, kann also mehr Arbeiter beschäftigen, die eine höhere Mehrwertmasse erzeugen. Da diese auf ein relativ weniger gestiegenes Gesamtkapital bezogen wird, steigt auch die Profitrate. Hier erweist sich der Unterschied von technischer- und Wertzusammensetzung als wesentlich. Wertsenkung des konstanten Kapitals und Erhöhung des Gebrauchswertes eines gegebenen Kapitalwerts sind komplementäre Erscheinungen; sie senken die organische Zusammensetzung, erhöhen die Mehrwertmasse und die Profitrate; auf die Mehrwertrate haben sie nur indirekt Einfluss, indem sie die Produkte verbilligen.

Die Mehrwertrate wird ebenfalls nur indirekt affiziert, wenn viertens die Entwertung des konstanten Kapitals den Kauf besserer Maschinen nach sich zieht. Sind sie haltbarer etc., dann haben sie denselben Effekt wie eine Verbilligung des konstanten Kapitals. Haben sie einen höheren Ausstoss pro Zeiteinheit, beschäftigen aber entsprechend mehr Arbeiter, so erhöhen sie die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals und daher die, z.B. jährlich berechnete Profitrate. Haben sie höheren output, aber ersetzen Arbeit, so erhöhen sie die organische Zusammensetzung und senken dadurch die Profitrate, haben aber gleichzeitig durch den schnelleren Umschlag einen erhöhenden Effekt. Da jedoch die Produktion besserer Maschinen erhöhte Produktivität voraussetzt, dominiert langfristig die Erhöhung der organischen Zusammensetzung und muß zu sich periodisch wiederholenden Krisen führen. Der unter drittens genannte Effekt kann auch so ausgedrückt werden, daß die Masse des zur profitablen Kapitalexpansion erforderlichen Mehrwerts durch den Gebrauchswert des ihm entsprechenden Volumens an Produktionsmitteln bestimmt wird. (74) Oder, wie Marx diesen Prozess zusammenfasst: "Die Akkumulation des Kapitals, dem Wert nach betrachtet, wird verlangsamt durch die fallende Profitrate, um die Akkumulation des Gebrauchswerts noch zu beschleunigen, während diese wieder die Akkumulation, dem Wert nach, in beschleunigten Gang bringt." (75)

Schröder versteht diesen Zusammenhang nicht, und darüberhinaus geht sein Schuß gegen Yaffe, daß "der Gebrauchswert des Kapitals in der Fähigkeit zur Selbstverwertung liegt", mit Donner und Blitz nach hinten los: Schröder fühlt sich über Say so erhaben, und doch betet er das wichtigste Theorem dieses "Jammermenschen"herunter: daß es der Gebrauchswert, also die natürliche Eigenschaft des Kapitals sei, sich selbst zuverwerten. Für Marx wird das Kapital immer noch nur durch die lebendige Arbeit erhalten und verwertet. Nachzulesen in Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, Kapitel 6.

Wir wollen auf die restlichen Einwände Schröders nur noch kurz eingehen, weil sie sich z.T. aus dem bisher Gesagten als falsch ergeben zum anderen Teil aber weiterer Ausführungen bedürfen, für die hier nicht der Raum ist.

NICHTPROFITABLE PRODUKTION

Schröder meint, staatlich induzierte Produktion sei profitabel, weil der Staat mit dem Kauf von Waren auch den darin eingeschlossenen Profit bezahlt. In einem bestimmten Sinn ist diese Produktion natürlich profitabel, nämlich vom Standpunkt des entsprechenden Kapitalisten, der, wie etwa der Händler, an der Aufteilung der gesellschaftlichen Mehrwertmasse gemäß der Größe seines Kapitals und der gegebenen Durchschnittsprofitrate teilnimmt. Aber vom Standpunkt des Gesamtkapitals ist diese Produktion unprofitabel, Abzug von Mehrwert, gehört zu den faux frais der kapita-

---

72a Schr. befindet sich übrigens mit diesem Vorwurf in schlechter Gesellschaft: Von Bernstein, der den Gebrauchswert als psychologische Größe auffaßt, über Hilferding, der meint, daß er erst im Sozialismus eine Rolle spielt, bis zu Joan Robinson, die der Überzeugung ist, daß all that Hegelian stuff and nonsense bei Marx überflüssig sei, ist gegen diese "sinnlose Wortspielerei" von allen Marxverflachern gewettert worden.

73 Theorien, Teil II, p.496; siehe auch die oben unter Anm.23 und 24 angeführten Zitate

74 Mattick, op.cit.p.69; vgl. Kap.Bd.III, p.836

75 Kap.Bd.III, p.260

listischen Produktion. "Das Produkt der kapitalistischen Produktion ist nicht nur Mehrwert, es ist Kapital." (76) Daher: "Produktive Arbeit ist bloß die, die Kapital produziert." (77) Daher sind "Steuern, ... Preis für die Regierungsdienste etc." (78) ebenso wie Dienste oder Produkte, die sich gegen Revenue eintauschen (79), Abzug an der Profitmasse, senken also die Durchschnittsprofitrate und hemmen die Akkumulation. Ebenso geht die Luxusgüterproduktion in die Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate ein und vermindert dadurch Mehrwertmasse und Profitrate. (80) Nichtprofitabel hat, da gesellschaftlich Mehrwert- und Profitmasse gleich sind, für das Gesamtkapital dieselbe Bedeutung wie unproduktiv. In diesem Sinn spricht Yaffe vom "relativ zurückgehenden Profit-produzierenden Sektor der Wirtschaft" (S.17).

Deswegen ist auch der Gebrauch des Wortes "Realisierung von Mehrwert" bei Yaffe (S. 15/16) und Schröder inkorrekt: Zwar hat der einzelne Kapitalist, der seine Waren an den Staat verkauft, einen Profit verwirklicht, aber da die Waren selbst aus dem gesellschaftlichen Mehrwertfonds (Steuern) bezahlt wurden und nicht wieder in die Kapitalakkumulation eingehen, sind sie nicht als Kapital realisierter Mehrwert, sondern konsumierter Mehrwert, für die Akkumulation vernichtet. Ihre Herstellung kann daher nur entweder profitable Produktion oder Abzug am Mehrwert und damit Abzug an der künftigen Akkumulationsrate sein, nicht beides, wie Schröder meint. Er hat nur Recht, wenn er profitabel für den Einzelkapitalisten meint; das ist aber für die Akkumulation des Kapitals und für dessen allgemeine Entwicklungstendenzen uninteressant.

INFLATION

Schröder deutet zwei Erklärungen für die Inflation an. Die eine ist tautologisch und die andere falsch.

Tautologisch ist die Erklärung, daß Löhne und Profite aus dem unproduktiven Sektor als Übernachfrage im produktiven auftreten, denn dies beschreibt nur die Form, in der die Inflation auftritt, erklärt aber nicht die Übernachfrage. (81)

Inflation, die als Mittel dient, um die Steigerung der Geldlöhne zu reduzieren, und dadurch die Profitabilität des Kapitals vergrößert, löste in dieser Rolle die traditionelle Deflationspolitik ab, sobald deren Effekt, ein zunehmendes Arbeitslosenheer die soziale und politische Stabilität der kapitalistischen Staaten bedrohte. "Inflation became the preferred, if not unavoidable, way to react to depressions and to maintain levels of economic activity consistent with social stability." (82) (dt.: Inflation wurde zur vorgezogenen, wenn nicht gar unvermeidbaren Art und Weise, auf Depressionen zu reagieren und ein mit sozialer Stabilität vereinbares Maß wirtschaftlicher Aktivität aufrechtzuerhalten.)

Die Entstehung der Inflationen ist daher untrennbar mit der staatlich induzierten Produktion, dem deficit spending verbunden, das aus den von Mattick genannten Gründen notwendig wurde.: Um die ökonomische Aktivität zu ermöglichen, die ohne systemgefährdende soziale und politische Spannungen noch möglich war. Inflation ist nur der geldmäßige Ausdruck der wachsenden staatlich induzierten Produktion, und die von Schröder angegebene Übernachfrage ist die Form, in welcher sie im Markt erscheint, d.h. in den privatkapitalistischen Sektor tritt: "Through government purchases with borrowed money the public debt ist monetized and ... increases the social demand." (83) (dt.: Durch Regierungskäufe mit geliehenem Geld wird die öffentliche Schuld monetarisiert und erhöht die gesellschaftliche Nachfrage.) Daher gehören auch Yaffes beide Formulierungen, die Schröder nicht vereinbaren kann, zusammen und sind komplementär: Daß die Inflation Produkt des Klassenkampfes unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus ist und auch die Aktivität des kapitalistischen Staats in Form von Defizitfinanzierung und Inflationsdruck zurückzuführen ist. (S. 12) (84) Allerdings würden wir Matticks Formulierung ökonomische Aktivität Schröders Akkumulationsprozess vorziehen, da es sich dabei um Akkumulation von Schulden, nicht von Kapital handelt; und wenn man die Weltwirtschaftskrise die "tödliche" Krise des Kapitals zu nennen beliebt, dann stirbt der Arme wohl einen sehr langsamen Tod.

Schröders zweiter Erklärungsversuch der Inflation "aus der ökonomischen Machtstellung der Monopole" erklärt zwar den Monopolprofit, nicht aber die Inflation. Bekanntlich stellte Marx eine Werttheorie auf, in der die Arbeit den Wert, der Wert den Preis und die Summe der Preise geteilt durch Umschlaggeschwindigkeit die Geldmenge (alles im gesellschaftlichen Durchschnitt) bestimmen. So daß, was dem einen zuviel, dem anderen zu wenig ist. In Praxis könnte nur ein Monopol auf die Geldmenge Einfluss nehmen: Das Monopol über die Geldware, der Staat. Und der kann es auch nur beschränkt, da er nur einen Teil der Geldmenge unter Kontrolle hat. Außerdem ist die Grenze seiner Aktivität da gezogen, wo staatlich induzierte Produktion sein einziges Mittel ist, um zu überleben.

Und auch die DDR-Leute mit ihrem staatsmonopolistischen Kapitalismus können da außer zur Fundierung reformistischer KP-Strategien nicht weiterhelfen.

Wir haben auf Schröders Kritik eine Replik geschrieben, nicht weil wir glauben, daß er irgendein wesentliches Argument gebracht, das der Diskussion wert wäre, sondern weil uns seine Konfusion zu dem Eindruck verhalf, daß eine ganze Reihe von Fragen der detaillierten Diskussion bedürfen, um sie klarer zu machen. Um nur einige zu nennen: Detaillierte theoretische und historisch-empirische Analyse des Krisenmechanismus, der Staatsausgaben in ihrer Rolle in der kapitalistischen Ökonomie, der wachsenden Inflation als Ausdruck der zunehmenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, etc.

---

76 Resultate des unmittelbaren Produktionprozesses, Frankfurt 1969 (neue kritik), p.84

77 Grundrisse, p.212

78 Resultate, p.68

79 vgl. z.B. Grundrisse, pp.369/372

80 Theorien, Teil III (MEW 26.3), p.343

81 Dies ist eine Tautologie, da Schr. der Beschreibung einer Form erklärenden Wert beimißt, nicht dagegen Yafees Definition von Inflation (p.16), über die Schr. sich so aufregen muß.

82 Mattick, op.cit, p.183

83 ib.

Weil wir auf einige der Probleme etwas näher eingegangen sind, hat sich diese Replik unter der Hand zu einem neuen Aufsatz ausgewachsen.

Wir betrachten sie daher nicht als Ende einer ärmlichen Auseinandersetzung, sondern als Anfang einer weiterführenden Diskussion der involvierten Problemkreise.

Rudi Schmiede/David Yaffe, London

DUPLIK

Das Ziel meiner Bemerkungen zu Y.s Aufsatz war es, einige Fehler und Unklarheiten zu korrigieren. Schmiede/Y. haben ihrerseits versucht, die angesprochenen Punkte in ihrem Sinne zu "klären". Ohne die Diskussion, die nunmehr Punkt für Punkt geführt werden müßte, in dieser Form fortsetzen zu wollen, möchte ich noch folgende Anmerkungen machen:

1. Schm/Y. schätzen meines Erachtens die Bedeutung der Kategorien "Intensifikation" und "Produktivkraft der Arbeit" falsch ein. Während die Erhöhung der Produktivität der Arbeit den Fall der Profitrate auslöst (wenngleich sie auch entgegenwirkende Tendenzen freisetzt, die aber nicht als bestimmende betrachtet werden können), führt Intensifikation zum Steigen der Profitrate, da ohne Einsatz von mehr variablem und konstantem Kapital der Mehrwert vergrößert wird. Die Widersprüche, denen die Arbeiter unmittelbar (d.h. im Einzelbetrieb) im Zusammenhang mit Veränderungen im Arbeits- und Verwertungsprozeß ausgesetzt sind, können nur mithilfe dieser beiden Kategorien adäquat analysiert werden (vgl.dazu: Neue Lohnformen im Kapitalismus, Berlin 1970).

2. Der Begriff "organische Zusammensetzung" bleibt nach wie vor unklar: die Formulierungen legen nahe, daß Schm/Y. die organische Zusammensetzung als durch bloße Veränderungen im Preis (und Wert) der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel als veränderbar ansehen. Dies hat Marx allerdings ausgeschlossen, und mit "organischer Zusammensetzung" nur die Wertzusammensetzung bezeichnet, die durch die technische Zusammensetzung bestimmt ist und diese widerspiegelt, was bei bloßen Wertänderungen nicht der Fall ist (Kapital III, S.155).

3. Die Erklärung der grundsätzlichen Notwendigkeit von Krisen bleibt unklar: Wenn die Überakkumulation von Kapital dadurch ausgedrückt wird, daß die "gegebene Mehrwert- oder Profitmasse zu klein relativ zum akkumulierten Kapital ist", dann legt der Zusammenhang nahe, daß hier bei "Profitmasse" an Geld und bei "akkumuliertem Kapital" an Produktionsmittel im Besitz der Kapitalisten gedacht ist: "...Überproduktion von Kapital, d.h.von Produktionsmitteln,... die als Kapital fungieren können ...". Überakkumulation von Kapital drückt sich aber in Überproduktion von Waren, also sowohl von Gebrauchswerten als auch von Tauschwerten, aus - gemessen an der Rate der Verwertung des Kapitals, nicht: gemessen am "akkumulierten Kapital". Hierin, in der Fähigkeit zur Selbstverwertung, liegt auch der spezifische Gebrauchswert des Kapitals als Kapital (und nicht in dem besonderen Gebrauchswert der Elemente, die als Kapital fungieren). (Daß die Marxsche Kritik an Say im 6.Kapitel des ersten Bandes einen völlig anderen Inhalt hat, als den, der ihr von Sch./Y. unterschoben wird, kann jeder nachprüfen: I,S.22of.)

4. Der Begriff "nichtprofitable Produktion" bleibt unklar: er wird zum einen durch den Gebrauchswert der betreffenden Waren, die nicht in den Reproduktionsprozeß eingehen, zum andern damiterklärt, daß das Geld zur Bezahlung dieser Waren aus Steuern stammt, also Abzug am Mehrwert darstellt. Ob eine Produktion profitabel ist oder nicht, hängt nicht davon ab, wo die produzierten Waren nach ihrem Verkauf konsumiert werden (Gebrauchswert). Andererseits gibt es keine "vom Standpunkt des Gesamtkapitals" gesehene unprofitable Produkte, da der Begriff "Profit" wesentlich mit dem Einzelkapital verknüpft ist (daher z.B. die Notwendigkeit des Begriffs Durchschnittsprofitrate). Die Verwendung des Begriffs "nichtprofitable Produktion" im Sinne von Schm./Y. läßt sich nicht von Marx her stützen: an der von ihnen zitierten Stelle (ThM III, S.343, vgl.Anm.80) spricht Marx nicht davon, daß "die Luxusgüterproduktion in die Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate ein(geht) und ... dadurch Mehrwertmasse und Profitrate (vermindert)" (Hervorhebung:M.S.) Marx weist hier vielmehr darauf hin, daß "wachsende Produktivität in der Luxusindustrie" - wie in jeder anderen Industrie - "die Masse der Arbeiter ... die Masse des Mehrwerts" und "die Profitrate (vermindert)". (Hervorhebung:M.S.)

Steuern bilden zwar zunächst einen Abzug am Profit des Einzelkapitalisten, gehen aber gesellschaftlich betrachtet - selbstverständlich wieder in die Akkumulation des Kapitals ein, sind also für diese nicht vernichtet (unmittelbar gilt dies für die diskutierten Waren der Rüstungsproduktion, nicht aber für die staatlichen "unproduktiven" Dienstleistungen).

Meinhard Schröder

9980
HEIDELBERGER
VOLKSBANK
Rechtshilfefonds

→ Fortsetzung von S.3

größe des kapitalistischen Systems aber ist der Profit. Stabilisierung heißt deshalb: Stabilisierung der Profite. Darauf läuft jede Gewerkschaftspolitik hinaus, die ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht hat, und die in der "Konzertierten Aktion" die Interessen der Arbeiter mit dem Kapital versöhnen will.

Die Interessen des Kapitals und die der Arbeiter sind unversöhnlich. Daran ändert weder die "Konzertierte Aktion" noch die SPD-Politik etwas." (KOMMENTAR, Betriebszeitung in Heidelberg, 15.4.71)

Ein Gewerkschaftsapparat, der der Arbeiterklasse diese Wahrheit verbergern will und dieses Betrugsmanöver mitmacht, gerät in antagonistischen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter und zunehmend auch zu ihrem Bewußtsein. In der beginnenden Krise zeigt sich, daß er die Lohninteressen zugunsten der Profitinteressen der Kapitalisten aufgegeben hat.

An eine Abschaffung des Lohnsystems denkt der Gewerkschaftsapparat natürlich erst recht nicht mehr, hat er sein Schicksal doch völlig an das Schicksal der Kapitalistenklasse gekettet. Im notwendigen Kampf zur Durchsetzung ihrer Lohninteressen wird sich dagegen in der Arbeiterklasse die Einsicht in die Notwendigkeit der Abschaffung des Lohnsystems herausbilden.

Weil sich diese Einsicht schon jetzt bei den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse durchsetzt, ist es kein Wunder, daß der DGB-Apparat in manchen Städten am 1.Mai auf jeden öffentlichen Auftritt verzichtet und daß viele Arbeiter öffentlich unter der roten Fahne auftreten. Die Tradition des 1.Mai kann nicht untergehen. Sie wird durch die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus auch in Westdeutschland zu neuem Leben erweckt.

Die Kapitalistenklasse beschränkt sichnicht auf die Lohndrückerei, sondern versucht auch mit allen Mitteln durch politische Unterdrückung die Bedingungen der Lohndrückerei zu verbessern. Eines ihrer wirksamsten Instrumente ist hierbei das Betriebsverfassungsgesetz. Dies wird gegenwärtig erneuert, d.h. seine ursprüngliche Intention, die Einschränkung der legalen Kampfmöglichkeiten des Proletariats, soll verstärkt durchgesetzt we rden.

" Der neue Regierungsentwurf zum BVG lässt die bürge iche Presse frohlocken, daß "die Arbeitgeberseite voll zum Zuge gekommen ist" (Handelsblatt). Und der Jubel kommt nicht von ungefähr: Durchgehendes Kennzeichen des neuen Entwurfs ist der verstärkte Zwang zur Partnerschaft und die Spaltung und Aufsplitterung der Arbeiterschaf. im Betrieb.

Die Friedenspflicht wird im Regierungsentwurf über das bisherige BVG hinausgehend verschärft: war bisher nur von einer "Gefährdung" der Arbeit: und des Betriebsfriedens die Rede (§ 49), so soll nach dem Regierungsentwurf jetzt der Betriebsrat alle Betätigungen "einschließlich politischer Betätigungen unterlassen", "durch die der Arbeitsablauf oder der Friede des Betriebs beeinträchtigt werden." (§74, Entwurf)

Mit dem Verbot "politischer Betätigung" geht der Entwurf ebenfalls über das bisher geltende Verbot "parteipolitischer" Betätigung (§51) hinaus. Damit sollen politisch bewußte Betriebsräte daran gehindert werden, mit den Arbeitern im Betrieb darüber zu sprechen, was sie vom Partnerschaftsgerede in der Unternehmerwirtschaft halten. Die Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflicht bleibt bestehen und beeinträchtigt weiterhin eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiter durch den Betriebsrat, der wichtige Informationen nicht weitergeben darf.

"Mehr Rechte für die Arbeitnehmer" - unter diesem Motto versuchen Regierung, Parlament und bürgerliche Presse den neuen Entwurf hochzuloben. Korrekter müßte es heißen: Mehr Rechte für den einzelnen Arbeiter, Verschlechterung der Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Erweitert werden die Rechte des einzelnen Arbeiters, z.B. durch das Recht auf Einsicht in die Personalakte und das Beschwerderecht. Erlaubt sind ferner eigene Vorschläge für den Arbeitsplatz und den Arbeitsablauf, was aber dem Unternehmer nicht schadet, sondern für ihn auf eine kostenlose Beratung zur Profitsteigerung hinausläuft. Verstärkte Rechte des einzelnen Arbeiters oder einzelner Gruppen der Belegschaft nützen der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung ihrer Forderungen wenig, weil sie nur im einheitlichen solidarischen Handeln gegenüber dem Unternehmer etwas erreichen kann.

Die Möglichkeit des solidarischen Handelns aber wurde weiter eingeschränkt: z.B. sieht der Entwurf die Gründung von Vertretungen bestimmter Beschäftigungsarten oder Arbeitsbereiche des Betriebs (§3, Entwurf) vor, wodurch einmal die Bedeutung des Vertrauensleutekörp ers (Vertretung der Gewerkschaften im Betrieb), der nicht unter die Friedens- und Schweigepflicht fällt, herabgesetzt bzw. überhaupt umgangen werden soll, und vor allem die Bel egschaft in Gruppen und Grüppchen zersplittert werden soll, deren Vertreter zudem noch an die Friedens- und Schweigepflicht gebunden sind. Spaltung und Zersplitterung zur Verhinderung von Arbeitskämpfen, das sind die Konsequenzen, die die westdeutsche Bourgeoisie aus den Streikbewegungen im Herbst 69/70 und den Streikbewegungen in England, Frankreich und Italien gezogen hat."

(aus: KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG, hrs. von der Gruppe Neues Rotes Forum, Nr.1, 19.4.71)

(Kommentar und Kommunistische Hochschulzeitung können zusammen mit dem NRF bezogen werden. Preis pro Exemplar: o.2o DM)

Unterdrückung des Kampfes für die Klasseninteressen und der Versuch, die einzelnen Arbeiter ideologisch an das Kapital zu binden, das ist die Politik der Diktatur der Bourgeoisie. Der Gewerkschaftsapparat hat sich dieser Diktatur völlig unterworfen. Er hat sogar die Friedenspflicht akzeptiert und hoffte, sich dadurch den freien Zugang zu den Betrieben zu erkaufen. Aber dieses Manöver des DGB mußte fehlschlagen: das Einverständnis mit der Friedenspflicht nehmen die Kapitalisten gerne zur Kenntnis; Aber obwohl so die Anwesenheit der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben jede Gefährlichkeit verloren hat, zieht es der Kapitalist natürlich vor, die Gewerkschaftsfunktionäre nur reinzulassen, wenn es ihm passt.

Während die fortgeschrittensten Arbeiter einsehen, daß der Kampf gegen das Kapital und seinen Staatsapparat, auch den entschlossenen Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat notwendig macht, tut die DKP alles, um diese Notwendigkeit zu verbergen. Gerade sie tut alles, um die fortgeschrittensten Arbeiter an den Gewerkschaftsapparat zu ketten, und diffamiert jede kommunistische Politik, die den Gewerkschaftsapparat entlarvt, als grundsätzlich anti-gewerkschaftlich, d.h. gegen jede gewerksch aftliche Organisation gewandt. Auf diese Weise versucht sie die fortgeschrittenen Arbeiter an die Gewerkschaftsführung zu ketten und von den Kommunisten zu trennen. Die DKP ist eine bürgerliche Partei neuen Typs.

Die Gruppe Neues Rotes Forum hat sich zur Vorbereitung des 1.Mai mit anderen marxistisch-leninistischen Organisationen in einem Aktionskomitee zusammengeschlossen und führt mit diesen gemeinsam am 1.Mai 1971 eine zentrale Demonstration in Ludwigshafen durch.

Neues Rotes Forum 1/71:

Karin Althoff
Zur Situation in Spanien
Joscha Schmierer
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution
Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg
Kampf dem Opportunismus: Dokumente zur Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg
Zur Analyse der Studentenbewegung
Wahlplattform der Gruppe NRF
William Burchett
Nach dem Sieg von Muhammed Ali- Erinnerungen an einige Kämpfe zwischen Schwarzen und Weißen
Hans Martin Mumm
Die National Convention der SDS in Chicago (Dez.70)

Neues Rotes Forum 3/70

Eduardo Ferreira
Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea
Burkhard Braunbehrens
Nach den Lohnkämpfen im Metallbereich
David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus
Dokumente zur Auseinandersetzung in Heidelberg
Einleitung
Dok.1: Zur Bildungspolitik
Dok.2: Erklärung des AStA zur Situation der Heidelberger Linken nach der Generaldebatte
Dok.3: Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum
Harald Schwarzenberg
Das Kramersche"Explorationsmodell"
Dok.4: Referat von Fritz Kramer zur Generaldebatte
Claus Koch
Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generaldebatte in den Fraktionsauseinandersetzungen
Dietrich Hildebrandt
Einheitsfront und Aktionseinheit. Zur Politik der DKP

Neues Rotes Forum 2/70

Jochen Noth
Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien
Joscha Schmierer
Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels
Richard Vahrenkamp
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital

Neues Rotes Forum 1/70

Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans
Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"
Zukunft des Imperialismus - Zur Analyse des Pearson Reports
Das Schuldenproblem der "Entwicklungsländer"
Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique
Legitimationsversuche des deutschen Kapitals
The world of Siemens
Siemens - Konzern - Elektroimperium in der Expansion
Brief an die Genossen von der RPK und die Projektgruppe Afrika
Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69

Do 15.4.
EMTIDI BERLIN

Do 22.4.
GUNTER HAMPEL GROUP

CAVE 54

Do 29.4.
PALL NOELL GROUP USA

Konzertbeginn jeweils 20.30

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES

BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND

1917 - 21

Rotgardisten 1917

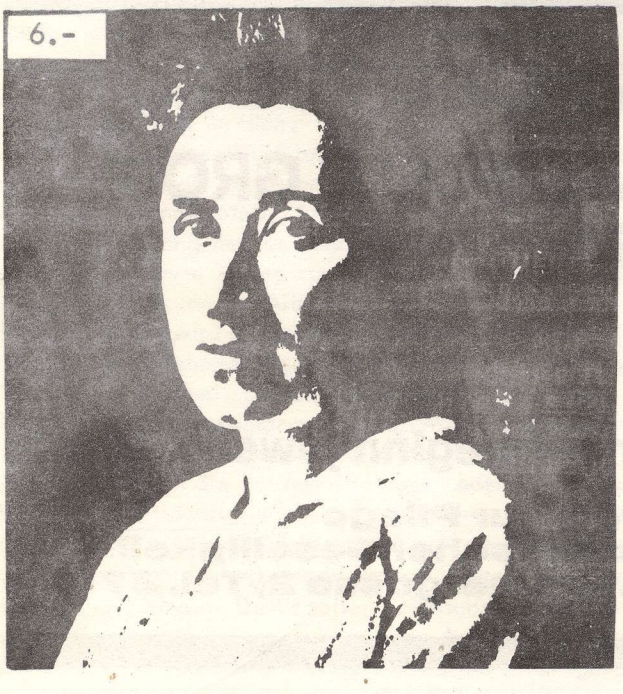
CARO-REPRINT **DM 15.**

Dokumente zur Imperialismustheorie Band 2

Texte von
de Vries/Herzenstein/Sternberg/
Grossmann/Goldstein/Tolonski-Novitzki-
Jacobsohn/Varga/Benedict

CARO-Reprint **DM 6,–**

Rosa Luxemburg



Einführung in die Nationalökonomie

DOKUMENTE zur
IMPERIALISMUSTHEORIE NR.I

N. BUCHARIN
DER IMPERIALISMUS UND
DIE AKKUMULATION DES KAPITALS

3,20

Bestellungen an Caro - Druck GBR
69 Heidelberg
Bahnhofstr. 17

Für Wiederverkäufer und Organisationen
Rabatte gemäß VLB-Richtlinien